

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

186 · April 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	291
Essay	
HEINRICH SENFFT Erich Kuby	293
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
HEINZ-J. BONTRUP Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus	299
STEFAN SJÖBERG Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand	311
Debatte Grundsicherung	
MICHAEL OPIELKA Gerechtigkeit durch Sozialpolitik?	323
KATJA KIPPING, MICHAEL OPIELKA, BODO RAMELOW »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was?« Thesen für einen neuen Sozialstaat	333
DIETER ZAHN Grundsicherung bedarfsorientiert gestalten	337
Neue Medien	
TOBIAS SCHULZE Internet und Brechts Radiotheorie	346
Standorte	
FRITZ KLEIN Fallstudie von besonderem Reiz Zur Wolfgang-Steinitz-Biographie	361

Konferenzen & Veranstaltungen

- KLAUS STEINITZ
In der Stagnationsfalle.
Perspektiven kapitalistischer Entwicklung 365

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 372

Bücher & Zeitschriften

- David Harvey:
Der neue Imperialismus
(MARTIN SCHIRDEWAN) 374

Wolfgang Stegemann:
Fürstenberg/Havel – Ravensbrück.
Beiträge zur Kulturgeschichte einer Region
zwischen Brandenburg und Mecklenburg, Bd. 1:
Von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jh.

- Ders./Wolfgang Jacobeit (Hrsg.):
Fürstenberg/Havel – Beiträge zur Alltags- und
Sozialgeschichte einer Region zwischen Brandenburg
und Mecklenburg, Bd. 2: Im Wechsel
der Machtsysteme des 20. Jh.
(JENS LANGER) 375

- Riccardo Bavaj:
Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches
Denken in der Weimarer Republik
(MARCEL BOIS) 376

- Stuart Hall:
Ideologie, Identität, Repräsentation.
Ausgewählte Schriften 4, hrsgg. von Juha Koivisto
und Andreas Merrens
(ALBAN WERNER) 378

- Dieter Sauer: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen
(Marcus Schwarzbach) 379

- Hermann Scheer:
Energieautonomie
(JÜRGEN MEIER) 380

- Summaries 382

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 384

VorSatz

Drum prüfe, wer sich ewig bindet, im Privaten wie im Politischen. Natürlich ist das oft nicht mehr als ein frommer Wunsch. Ein Blick auf die Scheidungsquote blamiert ihn, einer auf die permanenten Diadochenkämpfe in der Politik ohnehin. Die Linke bildet da, wie so häufig und wie ein Blick in ihre Geschichte beweist, keine Ausnahme.

Nach der Gründung der KPD am Jahreswechsel 1918/1919 tobte Leo Jogiches, ein erfahrener Revolutionär und Organisator der polnisch-litauischen SDKPiL, später der Spartakusgruppe und dann auch der KPD, daß man den ganzen Laden eigentlich gleich wieder hätte auseinanderschlagen müssen. Zu unterschiedlich sei das, was da zusammengelassen war: einerseits gebildete Arbeiter und Intellektuelle unter dem Zeichen des Spartakus', die schon lange vor der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 im Krieg ausschließlich Barbarei erkannt hatten; andererseits der Anhang der Internationalen Kommunisten, die um die seit 1916 in Bremen von John Knief und Paul Frölich herausgegebene Wochenzeitung »Arbeiterpolitik« herum entstanden waren.

Mit der »Arbeiterpolitik«, der einzigen legalen Stimme der Linken, hatten nicht wenige neue Anhänger gewonnen werden können, darunter viele durch den Krieg Verbitterte und Radikalisierte, zumeist ohne systematische Bildung, dafür zu allem, auch zu allem Abenteuerlichen, entschlossen – wenn es nur revolutionär klang. Diese Gruppe hatte auf dem Gründungsparteitag mit dem Ruf »Alle Macht den Räten« in der Frage der Beteiligung an den Parlamentswahlen einen Sieg über die Spartakisten – unter ihnen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und Paul Levi – davongetragen.

Levi, der als einziger der Spartakusführer die Massaker der Konterrevolution vom Januar und März 1919 überlebt hatte, versuchte, aus der von außen in die Illegalität und von innen in die Sekte gezwungenen Partei eine legale – und revolutionäre Realpolitik betreibende – Arbeiterpartei zu machen. Im Oktober 1919, auf dem Heidelberger Parteitag, gegen den der Gründungsparteitag eine gesittete Veranstaltung gewesen war, spaltete er, in seiner Not der Obstruktionspolitik der Radau-Sozialisten müde, die KPD.

Die Ausgeschlossenen fanden sich in der »Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands« (KAPD) zusammen, die vor allem unter den durch den Weltkrieg Entwurzelten eine halbe Million Mitglieder gewann; radikal in der Phrase, ziel- und harmlos in der Politik.

Levi hingegen bereitete mit einer Mehrheit der USPD, die sich als linke Massenpartei 1917 von der Kriegspartei SPD abgespalten hatte,

eine Vereinigung vor, die im Dezember 1920 auch vollzogen wurde. Da hatte Levi aber längst, ohne es begriffen zu haben, in Moskau mächtige Feinde gegen sich aufgebracht. Lenin, Sinowjew und Rakewitz wollten nicht die politisch erfahrenen Antimilitaristen und Marx-Anhänger aus der USPD – die die neuen Herren Rußlands schon als einflußlose Emigranten gekannt hatten –; sie wollten die formbaren und scheinbar zu allem bereiten »Kader« der KAPD.

Der Plan scheiterte zwar, denn die KAPD fiel so schnell in sich zusammen, wie sie aufgestiegen war; aber da war Levi längst zum Rücktritt gezwungen und wenige Wochen später zusammen mit etlichen Spartakisten aus der Partei ausgeschlossen worden.

Vor der KAPD hatte schon die USPD in großer Zahl Verzweifelte und Orientierungslose angezogen; viele von ihnen waren 1920 in die KPD gegangen. Aus ihnen formte sich die Führung der Bolschewiki ab 1924 eine bedingungslos gehorsame, weil finanziell abhängige deutsche Bürokratenpartei, die während der Weltwirtschaftskrise zwar kurzzeitig an Masseneinfluß gewann, aber im Frühjahr 1933 fast geräuschlos zusammenstürzte, während viele Mitglieder quasi ohne Führung den Kampf gegen den Faschismus fortführten und nicht selten mit dem Leben bezahlten. In und mit der proletarischen Kriegspartei von 1914 bis 1918, der SPD, ereignete sich ähnliches.

Am Ende des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges stand, anders als 1918, keine Revolution, sondern an der Elbe die Rote Armee – und die nächste Vereinigung bevor, dieses Mal der ehemals verfeindeten Apparateparteien SPD und KPD; was politisch zweifellos sinnvoll war. Doch es wurde keine Vereinigung wie die von 1920 zwischen KPD und USPD – von der unter dem Firmennamen USPD völlig unangefochten nach 1920 eine Minderheit fortbestanden und 1922 in Teilen den Rückweg in die SPD angetreten hatte. Das Hauptziel der von Stalin im Herbst 1945 beschlossenen Vereinigung bestand nicht in der Schaffung einer starken linken Partei. Es ging um das Verschwinden der verhaßten SPD – wogegen sich nicht wenige ihrer Mitglieder wehrten –, außerdem um Nibelungentreue gegenüber der Besatzungsmacht, und dann erst um Stärke.

Trotzdem: Eine plumpe Zwangsvereinigung, wie sie bis heute vom verordneten Antikommunismus propagiert wird, war es nicht. Denn viele Sozialdemokraten glaubten als die »eigentlich Unbelasteten«, mit der SED zwischen den Besatzungsmächten in Ost und West vermitteln und so zur entscheidenden Kraft werden zu können. Ein Irrtum; sie wurden, wie ein böses Wort dieser Zeit, geprägt in der alten Arbeiterbewegungsmetropole Leipzig, besagte, nur zu »Fahrstuhlführern an die Macht«. Letztlich war die Vereinigung von allem etwas.

Als die SED gleichgeschaltet wurde, redete Wilhelm Pieck auf der 13. Tagung des Parteivorstands im September 1948 Klartext: »Wir haben uns vereinigt unter den Möglichkeiten, die uns die sowjetische Besatzungsmacht gab. Wir konnten es nicht machen, wie es in Ungarn und Polen geschehen ist, daß sich die fortschrittlichen Kräfte der Sozialdemokratie von den reaktionären Elementen trennen. Wir haben also sehr viele Kräfte in unserer Partei, die innerlich noch nicht von der Notwendigkeit der Vereinigung überzeugt waren«.

Diverse »Verbindungen« – genügend Stoff zum »Prüfen«.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HEINRICH SENFFT

Erich Kuby

*Kurt Tucholsky alias Peter Panter, Theobald Tiger,
Ignaz Wrobel und Kaspar Hauser*

haßt

*das Militär
die Vereinsmeierei
Rosenkohl
den Mann, der immer in der
Bahn die Zeitung mitliest
Lärm und Geräusch
»Deutschland«*

liebt

*Knut Hamsun
jeden tapferen Friedenssoldaten
schön gespitzte Bleistifte
Kampf
die Haarfarbe der Frau,
die er gerade liebt
Deutschland*

Das Deutschland in der Rubrik »haßt« ist seltsam in eine Art Gänsefüßchen gesteckt – etwa damit man es nicht so ernst nimmt? Das schrieb er 1928.

Ein Jahr später schrieb er in »Deutschland, Deutschland über alles« im Schlusskapitel »Heimat«: »Wer aber weiß, was die Musik der Berge ist, wer die Töne hören kann, wer den Rhythmus einer Landschaft spürt ... nein, wer gar nichts anderes spürt, als dass er zu Hause ist; dass das da sein Land ist, sein Berg, sein See, auch wenn er nicht einen Fuß des Bodens besitzt ... es gibt ein Gefühl jenseits aller Politik, und aus diesem Gefühl heraus lieben wir dieses Land. Wir lieben es, weil die Luft so durch die Gassen fließt und nicht anders, der uns gewohnten Lichtwirkung wegen – aus tausend Gründen, die man nicht aufzählen kann, die uns nicht einmal bewusst sind und die doch tief im Blut sitzen ... Weder der Regierungsvertreter im Gehrock, noch der Oberstudienrat, noch die Herren und Damen des Stahlhelm allein sind Deutschland. Wir sind auch noch da ... Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen – weil wir es lieben.«

Und so endet dieser Text: »Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir. Und in allen Gegensätzen steht – unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert – die stille Liebe zu unserer Heimat.«

Diese Heimat hat ihm seine Liebe nicht gedankt – sie hätte ihn, wäre er geblieben, ermordet, die geliebte Heimat.

Auch wenn es nach dem neuesten Stand der Forschung so aussieht – Sie kennen die Biographie von Michael Hepp –, als habe sich Tucholsky in der Emigration nicht umgebracht, so hat er doch zeitlessly an Deutschland gelitten. Und da war er nicht allein – auch Erich

Heinrich Senfft – Dr., Publizist und Rechtsanwalt, lebt in London, vertrat unter anderem Gregor Gysi und Markus Wolf. Publikationen u. a.: Die sogenannte Wiedervereinigung, Berlin Verlag 1999.

Laudatio für den Publizisten Erich Kuby (1910-2005) anlässlich der postumen Verleihung des Kurt-Tucholsky-Preises 2005.

Michael Hepp: Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen, Reinbek bei Hamburg 1993.

Friedrich Sieburg (1893-1964) – Schriftsteller und Publizist, Dr. phil., schrieb in den zwanziger Jahren für die »Weltbühne« sowie den Rosa Luxemburg gewidmeten Gedichtband »Die Erlösung der Straße«, seit 1924 Auslandskorrespondent der »Frankfurter Zeitung«, bekannte sich 1933 zum Nationalsozialismus, 1940 im besetzten Frankreich neben Ernst Jünger im kulturpolitischen Koordinierungsstab, verließ nach Differenzen 1942 die Deutsche Botschaft, 1945 Schreibverbot, 1948 Mitherausgeber der Zeitschrift »Die Gegenwart«, 1956-1964 Leiter der wöchentlichen Literaturbeilage der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, einer der einflussreichsten Publizisten der Adenauerzeit, befürwortete die Verständigung mit Frankreich.

Kuby hat sich sein Leben lang mit nichts anderem als mit diesem Land beschäftigt. Wir haben es eben gehört – Susanna Kuby, die heute natürlich mit ihrem und Kubys Sohn Daniel hier ist, hat die Texte ausgesucht, die wir anstelle einer Ansprache von Erich Kuby gehört haben.

Natürlich gibt es in einem kleinen Land wie dem unseren allerlei Verbindungen: zum Beispiel Friedrich Sieburg, auch einer, der unter Deutschland gelitten und immer wieder darüber geschrieben hat. Er kam von der »Weltbühne« und war viele Jahre Korrespondent der »Frankfurter Zeitung« in Paris und Autor des berühmten Buches »Gott in Frankreich?«; er war in den zwanziger und den ersten dreißiger Jahren mit Tucholsky befreundet – es gibt da allerlei anrührende Familien-Ausflugsphotos und Briefe. Tucholsky und andere Emigranten taten sich nach 1933 mit einem wie Sieburg, der deutscher Korrespondent blieb, natürlich schwer. Aber Sieburg hatte es auch mit Deutschland schwer: Bald nach Hitlers Regierungsübernahme schrieb er in der »Frankfurter Zeitung«, das ging damals noch, nun komme er in eine schwierige Situation, weil er sein Land draußen gegen vieles in Schutz nehmen müsse, was er im Grunde nicht verteidigen wolle. Das hat seiner Beziehung zu den Emigranten am Ende natürlich nicht geholfen, weil er sich, ein Nationaler, von seinem Lande trotz Hitler nicht trennen mochte. Vor 1933 hatte er Hitlers Regierungsübernahme als Kostgänger Schleichers zu verhindern gesucht – und ist dann später, zur Zeit der deutschen Besatzung als Botschaftsrat in Paris doch noch ausgerutscht. Ich spreche von ihm nicht nur, weil sein Leben, seine unentschiedene Entscheidung besonders exemplarisch waren, sondern weil er auch mit Tucholsky zu tun hatte – und später meine Mutter heiratete, mein letzter Stiefvater war.

Ich erwähne diese seltsamen Querverbindungen in einem unglücklichen, kranken Land – und das ist es bis heute geblieben –, weil ich den Erich Kuby schon kannte, als Sieburg noch lebte – der starb 1964 –, aber ich wollte Ihnen nicht verschweigen, mit welchem seltsamem – und Kuby bekanntem – Hintergrund wir uns kannten, allmählich miteinander befreundet waren und uns immer wieder sahen, in Hamburg, in München, in Venedig, und auch mit Susanna und Daniel zu einem Weihnachten bei uns in Cortona.

Natürlich kannte ich Kuby schon viele Jahre aus seiner Schreiberei, aber 1962 kam er zum »stern«, dessen – freier – Redaktionsanwalt ich damals und bis zu den trostlosen Hitler-Tagebüchern 1983 war, über die und deren Hintergründe keiner so gnadenlos und richtig wie Kuby geschrieben hat. Ich habe damals meinen Beratungsvertrag gekündigt. 1962 war das Jahr der Spiegel-Affäre, als Augstein und Ahlers wegen angeblichen Landesverrats verhaftet und eingesperrt und die Redaktion – damals noch wie ZEIT und »stern« – im Pressehaus in Hamburg durchsucht und auf den Kopf gestellt wurden. Man erinnere sich bitte des Aufschreis, der damals nicht gerade durchs ganze Land, aber durch die Medien und die Politik ging. Man erinnere sich des – allerdings vergleichsweise geringeren – Aufsehens, das 1970 bis 1976 unser Münchener Prozess der CSU gegen den stern machte, als es um die CSU-Spielbanken-Affäre ging – wir hatten Körbe voller Zeitungsmeldungen und Kommentare – und als es später, in den achtziger Jahren in München vor Gericht darum ging, dass der »stern« behauptet

hatte, der bayerische Minister Gerold Tandler habe sich mit einem gefälschten Dokument ein Grundstück aus einem Nachlass herausgeholt, hat schon kaum noch einer zugehört, geschweige denn wie früher darüber geschrieben, aber – ungedruckt – gesagt, so sei das eben in unserem Lande. Die wahrhaft letzte Aufregung war die Neue-Heimat-Affäre – und auch das ist schon viele, viele Jahre her.

Wenn Innenminister Schily heuer veranlasst, die »Cicero«-Redaktion zu durchsuchen, hören in diesem Lande allmählich wieder ein paar mehr Leute hin, da wird ein wenig berichtet, wie sich's heuer gehört – aber regen sich etwa wirklich viel im Lande darüber auf, geht einer auf die Straße, um zu demonstrieren oder gar eine Fensterscheibe einzuschlagen, weil unsere Freiheit vernichtet und jeder eingeschüchtert werden soll? Wie abgestumpft und ängstlich sind nun sogar schon die Journalisten dieses Landes? Was muss passieren, damit sich noch einer aufregt wie Kurt Tucholsky oder Erich Kuby, der 1963 zur »Spiegel«-Affäre schrieb: »Das Volk ist in keiner Weise aufgestanden, da mache man sich nichts vor.«? Sieburg schrieb gleich 1962 einen FAZ-Leitartikel, in dem es hieß: »Der Zauber ist gebrochen, oh, nicht für immer; die selbstzufriedene Stimmung in der Bundesrepublik wird sich schon wieder einstellen.« So recht hatten sie wohl beide nicht haben mögen.

Gibt es solche archaischen Typen überhaupt noch? Und hört noch einer zu? Damit sich etwas ändert? Damit nicht alles in den Graben geht? Wer will noch schreien und gehört werden, damit wenigstens das meiste so bleibt, wie es ist, damit's nicht noch schlimmer wird? Mehr kann der Journalismus ohnehin kaum je ausrichten. Wenig genug ist es allemal. Mit gutem Grund hatte Kuby 1957 seinem Buch »Das ist des Deutschen Vaterland« diesen Wortwechsel von Bert Brecht vorausgeschickt:

»Sagredo: Galilei, du sollst Dich beruhigen!

Galilei: Sagredo, du sollst Dich aufregen.«

Friedrich Sieburg besprach das Kuby-Buch in der FAZ voller Achtung, war aber damals, eben 1957, von der Wirkung des »Donnerkeils« der Kubyschen »massiven Polemik« nicht überzeugt: »Die bundesdeutsche Gegenwart ist an polemischen Unternehmungen nicht reich, einmal, weil unserer Publizistik das Talent dazu abgeht, zum anderen aber, weil die totale Wirkungslosigkeit von vornherein feststeht. Der Polemiker mag schreiben, was er will, niemand, der an der Macht beteiligt ist, wird auf ihn hören, es sei denn, dass ›Unannehmlichkeiten‹ zu befürchten seien.« Aber das war der Blick aus den verschlafenen fünfziger Jahren. Mit der »Spiegel«-Affäre 1962 hat sich dann schon einiges verändert – Strauß musste damals zurücktreten – sonst wäre er am Ende Bundeskanzler geworden –, später, 1978 auch Filibinger – sonst wäre er wohl Bundespräsident geworden!

Man soll ja vor allem als einer der Alten nie sagen, früher sei alles besser gewesen. Aber eines war wirklich besser: es gab in den sechziger und siebziger Jahren keine oder kaum Arbeitslose – und das machte die Menschen freier, offener, sie hatten weniger Angst und wagten mehr – und in so einem Kreis fühlte sich einer wie Erich Kuby naturgemäß wohler. Kommt man heute in Redaktionen, herrscht Angst; Angepasstheit und Mittelmaß sind erschreckend. Fast alle fürchten, ihren Job zu verlieren, weil es hunderte gibt, die ihn gern hät-

Erich Kuby erhielt den Tucholsky-Preis 2005 postum für sein Gesamtwerk. Veröffentlichungen (Auswahl): Das ist des Deutschen Vaterland – 70 Millionen in zwei Wartensälen, Stuttgart 1957; Rosemarie, des deutschen Wunders liebstes Kind, Stuttgart 1958; Nur noch rauchende Trümmer. Das Ende der Festung Brest, Rowohlt 1959; Mein Krieg. Aufzeichnungen aus 2129 Tagen, München 1975; Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte, Hamburg 1982; Mein ärgerliches Vaterland, München 1989; Lauter Patrioten. Eine deutsche Familiengeschichte, München 1996

ten und bereit sind, ohne zu maulen oder gar aufzubegehren, zu arbeiten – so wie es von oben gewünscht wird.

Sieburg ernannte Kuby in einer Rezension zum »Bundesnonkonformisten« – und das ist er auch geblieben. Kuby hatte wahrlich bessere journalistische Zeiten als wir sie heute vorfinden – und er hatte bessere Nerven, er nahm sich Freiheit, die freilich auch etwas mit seiner privilegierten Herkunft und seinem eigenwilligen, bockigen Leben zu tun hatte, über das man in seinem Buch »Lauter Patrioten – Eine deutsche Familiengeschichte 1800 – 2000« viel erfährt. Wer sich traut, über seine Familie zu schreiben, der gibt sich Blößen, die, auch wenn er sie zu verbergen sucht, mehr über ihn aussagen, als ihm lieb ist. Bei Erich Kuby war das schon immer anders: Er hat sich getraut und nie gescheut, etwas von sich preiszugeben; er ist dem Leser als »Kassandra vom Dienst« mit bedingungsloser Opposition auf den Leib gerückt, indem er direkt und – wie Tucholsky – unideologisch alles aussprach, was Leser weder hören noch gar zugeben mochten. Das dokumentiert sich besonders deutlich in seinem Buch »Mein Krieg« aus dem Jahre 1975, das schildert, wie er den Zweiten Weltkrieg erlebt hatte, als ewiger Gefreiter, ab September 1944 als Kriegsgefangener, immer begleitet von seiner Schreibmaschine, auf der er jeden Tag und in jeder Situation schrieb.

Kuby kam aus einer überwiegend bürgerlichen Familie, in der Intellektuelle allerdings nicht vorkamen, wohl aber Reeder, Bankiers, Weinhändler, Beamte, Richter und Ärzte. In beiden Jahrhunderten fehlt es aber auch an Metzgern nicht. Kubys Vater hatte sich 1901 ein Gut in Westpreußen gekauft, nach einem Jahr aber schon alles verwirtschaftet. Er zog nach München zurück und wollte seine Stimme ausbilden lassen. Dort traf er Dora Süßkind. 1910 kam Sohn Erich zur Welt. Ab 1913 lebte die Familie im bayerischen Voralpenland, wo der Vater ein Gut übernahm. Im Jahr darauf zog er mit all den patriotischen Bürgern, die sich nicht vorstellen konnten, dass »da oben« etwas nicht stimmte, in den Krieg. Der zurückgekehrte Vater glaubte an den »Dolchstoß« und nahm Erich 1923 zu dem im Weilheimer Bezirksamt festgesetzten Hitler mit, sprach mit seinem darob verstörten Sohn indessen nie darüber. Der bekam bei einem jüdischen Gymnasiallehrer indes anderen, wirksamen Unterricht: »Sie machen Hitler zu groß, sagte Lamm (der Lehrer). Solche Hitlers haben auch andere Völker, aber sie bleiben Randfiguren. Hier nicht. Er erzieht nicht das Volk, das Volk hat ihn erfunden. Haben Sie mir nicht gesagt, Ihr Vater habe noch im Sommer 1918 den Krieg nicht für verloren gehalten? Verückt? Keine Spur, ein ganz normaler Deutscher.« Das konnte Erich Kuby nicht vergessen.

Er studierte Volkswirtschaft, wurde Werfthilfsarbeiter bei Blohm & Voss in Hamburg und schrieb seine ersten Texte über die Arbeitswelt, die er dort erlebte. 1933 forderte ihn seine jüdische Freundin auf, mit ihr das Land zu verlassen. Aber: »Ich wollte nicht nur aus der Ferne an der Entwicklung teilnehmen, ich wollte dem Selbstfindungsprozess meines Volkes, der ein Fäulnisprozess gewesen ist, nahe sein, ihn riechen und schmecken.« 1938 heiratete er die Tochter des Berliner Nationalökonomens Hermann Schumacher, des Gegenspielers von Werner Sombart, nachdem er 1936 in Berlin begonnen hatte, für den Scherl-Verlag zu arbeiten. Die Schwester seiner Frau war mit dem

Physiker Werner Heisenberg verheiratet. Kuby war überzeugt, die Einberufung zur Wehrmacht sei für ihn selber gerade im rechten Moment gekommen – er wollte sich die Hände nicht schmutzig machen.

Nach der Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft arbeitete er als Berater der »Information Control Division« in München. 1947 wurde er Chefredakteur der legendären Zeitschrift »Ruf«, nachdem die US-Militärregierung die ersten Herausgeber Alfred Andersch und Hans Werner Richter abgesetzt hatte. Aber Kuby teilte bald das Schicksal seiner Vorgänger: Schon nach einem Jahr wurde er gefeuert, weil er Texte und vor allem einen Leserbrief veröffentlicht hatte, die den Lizenzträgern gar nicht gefielen, sodass sie, wie Kuby schreibt, »mit der Absicht umgingen, jemand für den »Ruf« zu finden, der ihrer stinkbürgerlichen Gesinnung eher entsprach«. So kam Erich Kuby zur Süddeutschen Zeitung, wo er unablässig und erbittert gegen die Wiederbewaffnung und die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen wettete.

Wirklich richtig berühmt wurde Kuby 1958 durch sein Buch »Rosemarie, des deutschen Wunders liebstes Kind«, das mit Nadja Tiller verfilmt wurde. Es wurde in siebzehn Sprachen übersetzt – er war der Émile Zola der deutschen Wirtschaftswunderjahre, denn er schilderte die Bundesrepublik der mittfünfziger Jahre so gnadenlos, dass einem der Geschmack an CDU, Wirtschaftswunder und dem »Wir sind wieder wer« vollends verging – und man sich fragte: Waren wir je »wer« oder haben wir in den beiden Weltkriegen nur unsere nicht enden wollenden Minderwertigkeitskomplexe überkompensiert, weil wir es in bald dreihundert Jahren zu nichts mehr gebracht hatten? Das merke ich jetzt besonders eindrucksvoll, seit ich in London lebe und täglich spüre, wie viel angenehmer und beruhigender es ist, dreihundert Jahre die Welt regiert zu haben als in einem Jahrhundert zwei Weltkriege anzufangen – und verloren zu haben.

In diesem Jahr, 1958, landete Kuby für eine Weile bei der »Welt«, verließ sie aber bald wieder, nachdem sich das Blatt, ja der ganze Verlag nach Axel Springers und Hans Zehrsers Moskau-Reise in eine Kampftruppe des Kalten Krieges verwandelt hatten. 1962, ich erwähnte es schon, ging Kuby zum »stern«, wo er aber auch seine Probleme hatte: Als Chefredakteur Henri Nannen 1964 Franz Josef Strauß eine vierzehntägige Kolumne angeboten hatte, schmiss Kuby alles hin und ging zum »Spiegel«, kam aber nach anderthalb Jahren wieder zum »stern« zurück.

Und er schrieb ein Buch nach dem anderen, vor allem eines, das sein ganzes Leben veränderte: Für den »stern« recherchierte er, wie die Deutschen nach dem Badoglio-Putsch 1943 in Italien gehaust hatten. Da er kein Italienisch sprach und der wissenschaftlichen Assistenz bedurfte, suchte und fand er Susanna Böhme, die, wie es der Zufall so wollte, bald seine zweite Frau wurde und Daniel zur Welt brachte. Der »stern« druckte die Italien-Geschichte nicht, aber ihm blieben Susanna und das sehr erfolgreiche und für die Deutschen gar nicht angenehme Buch »Verrat auf deutsch – wie das Dritte Reich Italien ruinierte«. Bücher halten ja sehr lange, aber diese Ehe hielt auch bis zu seinem Tod – will man noch mehr verlangen? Und Daniel hat sehr lange, nicht lange genug, einen außergewöhnlichen Vater gehabt.

Aus Anlass des 60. Todestages von Kurt Tucholsky wurde 1995 der Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik gestiftet. Alle zwei Jahre werden mit ihm engagierte deutschsprachige Publizisten oder Journalisten ausgezeichnet, die der »kleinen Form« wie Essay, Satire, Song, Grotteske, Traktat oder Pamphlet verpflichtet sind und sich in ihren Texten konkret auf zeitgeschichtlich-politische Vorgänge beziehen.

Ihre Texte sollen im Sinne Tucholskys der Realitätssprüfung dienen, Hintergründe aufdecken und dem Leser bei einer kritischen Urteilsfindung helfen.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine fünfköpfige Jury; das Preisgeld beträgt 3 000 Euro.

Erich Kubys Ehefrau Susanna Böhme-Kuby hat auf eine Auszahlung des Preisgeldes verzichtet, das somit für die kommende Preisvergabe wieder zur Verfügung steht.

Die bisherigen Tucholsky-Preisträger sind: Der Journalist und Schriftsteller Erich Kuby, der Journalist Wolfgang Büscher, der Autor und Hochschullehrer Harry Pross, der Liedermacher Konstantin Wecker, der Journalist Heribert Prantl, der Schweizer Schriftsteller Kurt Marti und die Schriftstellerin Daniela Dahn.

Da Susanna in Italien Universitäts-Arbeit hatte, zog die Familie nach Venedig, in eine Ecke, die von Touristen nicht überschwemmt wird – und dort schrieb Erich Kuby noch ziemlich viele Jahre für den »Freitag«, dessen Mit-Herausgeber der im vergangenen Jahr zu früh und unersetzlich gestorbene Günter Gaus war, seine wöchentliche Presse-schelte, die seine Unabhängigkeit und sein unbestechliches Urteil dokumentierten. *Tempi passati*.

Man muss ja nicht gleich Ernst Jünger übertreffen – in keiner Hinsicht. Aber aus Versehen hätte Erich Kuby es wohl bald geschafft. Wir werden ja allmählich fast alle viel zu alt – aber den Erich Kuby hätten wir gerne noch eine Weile unter uns gehabt. Dann hätte er sich auch über diesen Preis freuen können.

Als wir noch jünger starben, gab's ein paar Alte, die über die Vergangenheit sagen konnten, was sie wollten, weil keiner mehr da war, der hätte widersprechen können. Kuby hätte sich das mit seinen hohen Jahren auch leisten können, aber was hätte er erfinden sollen, was er nicht schon formuliert hatte? Vor allem nichts, um sich nach vorne zu lügen und Aufmerksamkeit zu bekommen – die war ihm ohnehin bis zuletzt sicher.

Manche, gar viele, die nicht wissen, wovon sie reden, manche, die nicht richtig lesen können, hielten und halten Kuby für einen Linken, gar für einen Kommunistenfreund.

Sie haben es eben gehört: 1965 hielt auch Kuby den Kurt Tucholsky zwar für keinen Marxisten, aber für »entschieden links«, für einen »empfindlichen Linken«. Ist Kuby da auf sich selbst hereingefallen? In Wahrheit war Tucholsky kein Linker – und er selbst, Kuby, war auch keiner. Beide waren freie, unabhängige Menschen, fern aller Ideologie, die sich immer das Recht nahmen, ihre Meinung zu sagen, auch wenn sie keinem passte – und danach zu handeln. Kuby zum Beispiel in den endsechziger Jahren, als er einen Hamburger Studenten-Revolutzler wochenlang in seiner Wohnung in der Parkallee unterbrachte, weil der vom Staatsschutz gesucht wurde. Links? Nein: frei. Da er seine Unabhängigkeit dokumentierte, die fast wie Arroganz anmutete, haben ihn viele angefeindet, fast gehasst – und doch respektiert. Er hat sich nie auf faule Kompromisse eingelassen.

Wie Tucholsky und so viele andere litt er unter diesem Land und war imstande, dieses Unbehagen, diese Wut zu formulieren. Wie ärgerlich war er oft, wenn die Nachkriegsdeutschen die Nazizeit zu verdrängen, zu verharmlosen suchten, da sie doch in Wahrheit die Zeit der größten deutschen Selbstverwirklichung war, wie er nicht nur einmal formulierte.

Es gilt hier und heute, einen Widerspenstigen, einen Aufsässigen, einen Herren zu ehren, der nie wegschaute, sondern immer alles aufschrieb, was er gesehen hatte, gleichgültig, ob es ihm, seiner Redaktion oder seinen Lesern gefiel. Er war unbarmherzig auch mit sich, wenn er formulierte – und er fand immer jemanden, der ihn druckte – zuletzt den »Freitag«. Kuby war nicht etwa kompromissunfähig, wenn er immer einmal wieder von einigen nicht gedruckt werden wollte – aber er hatte instinktiv sichere Grenzen, die er nicht zu überschreiten bereit war; dann ging er sofort. Deshalb ist er auch der richtige Preisträger für Tucholsky – das sind zwei, die zusammenpassen. Es wird schwer werden, in Zukunft einen zu finden, der da mithalten kann.

HEINZ-J. BONTRUP

Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Kapitalismus

»Die Demokratisierung der Wirtschaft im Mikro-, ebenso wie im Makrobereich, stellt,« so Rudolf Hickel, »die wichtigste gesellschafts-politische Aufgabe der Gegenwart, aber vor allem auch der Zukunft dar. Denn erst mit der Demokratisierung der Wirtschaft werden die gesellschaftsstrukturierenden Machtzentren zurückgedrängt und einer direkten Planung und Kontrolle unterzogen. Gleichzeitig wird damit auch eine für die herrschende Staatsauffassung typische Dichotomie überwunden. Während das System der parlamentarischen Demokratie von der Idee lebt, es reiche aus, die politischen Strukturen eines Landes zu demokratisieren, fordert eine radikale – d. h. eine an den gesellschaftlichen Wurzeln ansetzende – Demokratisierung auch und eben die Einbeziehung der Wirtschaft.«¹ Entgegen dieser spätestens seit der Weimarer Zeit von den Gewerkschaften erhobenen Forderung nach einer Demokratisierung stoßen bis heute unnachgiebig die parlamentarisch-demokratischen Strukturen – in einem Bundes- und Sozialstaat föderal in der Verfassung angelegt – auf eine weitgehend autokratische (paternalistische) Führungs- und Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft. Diese wurde seit Mitte der 1970er Jahre unter dem Regime des Neoliberalismus noch verstärkt. Selbst die nach dem Zweiten Weltkrieg gesetzlich verankerte Mitbestimmung, die letztlich keine wirklich *gleichberechtigte wirtschaftliche Mitbestimmung* zwischen Kapital und Arbeit erlaubt, wird noch unterminiert. Der wirtschaftspolitische neoliberale Paradigmenwechsel hin zu einem sozial entfesselten Kapitalismus² hat nicht nur die bis dahin zumindest einigermaßen bestehende Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit aus dem Lot gerissen, sondern auch den zuvor vorherrschenden keynesianischen Staatsinterventionismus abgelöst, der der fordistischen/tayloristischen Massenproduktion eine adäquate Massenkaufkraft bzw. -nachfrage zuführte. Schlimmer noch: die Herrschafts- und Machtverhältnisse sind mit der radikalen Öffnung und Liberalisierung der weltweiten Märkte seit Beginn der 1990er Jahre fast vollkommen auf die Wirtschaft übergegangen. Die Globalisierung hat die nationale Politik zum Getriebenen der Märkte gemacht. Der Raum der kapitalistischen Verwertung ist global geworden und der Vergleich der Verwertungsmöglichkeiten von Kapital, hinweg über Branchen, Länder und Kapitalformen (vom Geldkapital bis zum Humankapital), ebenfalls. Dabei zählt heute nur noch der Shareholder-Value, der zu einem unterstellten und von den Shareholdern (Kapitaleignern) geforderten Zinssatz den Wert eines Unternehmens kapitalisiert.³ Hierdurch ist es letztlich zu schwerwie-

Heinz-J. Bontrup – Jg. 1953, Prof. Dr. rer. pol., Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaft an der Fachhochschule Gelsenkirchen mit dem Schwerpunkt Arbeitsökonomie, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Arbeitsökonomie, Wirtschaftspolitik sowie Preis- und Wettbewerbstheorie. Zuletzt erschien sein Buch »Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft«, Papy-Rossa Verlag Köln 2005.

1 Rudolf Hickel: Die Demokratisierung des Unternehmens. Die Neomarxistische Konzeption, in: Internationale Stiftung Humanum (Hrsg.): Neomarxismus und Pluralistische Wirtschaftsordnung, Bonn 1979, S. 150.

2 Vgl. Joachim Bischoff: *Entfesselter Kapitalismus*, Hamburg 2003.

3 Vgl. Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005, S. 63.

4 Vgl. Heinz-J. Bontrup: *Lohn und Gewinn, Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge*, München-Wien 2000, S. 92 ff.

5 Zum Begriff bzw. zur Geschichte des Begriffs »Kapitalismus«, der erstmals im 18. Jahrhundert verwendet wurde, sich allerdings erst sehr viel später durchsetzte, vergleiche Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus*, a. a. O., S. 34-42. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff auf Grund der negativen Assoziationen, die durch Ausbeutung, Enteignung und Machtanwendung geprägt waren, in »Marktwirtschaft« umbenannt. Dies ist aber nichts als eine »Täuschung«, schreibt der bekannte amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith. »Ökonomen, Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft und Politik, (...) sprechen heute lieber von »der Marktwirtschaft«, weil dieser Terminus keine negativen Assoziationen weckt. Zwar kann man das Wort »Kapitalismus« noch hie und da hören, aber nur selten aus dem Munde der scharfsinnigen und eloquenten Verteidiger der bestehenden Wirtschaftsordnung. (...) Die Rede von einem marktwirtschaftlichen System ist aber (...) nichtsagend, falsch und schönfärbisch. Hinter dieser Umbenennung stand der Wunsch nach Schutz vor den leidvollen Erfahrungen,

genden sozialen und ökonomischen Verwerfungen gekommen. Unzureichende Wachstumsraten, Massenarbeitslosigkeit und ein schrumpfender Sozialstaat haben zu immer mehr prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen geführt. Soll dem Einhalt geboten und ein neuer Aufschwung in Richtung einer »sozialen Arbeitsgesellschaft« eingeleitet werden, die auf einer uneingeschränkten materiellen und immateriellen Partizipation der abhängig Beschäftigten beruhen muss, so sind die ökonomischen Prozesse sowohl auf *einzel- als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene* demokratisch zu gestalten und auszusteuern. Dies will der folgende Beitrag aufzeigen.

Marktwirtschaftliche Ideologie und ökonomische Demokratie

Es heißt, in marktwirtschaftlichen Ordnungen gebe es idealtypisch keine Macht. Weder die Unternehmen noch ihre Eigentümer könnten hier auf Grund ihrer nur geringen Größe und einer vollkommenen Konkurrenz Märkte beeinflussen, Preise und sonstige Konditionen setzen oder die Nachfrageseite des Marktes manipulieren. Im Gegenteil: Eine Marktwirtschaft diene der Gesellschaft über *Konsumenteninteressen* als Ganzes mit niedrigen Preisen bei bester quantitativer und qualitativer Marktversorgung. Der Markt wird mit einer Konsumentensouveränität gleichgesetzt, also mit der Macht des Verbrauchers zu entscheiden, welche Waren erzeugt, angeboten und verkauft werden. Die Produzenten, genauer die Kapitaleigner, müssten sich dem unterwerfen. Sie erhielten daher im Marktgleichgewicht auch keinen Gewinn. Dieser werde zu Gunsten der Konsumenten im Wettbewerb der Unternehmen untereinander wegkonkurriert. Die Kapitaleigner würden lediglich, setzen sie ihre eigene Arbeitskraft im Produktionsprozess ein, mit einem kalkulatorischen Unternehmerlohn bedacht, und die abhängig Beschäftigten würden mit ihrer Grenzproduktivität bzw. mit ihrem Wertgrenzprodukt der Arbeit entlohnt.⁴ Auch seien die Kapitaleigner gegenüber ihren Beschäftigten unter den Bedingungen einer vollbeschäftigten Wirtschaft weitgehend machtlos. Der Staat habe nur eine »Nachtwächterfunktion«. Er setze lediglich die Rahmenbedingungen. Jede staatliche Marktintervention führe zu schlechteren sozialen und ökonomischen Ergebnissen.

Dieser theoretischen Form und Interpretation einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit einer immanent unterstellten »*ökonomischen Demokratie*«, die auch dem heute vorherrschenden marktradikalen Neoliberalismus als Rechtfertigungsdeologie dient, steht allerdings die wirtschaftliche Realität einer kapitalistischen Ordnung gegenüber.⁵ In dieser ist nicht nur ein widersprüchliches Lohn-Kapital-Verhältnis angelegt, sondern es dominiert auf Grund des Privateigentums am eingesetzten Unternehmenskapital ausschließlich der Kapitaleigner, der Shareholder. »Neben der nur durch Arbeitsgesetze eingeschränkten Verfügungsgewalt über die Arbeitskräfte wird den Kapitalgebern die Aneignung des wirtschaftlichen Erfolges zugestanden. Auch die einseitige Orientierung der Unternehmen an der Gewinnerzielung als ausschließlichem Ziel ist eine Konsequenz dieser Machtstruktur und nicht die zwangsläufige Schlussfolgerung aus der Marktkoordination und Marktsteuerung.«⁶ Von gleichberechtigten demokratischen Mitsprachestrukturen der abhängig Beschäftig-

ten kann jedenfalls keine Rede sein. Das kapitalistisch orientierte Unternehmen, ob als kleiner Handwerksbetrieb oder als großer international agierender Konzern, verfolgt ausschließlich ein profitmaximierendes Kapitalinteresse, ohne dabei Rücksicht auf Natur und Mensch zu nehmen. Weder wird ohne eine staatliche Intervention die Natur (Umwelt) in das »marktwirtschaftliche« Preissystem internalisiert, noch erfolgt eine Beteiligung der abhängig Beschäftigten am Wert ihrer Arbeit. Sie erhalten lediglich ein Lohnäquivalent in Höhe des Wertes ihrer Arbeitskraft, so dass sich der Kapitaleigner, der Kapitalist, auf Grund des Kapitalvorschusses und des Eigentums den Überschuss, den Mehrwert (Profit), aneignen kann. Markt- und wettbewerbsimmanente Konzentrations- und Zentralisationsprozesse haben dabei im Kapitalverwertungs- und einem erweiterten Akkumulationsprozess immer größere Unternehmenseinheiten entstehen lassen, die, entgegen marktwirtschaftlicher Ideologie, kapitalistisch alles daran setzen, »Preise nach eigenem Belieben festzusetzen und künstlich Nachfrage nach ihren Gütern zu schaffen. Zu diesem Zweck nutzen sie das gesamte Instrumentarium der Monopol- und Oligopolpreisbildung, der Produktgestaltung und -differenzierung, der Werbung und sonstiger Methoden der Verkaufs- und Handelsförderung.«⁷ Insbesondere der Konzern ist hier für Joel Bakan »eine pathologische Institution, gefährlich, da im Besitz einer ungeheuren Macht, die er über Menschen und Gesellschaft ausübt.«⁸ Von Konsumentensouveränität kann dabei keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Macht der Konzerne sichert ihnen eine Extraprofitstellung und wirkt gleichzeitig durch ihre ausbeuterische Kraft der Umverteilung negativ auf das ganze System zurück. Die Ausgebeuteten, die Konsumenten, die abhängig Beschäftigten und die kleinen und mittleren Unternehmen, zahlen die Zeche.

Gefährlich für die realiter gegebene kapitalistische Ordnung ist auch ihr nicht krisenfreies wirtschaftliches Wachstum. Konjunkturelle Zyklen und langfristig (säkular) abnehmende Wachstumsraten führen zu allgemeinen Gewinneinbußen und struktureller Arbeitslosigkeit. Die Antwort hierauf war, zumindest für eine gewisse Zeit, ein politisch intendiertes Projekt, der *Keynesianismus*. Man traute – vor dem Erfahrungshintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 – dem sich selbst überlassenen Markt und dem unkontrollierten Kapital nicht mehr. Die bis dahin dominante Theorie des marktwirtschaftlichen Laissez-faire und eine staatliche Deflationspolitik hatten als Therapie in der Weltwirtschaftskrise völlig versagt. Daher war spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg in Theorie und politischer Praxis die Erkenntnis gereift, dass der Staat in den Marktmechanismus intervenieren muss. Einerseits zur Begrenzung der wirtschaftlichen Macht der Großunternehmen und Konzerne und andererseits zur Erhöhung der Massenkaufkraft durch ein sozialstaatliches Gefüge, das auch durch eine Umverteilung der primären Markteinkommen zu den nicht so Leistungsfähigen in einer Gesellschaft herbeigeführt werden sollte. Der sich selbst überlassene Markt schafft dies nicht. »Der Markt hat kein Herz«, stellt Amerikas berühmtester Ökonom Paul A. Samuelson fest.⁹

Speziell in Deutschland wurde zwischen 1945 und 1947 sogar die *Systemfrage* gestellt.¹⁰ Selbst die CDU formulierte in ihrem »Ahle-

die mit der Ausübung kapitalistischer Macht verbundenen waren. (...) Heute glaubt man, dass das einzelne Unternehmen, der einzelne Kapitalist, keine Macht besitze. Unerwähnt bleibt dabei, dass der Markt geschickt und umfassend manipuliert wird. Darin besteht die Täuschung.« John Kenneth Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, München 2005, S. 29 f.

6 Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, in: UTOPIE kreativ, Heft 173 (März 2005).

7 John Kenneth Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs, a. a. O., S. 28.

8 Joel Bakan: Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen, Hamburg 2005, S. 8.

9 Vgl. Gespräch mit Paul A. Samuelson, in: Der Spiegel, Nr. 38/2005, S. 86.

10 Vgl. Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2005, S. 75 ff.; Marianne Welteke: Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. 1976, S. 34 f.

ner Programm« vom 3. Februar 1947, dass »das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden« sei. Die SPD sah nur in einer »Sozialisierung« und »Vergesellschaftung« eine zukünftige Lösung für die Wirtschaft, die dem Recht und der Würde des Menschen genügten. In den Gewerkschaften erinnerte man sich an die in der Weimarer Republik im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) von Fritz Naphtali (1928) entwickelten Vorstellungen über eine Wirtschaftsdemokratie. Auf dieser Basis erarbeitete Erich Potthoff¹¹ nach dem Zweiten Weltkrieg für die noch inoffizielle Gewerkschaftsführung in der britischen Besatzungszone konzeptionelle Vorschläge, die eine Sozialisierung der großen Unternehmenskomplexe in Form einer Verstaatlichung vorsahen, wobei diese Maßnahmen in eine globale staatliche Wirtschaftsplanung einzubetten wären¹². »Das Wirtschaftsleben würde erst dann wirklich demokratisch, wenn der entsprechende Einfluss der Gewerkschaften und der Betriebsräte auf die Verwaltung der einzelnen Unternehmungen gewährleistet (ist), indem diese in den Aufsichtsräten paritätisch mit den übrigen Vertretern beteiligt sind.«¹³ Die Ausarbeitungen von Potthoff gingen 1949 als politische Forderungen in das erste »Grundsatzprogramm« des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ein. Dort heißt es:

- »(Es ist) eine Wirtschaftspolitik (umzusetzen), die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert.

- (Es muss eine) Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung (eingeführt werden).

- Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

- (Es ist) soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werkstätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen (zu garantieren).

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert.«¹⁴

Diese Forderungen nach einer demokratischen Wirtschaft ließen sich nach der ersten Bundestagswahl in der Bundesrepublik 1949 nicht mehr umsetzen. Die mehrheitlich gewählte rechts-liberale Koalition von CDU/CSU/FDP und der Deutschen Partei (DP), geführt von Konrad Adenauer (CDU) als Bundeskanzler, machte sehr schnell deutlich, dass eine wie auch immer geartete »Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien« und eine »zentrale volkswirtschaftliche Gesamtplanung« nicht auf ihrer Agenda stand, und selbst eine Mitbestimmung in den Unternehmen allenfalls auf »kleinster Flamme« in Frage kam. »Spätestens jetzt war klar, dass die Kapital-

11 Erich Potthoff war nach seinem Studium der Betriebswirtschaft in Köln von 1937 bis 1940 wissenschaftlicher Assistent des Begründers der modernen Betriebswirtschaftslehre, Eugen Schmalenbach. Von 1946 bis 1949 und von 1952 bis 1956 leitete er das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften, das heutige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans Böckler Stiftung.

12 Erich Potthoff, in: Protokoll der Gewerkschaftskonferenz 1946 in Hannover, S. 10 ff.

13 Gloria Müller: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1991, S. 129.

14 Zitiert nach Gewerkschaften und Mitbestimmung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 128, Bonn 1977, S. 223.

lismus-Kritik des »Ahlener Programms« der CDU graue Vergangenheit war.«¹⁵

Dennoch wurde in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine »Soziale Marktwirtschaft« konstituiert. »Das zukünftige Wirtschaftssystem sollte das Prinzip der Marktwirtschaft mit dem des sozialen Ausgleichs verbinden; mit dem von Müller-Armack geprägten Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« konnten sich auch die stärker planwirtschaftlich orientierte Bevölkerung und vor allem die Gewerkschaften identifizieren.«¹⁶ Der Aufbau eines *Sozial- und Wohlfahrtsstaates* und die Nicht-Wiederherstellung einer »Laissez-faire-Wirtschaft« standen hier im Mittelpunkt. Für Alfred Müller-Armack stand außer Frage, dass zum Wesen einer »Sozialen Marktwirtschaft« eine staatliche Intervention in die ansonsten instabilen und unsozialen Märkte gehört.¹⁷ Gleichzeitig wollte man hiermit der aufgekomenen »Systemkonkurrenz« mit dem »sozialistischen Lager« bzw. der zentralisierten planwirtschaftlichen Ordnung begegnen. Der Kapitalismus musste zeigen, dass er auch sozial ist. Dazu wurden die Produktivitätssteigerungen zumindest verteilungsneutral zwischen den Kapitaleignern und den abhängig Beschäftigten aufgeteilt und Lohnerhöhungen zugestanden. Diese waren wiederum die Bedingung dafür, dass die mit der Steigerung der Produktivität ebenfalls steigende Gütermenge über eine kaufkräftige Massennachfrage abgesetzt werden konnte. Das kapitalistische Klassenverhältnis von Kapital und Arbeit wurde so befriedet. Es kam zu Wachstum und Vollbeschäftigung. Die Abwesenheit einer »Reservearmee« der Arbeitslosen war neben der produktivitätsorientierten Lohnpolitik auch die Basis für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für eine Humanisierung der Arbeitswelt. Außerdem wurden von den Gewerkschaften verkürzte Arbeitszeiten durchgesetzt. Der Staat konnte auf Grund hoher Wachstumsraten bei Vollbeschäftigung und daraus entstehenden Steuereinnahmen die Sozialversicherungssysteme ausbauen.

Die Einrichtung einer Wirtschaftsdemokratie, selbst nur bezogen auf eine gesetzliche paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Großunternehmen, wurde dagegen von Anfang an, nicht zuletzt von Ludwig Erhard, dem ersten Bundeswirtschaftsminister, strikt ablehnt und bekämpft. Erhard hielt die Mitbestimmung in den Unternehmen allgemein für unvereinbar mit dem freien Markt. Die Kapitaleigentümer mussten zur Gründung und zum Ausbau ihrer Unternehmen Risiken auf sich nehmen und sollten daher die alleinige Kontrolle haben.¹⁸ Diesbezüglich bekam er große Unterstützung aus der Wirtschaft, deren Vertreter grundsätzlich der Auffassung waren, dass Wirtschaftsdemokratie so unsinnig sei wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser.¹⁹ Die Gewerkschaften hielten dagegen. Sie hatten, sieht man von dem Montan-Mitbestimmungsgesetz aus dem Jahr 1951 ab, mit dem 1952 im Deutschen Bundestag verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetz und der so genannten unternehmerischen »Drittelparität« in Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften mit mehr als 500 Beschäftigten eine schwere Niederlage erlitten. Das Betriebsverfassungsgesetz sah und sieht bis heute keine *wirtschaftliche* Mitbestimmung vor und die »Drittelparität« ist eine Schein-

15 Michael Kittner: *Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart*, München 2005, S. 598.

16 Norbert Reuter: *Arbeitgeber-Marktwirtschaft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10/2001, S. 1.168.

17 Vgl. Alfred Müller-Armack: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*, Bern/Stuttgart 1976.

18 Vgl. Alfred C. Mierzejewski: *Ludwig Erhard*, a. a. O., S. 152.

19 Vgl. *Industriekurier* vom 7. Oktober 1965.

mitbestimmung, da nur ein Drittel der Aufsichtsratsmandate auf Arbeitnehmervertreter entfallen. Otto Brenner, langjähriger Vorsitzender der IG Metall, konkretisierte und begründete daher 1961 noch einmal die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Er schrieb: »Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Ausprägung der gewerkschaftlichen Idee der Freiheit. Freiheit ist für uns nicht nur ein politischer Begriff, sondern vor allem auch eine soziale Kategorie. Wir wissen, dass die Freiheit des Menschen außerhalb seines Arbeitslebens nicht vollständig und gesichert ist, solange der Mensch in seinem Arbeitsleben der Herrschaft anderer unterworfen bleibt. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, das freie Wahl-, Versammlungs-, Rede- und Presserecht bedarf der Ergänzung durch die Demokratisierung der Wirtschaft, durch Mitbestimmung der arbeitenden Menschen über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und der von ihnen geschaffenen Werte. Die Forderung nach Mitbestimmung der arbeitenden Menschen ist historisch entstanden in einer Wirtschaftsordnung, die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln beruht, auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und vom Produkt seiner Arbeit und auf der damit gegebenen Bevorzugung der Produktionsmittelbesitzer. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer Wirtschaftsordnung zu tun, in der es keine Freiheit im sozialen Bereich und keine Demokratie im Wirtschaftsleben gibt. Der Gedanke der Mitbestimmung bedeutet nichts anderes als einen Versuch, Freiheit und Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft, auch für die Arbeitnehmer zu verwirklichen.«²⁰

Brenner hatte 1960 die Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie in Anlehnung an das erste Grundsatzprogramm des DGB von 1949 in einer Drei-Stufen-Theorie – auf einer Makro-, Meso- und Mikroebene – konkretisiert. Demnach sollte durch eine adäquate makroökonomische Gesamtplanung für Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit gesorgt werden. Auf der Mesebene war eine Kontrolle wirtschaftlicher (unternehmerischer) Macht vorgesehen und auf der Mikroebene eine Partizipation der abhängig Beschäftigten an den unternehmerischen Entscheidungsprozessen.²¹

Neoliberale Angriffe auf Mitbestimmung und Demokratie

Von der Etablierung demokratischer Strukturen, die auf Partizipation der Lohnarbeitenden an dem von ihnen geschaffenen Überschussprodukt und auf ihre Teilnahme an den Entscheidungsprozessen in Betrieb und Wirtschaft setzt, sowie den demokratisch verfassten Staat in die Verpflichtung nimmt, suboptimale und ungerechte Marktergebnisse durch staatliche Wirtschaftspolitik zum Vorteil für die Mehrheit der Staatsbürger zu berichtigen, ist die bundesdeutsche Wirtschaft seit etwa Mitte der 1970er Jahre weiter entfernt als jemals zuvor. Selbst das wenige an heute bestehender Mitbestimmung wird seitdem durch die einseitige Hinwendung zu einem neoliberal orientierten Finanzkapitalismus bedroht.²² Der Schweizer Jean Ziegler betont, die Welt wurde einer »marktradikalen Gehirnwäsche« unterzogen. Das Kapital diktiert der eigentlich dem gesamten Volk verpflichteten staatlichen Politik, mittlerweile nicht einmal mehr versteckt, sondern völlig offen und einseitig, die Bedingungen und

20 Otto Brenner: Aus einem Referat im Juni 1961, in: Ders.: Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1972, S. 58.

21 Vgl. Otto Brenner: Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt a. M. 1960.

22 So wollen restaurative Kräfte, wie u.a. der ehemalige BDI-Vorsitzende, Michael Rogowski, der demokratische Mitbestimmungsstrukturen für einen »Irrtum der Geschichte« hält, heute selbst die wenigen in der Wirtschaft vorliegenden unternehmensbezogenen und betrieblichen Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten zusammenstreichen oder sogar ganz abschaffen. Dabei unterliegen nur rund 13 v. H., dies sind etwa 4 Millionen der gut 30 Millionen abhängig Beschäftigten in der Wirtschaft einer unternehmerischen Mitbestimmung – einschließlich der Drittelparität. Auf betrieblicher Ebene haben lediglich 17 v. H. aller Unternehmen (47 v. H. aller Beschäftigten) in Westdeutschland und sogar nur 15 v. H. (38 v. H.) in Ostdeutschland einen Betriebsrat. Man muss also eher von »mitbestimmungsfreien Zonen« sprechen.

Ansprüche an das gesellschaftlich arbeitsteilig erwirtschaftete Volkseinkommen. Dahinter steht ein weltweit gespanntes System, dessen Ideologie im »Konsens von Washington« von den herrschenden Oligarchien des Finanzkapitals festgelegt und von der Politik eingefordert wurde.²³ Es lässt sich als Trias aus *Liberalisierung*, *Deregulierung* und *Privatisierung* zusammenfassen. »Die neuen Herren der Welt« (Ignacio Ramonet)²⁴ wollten eine Entfesselung der Märkte, sie wollten den weltweit globalen Markt, die Privatisierung des Planeten, um sich noch mehr bereichern zu können und gleichzeitig die Armen dieser Welt auszuschließen bzw. territorial einzusperren.²⁵ Das Primat der demokratisch gewählten und legitimierten Politik wurde »entpolitisiert« (Pierre Bourdieu) und durch eine weltweite Dominanz des Finanzkapitals ausgehebelt.²⁶ Die Macht- und Herrschaftseliten erhoben den Anspruch auf eine wachsende *Entdemokratisierung* bzw. auf eine Rückverlagerung der Macht ausschließlich auf die Seite der Kapitaleigner. »Die Distribution der gesellschaftlichen Ergebnisse der kapitaldominierten Marktwirtschaft wurde so immer stärker in Richtung der leistungslosen Vermögenseinkommen verschoben.«²⁷ Dies wurde geschickt hinter blinden und anonymen Gesetzen des Marktes und einer Hochstilisierung des Wettbewerbs getarnt. Der Markt (und sein Synonym Konsument) sei der Souverän, dem sich alle zu beugen hätten, und der Markt würde im Gegensatz zum Staat die gesamtökonomisch besseren Ergebnisse liefern. Der Staat »stranguliere« durch seine ständigen Marktinterventionen die Dynamik der marktwirtschaftlichen (preislichen) Selbststabilisierung der Konkurrenzwirtschaft. Deshalb seien grundsätzlich staatliche Eingriffe in Marktprozesse auf Ausnahmen zu beschränken. Der Staat habe lediglich die *Rahmenbedingungen* für die Wirtschaftstätigkeit festzulegen und dem Leistungswillen und der Eigenverantwortung des Einzelnen im Wettbewerb genügend Raum zu lassen. *Freiheit* und *Eigentum* seien dabei konstitutive Elemente. Beide Elemente würden nachhaltig durch Mitbestimmung, durch eine demokratische Partizipation der Arbeitnehmer in den Unternehmen die Rechte der Kapitaleigner verletzen. Dies alles ist nicht nur vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit einer »Sozialen Marktwirtschaft«, sondern auch deshalb grundlegend falsch, weil die Freiheit der einen in einer kapitalistisch angelegten Ordnung die Unterdrückung der anderen ohne Kapitaleigentum automatisch nach sich zieht, wenn diese Freiheit nicht von politischen Regeln und Interventionen staatlicherseits eingeschränkt wird. Der sich selbst überlassene und immanent instabile kapitalistische Markt garantiert den abhängig Beschäftigten heute nicht einmal mehr den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft. Dies bezeichnet Oskar Negt zu Recht als einen »kapitalistischen Gewaltakt, als einen Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der davon betroffenen Menschen.«²⁸ Sächliche Produktionsmittel und die unternehmerische Freiheit sind verfassungsrechtlich durch das Eigentum mehr geschützt als die lebendige menschliche Arbeit. Diese Asymmetrie ist inakzeptabel. Der Mensch darf nicht einer Sache untergeordnet werden. Dennoch privilegiert unsere Rechtsordnung bei der Regelung des Unternehmens das Kapital.²⁹ Wolfgang Däubler fordert daher konsequenterweise im Hinblick auf Artikel 1 des Grundgesetzes (der »Würde des

23 Vgl. Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2005, S. 51 ff.

24 Vgl. Ignacio Ramonet: Die neuen Herren der Welt. Internationale Politik an der Jahrtausendwende, Zürich 1998.

25 Vgl. Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt, a. a. O., S. 11.

26 Vgl. Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Aufl., Hamburg 2002.

27 Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, a. a. O., S. 203.

28 Oskar Negt: Arbeit und menschliche Würde, 2. Aufl., Göttingen 2002, S. 54.

29 Vgl. Ekkehart Stein: Demokratisierung der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1995, S. 56.

30 Vgl. Wolfgang Däubler: Das Grundrecht auf Mitbestimmung und seine Realisierung durch tarifvertragliche Begründung von Beteiligungsrechten, Frankfurt a. M. 1973. Der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith hat gerade in seinem neuesten Buch »Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs« vor der im Shareholder-Kapitalismus entstandenen Machtkonzentration eines weitgehend verselbständigten und selbstherrlichen Managements, das sich eine eigene Bürokratie geschaffen hat, gewarnt. Er fordert eine wirksamere Kontrolle. Diese kann nur durch Gegenmachtbildung (»Countervailing power«) erreicht werden. Dazu muss der Faktor Arbeit mit Macht ausgestattet werden.

31 Vgl. Alfred Rappaport: Shareholder Value als Maßstab für Unternehmensführung, Stuttgart 1995.

32 Vgl. Lothar Kamp, Alexandra Krieger: Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland, Düsseldorf 2005.

33 Vgl. Werner Goldschmidt, Dieter Klein, Klaus Steinitz: Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn 2000.

34 Vgl. Claus Schäfer: Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11/2005, S. 603-615.

Menschen«) einen Verfassungsrang für eine paritätische Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten in den Unternehmen, wie er noch in der Weimarer Verfassung gegeben war.³⁰

Der heute vorherrschende Finanzkapitalismus oder Shareholder-Kapitalismus im Sinne von Alfred Rappaport³¹ fordert dagegen nur noch eins: den Respekt vor dem Privateigentum des Kapitals. Die Herrschenden und die Ideologen des Ultraliberalismus hatten während der zwei »Wirtschaftswunderjahrzehnte« nach dem Zweiten Weltkrieg unermüdlich gegen die mächtige keynesianische mixed economy und ihre daraus abgeleitete und vom Kapital empfundene Eigentumsenteignung kämpfen müssen. Es war unter dem Regime des Keynesianismus eine »soziale Arbeitsgesellschaft« entstanden, auch unter Akzeptanz des angestellten Managements in den Kapitalgesellschaften, die auf Wachstum und Vollbeschäftigung setzte. Die weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte hat diese Logik und gesellschaftliche Sozialverträglichkeit nachhaltig zerstört. Das Kapital hat heute die Option zwischen der Anlage in beschäftigungschaffende Realinvestitionen oder in Finanzinvestitionen, zwischen einer Arbeits- oder Geldwirtschaft wählen zu können. Hinzu kommt die Möglichkeit einer jederzeitigen Ausstiegsoption aus einem börsennotierten Kapitalunternehmen und damit die Rückverwandlung von Kapitaleigentum in Liquidität. Das Eigentum »springt« in Form der Liquidität von einem Unternehmen zum anderen und setzt dabei nicht primär auf eine Dividenden- bzw. Mehrwertpartizipation, die vom Unternehmen real erwirtschaftet wird, sondern auf die Spekulation des Börsenwertes. Alles unterliegt so nur noch einem *kurzfristigen Profitinteresse*. Katalysatoren sind dabei die Finanz- und besonders die aggressiven Hedge- und Private Equity-Fonds, die das kollektive gesamtwirtschaftliche Sparvermögen, auch angelegt in Pensionsfonds zur Alterssicherung, weltweit nach der Maßgabe maximaler Profiterzielung anlegen.³² Die Kapitalrisiken werden unter dem neuen Finanzregime externalisiert, d. h. den Beschäftigten aufgeladen. Es kommt zu einer Verkehrung kapitalistischer Logik. Nicht der Profit ist das Residualeinkommen, sondern der Lohn. Profite werden zu ex-ante in ihrer Höhe festgelegte Kontrakteinkommen. Die Deutsche Bank z. B. verlangt diesbezüglich 25 v. H. Kapitalrendite. Die Löhne und der Beschäftigungsstand werden so zu Anpassungsvariablen mit Erpressungscharakter. Hierdurch werden nicht nur die Arbeitnehmerinteressen negiert und Mitbestimmung als »Störfaktor« diskreditiert, sondern es ist unter dem Regime des Neoliberalismus,³³ der nur wettbewerbs- und profitgetrieben daherkommt, sogar zu einer Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, verbunden mit einem gefährlichen gesamtwirtschaftlichen Lohndumping, gekommen. Die wichtige gesellschaftliche *Machtbalance* zwischen Kapital und Arbeit hat sich dabei zunehmend zu Gunsten des Kapitals und der Marktlogik, die keinen sozialen Fortschritt vorantreiben kann, aufgelöst. Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist zunehmend aus dem Gleichschritt mit den Produktivitätssteigerungen geraten³⁴ und zerstört so zunehmend die ökonomische Basis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne einen Paradigmenwechsel in Politik und Ökonomie – weg vom Neoliberalismus und der Ideologie der herrschenden Oligarchien des

Finanzkapitals – wird es daher keine Wirtschaftsdemokratie geben. Im Gegenteil: Es ist sogar ein weiterer Abbau der heute schon nicht ausreichenden gesetzlichen Mitbestimmung zu befürchten.

Zur Ausgestaltung einer demokratischen Wirtschaft

Die Veränderungen des neoliberal getriebenen Kapitalismus und der Druck des völlig entfesselten Finanzkapitals geben im Grunde die Wege zur Rückeroberung einer sozialen Arbeitsgesellschaft vor. Der demokratisch legitimierte Staat, die gewählte Politik, muss hierbei für eine übergreifende wirtschaftspolitische Strategie sorgen, deren Eckpunkte in Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit bestehen.³⁵ Dazu darf der Staat nicht weiter, gemäß neoliberaler Diktion, zu einem Annex der Wirtschaft verkümmern, sondern der Staat hat die Wirtschaft auszusteuern und zu kontrollieren, ansonsten entstehen im Markt- und Wettbewerbsgeschehen noch weitere wirtschaftliche Machtgebilde. Die »originären« Marktergebnisse sind nie gesellschaftlich akzeptable und gerechte Ergebnisse. Sie verlangen nicht nur nach einer staatlichen Kontrolle des Wettbewerbs und nach einer Internalisierung externer Effekte in die jeweiligen Preisstrukturen zum Vorteil der Umwelt, sondern auch nach einer Umverteilung durch eine adäquate Steuer- und Abgaben- sowie Ausgabenpolitik.³⁶ Dies nicht zuletzt zur Aussteuerung des der Marktwirtschaft immanenten Konjunkturzyklus. Dieser ist keynesianisch-antizyklisch zu glätten. Dabei sollte auf europäischer Ebene unter den einzelnen Ländern ein *Makrodialog* angestrebt werden, der zielorientiert, d.h. gegenüber der jeweiligen nationalstaatlichen Finanzpolitik, eine adäquate Geldpolitik einschließt. Bezüglich der Finanzpolitik ist der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt kein Selbstzweck. Er darf nicht zu einer finanzpolitischen »Zwangsjacke« werden, die dann gesamtwirtschaftlich nur schadet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in diesem Kontext nicht nur eine Preisniveaustabilität zu berücksichtigen, sondern sie hat auch Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung zu übernehmen. Bezüglich einer solchen fortschrittlichen Wirtschaftspolitik versagen aber bis heute die politischen Institutionen der EU auf der ganzen Linie. Hier muss schnellstens in Europa – auch unter dem politischen Einfluss Deutschlands – für Abhilfe gesorgt werden.

Neben der Makroebene muss es auf der ökonomischen *Mesoebene* zu einer Einbeziehung gesellschaftlicher Ziele in die Unternehmenspolitik kommen. Unternehmen müssen als gesellschaftliche Veranstaltungen und nicht als private Angelegenheiten begriffen werden. Hier ist vor dem Hintergrund der erreichten hohen Konzentration in der Wirtschaft eine Zurückdrängung von *Marktmacht* notwendig: als Marktmacht im Sinne beherrschender Positionen von Unternehmen gegenüber Konkurrenten an Absatz- und Beschaffungsmärkten³⁷ und als Macht des immer mehr angewachsenen Finanzkapitals an den weltweiten Finanzmärkten. Auch gehört dazu die Bekämpfung von Macht, die Unternehmen gegenüber den Konsumenten als Endverbraucher ausüben. Dies muss in Anbetracht heute bestehender vielfältiger grenzüberschreitender unternehmerischer Marktstrategien und Unternehmensbeteiligungen durch eine drastische Verschärfung

35 Vgl. Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, a. a. O., S. 200-211.

36 Vgl. dazu die jährlich erscheinenden Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, so das Memorandum von 2005 unter dem Titel: »Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft«, Köln 2005.

37 Hier ist in den vergangenen Jahren an den Beschaffungsmärkten insbesondere die Nachfrage-macht von Unternehmen dramatisch angestiegen. Vgl. speziell dazu: Heinz-J. Bontrup: Kann der Mittelstand überleben?, in: VDI-Nachrichten, Nr. 37 vom 16. September 2005, S. 2.

38 Vgl. Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 3. Aufl., Köln 2005, S. 201-245.

europäischer kartell- und wettbewerbsrechtlicher Vorschriften umgesetzt werden.³⁸

Ein wichtiger Bereich zur Demokratisierung der Wirtschaft auf der Mesoebene ist die *Tarifpolitik*. Der Staat muss diesen ansonsten autonomen Bereich (Tarifautonomie) durch eine begleitende Mindestlohn- und Arbeitszeitpolitik stützen. Tarifpolitik zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist immer Lohn- und Arbeitszeitpolitik. Die Lohnpolitik muss mindestens den verteilungsneutralen Spielraum, also die Produktivitäts- und die Inflationsrate, ausschöpfen, und die Arbeitszeitpolitik muss Verantwortung für ein Schließen der immer mehr auseinanderklaffenden gesamtwirtschaftlichen *Produktions-Produktivitätsschere* übernehmen. Sonst kommt es zu schwerwiegenden Störungen im gesamtwirtschaftlichen Kreislaufgefüge, wie die bestehende Massenarbeitslosigkeit und die seit langem nur schwache Binnennachfrage in Deutschland mehr als deutlich zeigen. Damit zukünftig nicht weiterhin die Arbeitgeberverbände eine wirtschaftliche Krisensituation zur Durchsetzung ihrer Partialinteressen zum Schaden der Gesellschaft ausnutzen können, weil die Gewerkschaften in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit geschwächt sind und in den Tarifverhandlungen permanent nur »zweiter Sieger« bleiben, sollte der Staat durch eine *gesetzliche Pflichtmitgliedschaft* der abhängig Beschäftigten in Gewerkschaften und von Unternehmen in Arbeitgeberverbänden für einen Machtausgleich sorgen. Unter der Kuratel einer Pflichtmitgliedschaft könnten Arbeitnehmer dann nur noch ein Arbeitsverhältnis mit einem Unternehmen konstituieren, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft wären. Hierdurch würde die Existenz der Institution Gewerkschaft als dringend notwendige gesellschaftliche Gegenmacht zum Kapital langfristig gesichert. Ebenso müsste auf der Arbeitgeberseite eine Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen im Arbeitgeberverband vorgeschrieben werden, um eine Unterminierung der verfassungsrechtlich garantierten Tarifautonomie durch Verbandsaustritt zu verhindern. Der Staat sollte die Tarifpolitik auch im Sinne einer umverteilenden gerechteren *Vermögensbeteiligung* durch Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungsmodelle³⁹ fördern und nicht zuletzt auf der Mesoebene eine arbeits- und sozialrechtliche Gesetzgebung zum Schutz und im Sinne des Menschen im Produktionsprozess ausbauen – und nicht wie heute abbauen.

39 Vgl. Heinz-J. Bontrup: Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungen – ökonomische Utopie oder Notwendigkeit?, in: Intervention, Heft 1/2005, S. 95-114.

Als Gegenmacht zum privatwirtschaftlichen Unternehmenssektor wäre außerdem ein Ausbau von *öffentlichen* und *genossenschaftlichen Unternehmen* ein wesentlicher weiterer Reformschritt in Richtung Wirtschaftsdemokratie. Die Privatisierung der gesellschaftlich bedeutenden Bereiche der Post- und Telekommunikation sowie des Bahnverkehrs war ein großer Fehler. Diese Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören unter gesellschaftliche und demokratische Kontrolle und dürfen nicht nach dem Gewinnprinzip und der Höhe von Börsenwerten angesteuert werden. Dies gilt auch für die Bereiche der Energieversorgung (Strom, Gas, Wasser), die man mit den fatalen Folgen von Konzentration, Beschäftigungsabbau, höheren Preisen und höheren Gewinnen für private Kapitaleigner einem Pseudowettbewerb ausgesetzt hat. Die Ergebnisse sind hier, ebenso wie im Post- und Bahnbereich, gesellschaftlich insgesamt suboptimal.

Zu einer Wirtschaftsdemokratie gehört auch die *Vergesellschaftung*, d. h. die Nutzung von Produktionsmitteln für gesellschaftliche Ziele und Zwecke, die dem Gemeinwohl dienen. Das Grundgesetz bietet gemäß Art 15 (Sozialisierung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln) dazu die Möglichkeit. Diese Forderung wird im Umfeld einer kapitalistisch geprägten Wirtschaftsordnung und vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der osteuropäischen Planwirtschaften heute am meisten abgelehnt und ideologisch bekämpft. Hier sei noch einmal an die Forderungen nach Sozialisierung wirtschaftsrelevanter Unternehmen und Branchen nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl aus den Reihen der Politiker als auch aus den Gewerkschaften erinnert. Es sei dabei darauf verwiesen, dass der Staat in der Vergangenheit und auch heute in vielen Branchen wie beispielsweise der Luft- und Raumfahrtindustrie oder der Werft- und Stahlindustrie, nicht zu vergessen im Bergbau, gewaltige Subventionen gezahlt hat. Hier wurden nicht selten die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert.

Auf der *mikroökonomischen (unternehmerischen und betrieblichen) Ebene* muss schließlich das Verhältnis von Arbeit und Kapital in den Unternehmen von der unternehmerischen Ausübung von *Klassenmacht* gegenüber den abhängig Beschäftigten befreit werden. Dazu muss der Faktor Arbeit mit einer Gegenmacht (»Countervailing power«) gegenüber dem Kapital in den Unternehmen durch eine gesetzliche Absicherung ausgestattet werden. Wirkliche Gegenmacht entsteht erst durch eine uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital auf unternehmens- und betriebsbezogener Ebene.

Deshalb sollten die heute vorliegenden drei unterschiedlichen unternehmerischen Mitbestimmungsgesetze (Montan-Mitbestimmung, Drittelparität, »76er« Mitbestimmung) abgeschafft und durch ein *einheitliches neues Mitbestimmungsgesetz* ersetzt werden. Dies neue Gesetz sollte für alle Unternehmen mit mehr als ständig 500 Beschäftigten (ohne Auszubildende), unabhängig von der Gesellschafts- bzw. Rechtsform und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche, Gültigkeit haben. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wäre nach dem heutigen Modell der Montan-Mitbestimmung festzulegen. Dies schließt eine paritätische (quantitative) Vertretung von Kapital und Arbeit im Aufsichtsrat ein, allerdings ergänzt um einen staatlichen Vertreter mit Beratungs- und Informationsstatus, aber ohne Stimmrecht. Dies deshalb, weil Unternehmen auch eine öffentliche Verantwortung haben. Die »Pattauflösung« bei möglichen Kampf- abstimmungen im Aufsichtsrat soll, wie heute in der Montan-Mitbestimmung, durch ein weiteres neutrales Mitglied erfolgen. Der »neutrale Mann« ist dabei einvernehmlich zwischen den Mitgliedern des Aufsichtsrats zu bestellen und abzurufen. Dem Leitungsorgan (Vorstand/Geschäftsführung) muss außerdem, wie im Montan-Mitbestimmungsgesetz, ein gleichberechtigtes Mitglied (Arbeitsdirektor) angehören, der insbesondere den personellen und sozialen Geschäftsbereich vertritt.

Mit dieser Rahmenfestlegung für eine wirkliche paritätische Unternehmensmitbestimmung ist es aber nicht getan. Hierzu gehört entscheidend auch die Aufhebung des so genannten *Letztentscheidungs-*

rechts der Kapitalantileisignerversammlung gemäß § 111 Abs. 4 Aktiengesetz. Hierdurch können heute letztlich alle Entscheidungen des Aufsichtsrats auf Antrag der Geschäftsführung vom Kapitaleigner wieder aufgehoben und für nichtig erklärt werden. Im Gegensatz dazu muss der Aufsichtsrat mit Ausnahme von unternehmerischen Satzungsänderungen und von Kapitalerhöhungen sowie Kapitalherabsetzungen das Letztentscheidungsrecht haben.

Alle Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern, die keiner unternehmerischen Mitbestimmung per Aufsichtsrat unterliegen, blieben weiter den ausschließlichen Rechtsbestimmungen des *Betriebsverfassungsgesetzes* unterstellt. Die Betriebsräte müssten die Funktion der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat übernehmen. Dazu müssten allerdings das Betriebsverfassungsgesetz entscheidend in Richtung einer heute nicht gegebenen wirtschaftlichen Mitbestimmung erweitert und die Rechte der Betriebsräte entsprechend ausgebaut werden.

Literatur

- Altwater, Elmar: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft, Köln 2005.
- Bakan, Joel: Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen, Hamburg 2005.
- Bischoff, Joachim: Entfesselter Kapitalismus, Hamburg 2003.
- Ders.: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, in: UTOPIE kreativ, Heft 173, 2005.
- Bontrup, Heinz-J.: Lohn und Gewinn. Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge, München, Wien 2000.
- Ders.: Kann der Mittelstand überleben?, in: VDI-Nachrichten, Nr. 37 vom 16. September 2005.
- Ders.: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 3. Aufl., Köln 2005.
- Ders.: Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungen – ökonomische Utopie oder Notwendigkeit?, in: Intervention, Heft 1/2005.
- Brenner, Otto: Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt a. M. 1960.
- Ders.: Aus einem Referat im Juni 1961, in: Otto Brenner, Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1972.
- Däubler, Wolfgang: Das Grundrecht auf Mitbestimmung und seine Realisierung durch tarifvertragliche Begründung von Beteiligungsrechten, Frankfurt a. M. 1973.
- Galbraith, John Kenneth: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, München 2005.
- Goldschmidt, Werner; Dieter Klein; Klaus Steinitz: Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn 2000.
- Hickel, Rudolf: Die Demokratisierung des Unternehmens – Die Neomarxistische Konzeption, in: Internationale Stiftung Humanum (Hrsg.): Neomarxismus und Pluralistische Wirtschaftsordnung, Bonn 1979.
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Aufl., Hamburg 2002.
- Kamp, Lothar; Alexandra Krieger: Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland, Düsseldorf 2005.
- Kittner, Michael: Arbeitskampf. Geschichte, Recht, Gegenwart, München 2005.
- Mierzejewski, Alfred C.: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2005.
- Müller, Gloria: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 - 1975, Essen 1991.
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern-Stuttgart 1976.
- Negt, Oskar: Arbeit und menschliche Würde, 2. Aufl., Göttingen 2002.
- Ramonet, Ignacio: Die neuen Herren der Welt. Internationale Politik an der Jahrtausendwende, Zürich 1998.
- Rappaport, Alfred: Shareholder Value als Maßstab für Unternehmensführung, Stuttgart 1995.
- Reuter, Norbert: Arbeitgeber-Marktwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2001.
- Schäfer, Claus: Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11/2005.
- Stein, Ekkehart: Demokratisierung der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1995.
- Welteke, Marianne: Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. 1976.
- Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2005.

STEFAN SJÖBERG

Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

In der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung war die Wirtschaftsdemokratie stets eine Kernfrage. Je nach gesellschaftlich-historischem Kontext, Land und Tradition wurde sie in unterschiedlicher Form gestellt. Insgesamt kann gesagt werden: »Wirtschaftsdemokratie wird unter zwei zentralen Perspektiven aufgefasst: *erstens* einer Perspektive überbetrieblicher Strukturen für Eigentum an Produktionsmitteln und Steuerung derselben und *zweitens* einer starken, von unten ansetzenden Perspektive, die auf demokratische Organisation, Selbstbestimmung und Einfluss abzielt.«¹

Zur Wirtschaftsdemokratie gelangen wollte die Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte auf zweierlei Wegen; man kann sie Paritätsprinzip und Eigentumsprinzip² oder Mitbestimmungslinie und Eigentumslinie nennen. Die Mitbestimmungslinie war dominant in der Sozialdemokratie; sie entspricht dem klassischen Reformismus, der die Funktionen und Rechte, die aus dem Kapitaleigentum hervorgehen, einschränken will, ohne die grundlegenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse selbst zu verändern.

Die Linke und die sozialistische Arbeiterbewegung kritisierten diese strategische Linie vom marxistischen Standpunkt aus. Argumentiert wird dabei: Wenn man wirklich Wirtschaftsdemokratie – mit demokratischer Steuerung der Wirtschaft, realer Macht und realem Einfluss der Arbeiter sowie gleichmäßiger Verteilung der produzierten Erlöse – erreichen will, dann wird das nicht möglich sein, ohne den geheiligten Kern des Kapitalismus zu ändern, nämlich: das Privateigentum an Produktionsmitteln und Kapital.

Ab und an wurde die Eigentumslinie auch in der Sozialdemokratie vertreten. Beispiele boten (West)Deutschland und Schweden in den 1970er Jahren, als die Strategien der kollektiven Vermögensbildung bzw. der Arbeitnehmerfonds verfochten wurden, um Wirtschaftsdemokratie zu erreichen.

Die Frage der kollektiven Vermögensbildung zwecks Wirtschaftsdemokratie in Deutschland

Ausgangs der 1950er Jahre sprachen Theoretiker aus dem Umfeld von DGB und SPD von kollektiver Vermögensbildung seitens der Arbeitnehmer als Weg zur Änderung der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse im Sinn der Wirtschaftsdemokratie. Vorkämpfer der Vermögensbildungs-Strategie war Bruno Gleitze, ein dem DGB nahe stehender Ökonom. Seine Ideen müssen in den historischen sozialökonomischen Zusammenhang gestellt werden, jenen

Stefan Sjöberg – Jg. 1967; Dr. der Soziologie, Universität Uppsala; Dozent an der Universität Stockholm; Sekretär des Zentrums für Marxistische Gesellschaftsstudien, Stockholm; Koordinator eines Projektes zur Wirtschaftsdemokratie, Transform!/GUENGL, Brüssel.

Neuere Publikationen: Power and Ownership (mit Johann Lönnroth, Lisa Rasmussen und Camilla Sköld Jansson), Swedish Left Party, Stockholm 2002; Löntagarfondsfrågan – en hegemonisk vändpunkt. En marxistisk analys, Universitetsyckeriet, Uppsala 2003; Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie. Lehren aus der Geschichte der Schwedischen »Arbeitnehmerfonds« für die Zukunft, in: Sozialismus, Hamburg, Heft 5/2004; Die Schwedi-

sche Linkspartei: wirtschaftsdemokratische Positionen, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Texte 19 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005.

Der vorliegende Text entstand mit Unterstützung eines Forschungsstipendiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Eine erweiterte Fassung hat der Autor auf der Konferenz »Wirtschaftsdemokratie – eine Kernfrage für die europäische Linke des 21. Jahrhunderts?«, die am 7. und 8. Dezember 2004 als eine gemeinsame Veranstaltung der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament und der Netzwerke »Transform!« und EURED im Europäischen Parlament in Brüssel stattgefunden hat, vorgetragen.

1 Johann Lönnroth, Stefan Sjöberg, Camilla Sköld Jansson, Lisa Rasmussen: Vänstern, ägandet och makten, Stockholm 2001, S. 10 (Power and Ownership, Swedish Left Party, Stockholm 2002).

2 Horst-Udo Niedenhoff: Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 60 f.

3 Michael Take: Die Arbeitnehmerfonds in Schweden, Frankfurt/Main 1988, S. 117 f.

4 Bruno Gleitze: Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, in: WWI-Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1/1969.

5 Zu dieser Diskussion siehe u. a. Rudolf Jettmar:

spezifisch westdeutschen Bedingungen der Nachkriegszeit. Nach dem Krieg wurde die private Kapitalakkumulation durch wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützt. Daraufhin konzentrierten sich Kapital und Reichtum zunehmend in wenigen Händen. Eingangs der 1960er Jahre besaßen 1,7 % der Bevölkerung 70 % der Produktionsmittel.³

Der Gleitze-Plan wurde zunächst 1957 unterbreitet.⁴ Gleitze hinterfragt den Fakt, dass der durch Eigenfinanzierung in der Industrie erzielte Vermögenszuwachs den Kapitaleignern zufließt. Diese Kapitalakkumulation und -konzentration in wenigen privaten Händen verhindert eine Kapital- und Vermögensbildung seitens der Arbeitnehmer. Gleitze meint, dieses Problem sei allein durch aktive Lohn- und Steuerpolitik nicht zu lösen. Er empfiehlt eine Vergesellschaftung der Kapitalakkumulation durch den Aufbau gewerkschaftlich kontrollierter »Sozialfonds«. Von Großunternehmen erzielte Profite sollten zu einem bestimmten Anteil an die Sozialfonds transferiert werden. Mittels dieser überbetrieblichen Fonds sollten die Arbeitnehmer an der Kapitalakkumulation in der Großindustrie beteiligt werden. Das Fondssystem sollte sich nur auf Großunternehmen erstrecken, weil sich die Akkumulation von Kapital und Macht dort konzentrierte. Die Arbeitnehmer sollten individuelle, längerfristig unverkäufliche Fondsanteile erhalten, um zu garantieren, dass sich das Kapital nicht wieder bei den Großeigentümern konzentrierte.

Dieser Vorschlag war der Ausgangspunkt für eine lebhaft diskutierte Diskussion über die kollektive Vermögensbildung und den Aufbau von Fonds sowohl in Deutschland als auch später in Schweden. Während der 1960er Jahre wurden Gleitzes Ideen z. B. von einer Arbeitsgruppe im DGB zum »Buttner-Plan« sowie von bedeutenden Theoretikern des DGB wie Wilfried Höhnen und Gerhard Leminsky verarbeitet.⁵

Eingangs der 1970er Jahre kamen DGB und SPD zu ersten Entschlüssen. Im Juni 1972 beschloss der Berliner DGB-Kongress auf mehreren Anträgen beruhende Vorschläge zur kollektiven Vermögensbildung. Erklärt wurde: »Die Arbeitnehmer aller Bereiche sind durch ein überbetriebliches System der Ertragsbeteiligung am Produktionsvermögen angemessen zu beteiligen.« Und in einem anderen Antrag: »Diese gewerkschaftliche Vermögenspolitik hat zum Ziel, die in der Bundesrepublik herrschende Vermögenskonzentration und die damit verbundenen einseitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtpositionen zu beseitigen.«⁶

Ein vom Kongress angenommener Antrag des Bundesvorstands forderte, die Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs in den Unternehmen zu beteiligen. Dazu wird vorgeschlagen, Vermögensbildungsfonds mit zwei Hauptzielen aufzubauen: *erstens* einem Umverteilungsziel, um die Lohnpolitik zu ergänzen und die Ungleichverteilung von Vermögen und Anteil am gesellschaftlichen Produkt zu korrigieren; und *zweitens* dem gesellschaftspolitischen Ziel, der Konzentration von Macht, Eigentum und Vermögen im Unternehmen seitens der großen Kapitaleigner entgegen zu wirken. Ein bestimmter Anteil (4 bis 15 %) am Jahresgewinn von Großunternehmen sollte auf regionaler Basis in Aktien an die Fonds transferiert werden. Zur Begründung hieß es, wenn die Gewinnanteile in Aktien- statt in Geldform transferiert würden, werde die Liquidität der Unternehmen

nicht beeinträchtigt. Die Fonds sollten von den Arbeitnehmern kontrolliert werden, die öffentliche Hand dabei auch repräsentiert sein. Die Fondsdelegierten sollten von allen Fondsanteilbesitzern bestimmt werden. Ihre Räte sollten dann einen Aufsichtsrat ernennen, der zu einem Drittel aus Vertretern der öffentlichen Hand bestehen werde.

Alle Fondseigner sollten ihren Anteilen entsprechende Zertifikate erhalten. Für den Umgang mit den Zertifikaten nannte der Kongress zwei Alternativen: Bei der ersten sollten sie nur in Ausnahmefällen einlösbar sein, bei der zweiten nach zehn Jahren auf dem Aktienmarkt verkauft werden können. Obwohl auf diese Alternativen hingewiesen wurde, wird die erste in der Begründung bevorzugt: Die verteilungs- und die gesellschaftspolitischen Ziele der Vermögenspolitik könnten nur auf dem Wege über grundsätzlich ewige Sperrfristen erreicht werden.⁷

Der DGB hatte nun eine Grundsatzentscheidung für Fonds getroffen, und die SPD musste dazu Stellung beziehen. Auf dem Parteitag in Saarbrücken 1970 wurde ein Antrag des Vorstands zur Vermögensbildung angenommen. Er betraf Investmentfonds in dezentralisierten Formen unter öffentlicher Kontrolle, die genutzt werden könnten, um Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs zu beteiligen und die ungerechte Kapital- und Eigentumsstruktur zu verändern.⁸

1971 beschloss der Bonner Parteitag, eine Vermögenskommission zu wählen. Er ging davon aus, dass das dritte Vermögensbildungsgesetz unzureichend war und dass andere Maßnahmen notwendig waren, um die Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs zu beteiligen. Im Juni 1972 erklärte der SPD-Vorstand, die Verwirklichung der Mitbestimmung beseitige nicht die ungerechte Vermögensverteilung in unserer Wirtschaft. Sie ersetze deshalb nicht die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.⁹ Wieder wurden dezentralisierte, von den Arbeitnehmern kontrollierte Fonds vorgeschlagen. Im selben Jahr befand der Dortmunder Parteitag, das 3. Vermögensbildungsgesetz sei gut für die Arbeitnehmer, jedoch das Eigentum an Produktionsmitteln sei noch immer im Besitz einer kleinen Schicht.¹⁰

1973 bezog dann der ordentliche Parteitag der SPD in Hannover eine Position, die dem Kongressbeschluss des DGB von 1972 sehr nahe kam.¹¹ Beschlossen wurde eine aufgrund eines Berichts der Vermögenskommission ausgearbeitete Empfehlung für Fonds. Festgestellt wurde, dass das Eigentum am Produktivvermögen sich noch immer in relativ wenigen Händen befinde. Zu den Zielen sozialdemokratischer Politik gehöre es, die Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen der Wirtschaft zu beteiligen und auch auf diese Weise zur Demokratisierung der Wirtschaft beizutragen. Großunternehmen sollten einen Teil des Gewinns einem zentralen Fonds überweisen, der dann die Anteile an regionale Fonds zu vergeben habe. Die Kapitalzufuhr sollte nicht in Geld erfolgen, weil nicht die Einführung einer neuen Steuer, sondern eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen beabsichtigt sei. Die Anteilseigner, d. h. die Arbeitnehmer, sollten eine Vertreterversammlung einberufen, die einen Verwaltungsrat zu wählen habe; dieser solle zu einem Drittel die öffentliche Hand repräsentieren. Die Anteilseigner würden Zer-

Vermögensbildung – eine Standortbestimmung, Berlin 1980, S. 46 f.; Das Mitbestimmungsgespräch, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 2-3/1978; _ke Wredén: Kapital till de anställda, Stockholm 1976, S. 80; sowie Rolf Eidem, Rolf Skog: Löntagarmakt i Västeuropa, Stockholm 1980.

6 Deutscher Gewerkschaftsbund, Protokoll des 9. Ordentlichen Bundeskongresses, Berlin 1972.

7 Vgl. Ebenda.

8 Vgl. Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – Thesen, Pläne, Gesetze. Dritte Folge: 1968 bis 1973, zusammengestellt und eingeleitet von Dr. Günter Halbach, Bonn 1973, S. 44 f.

9 Vgl. Ebenda, S. 108.

10 Vgl. Ebenda, S. 146.

11 Vgl. Vermögensbildung, Parteitag Hannover 1973, Vorstand der SPD, Bonn 1973.

tifikate erhalten, die nach sieben Jahre zu Geld gemacht werden könnten. Das Fondsvermögen sei dazu gedacht, zur Stimulierung von Infrastruktur-Investitionen verwendet zu werden.

Dieser Beschluss bedeutete, dass der gewerkschaftliche und der politische Teil der Sozialdemokratie nun vereint für die Grundzüge eines kollektiven Fondssystems zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eintraten. Gleichzeitig gab es bei den sozialdemokratischen Akteuren innere Spaltungen. Im DGB war eine starke Minderheit gegen die Vermögensbildungsfonds, und die wichtigste Gegenstimme erhob die IG Metall. Sie bezog die Position, dass kollektive Vermögensbildung in Fonds durch Gewinnbeteiligung den Kampf für höhere Löhne und erweiterte Mitbestimmung schädigen könne. Die IGM war der Ansicht, die Ziele der Vorschläge für eine kollektive Vermögensbildung wären besser durch eine aktive Lohn- und Steuerpolitik und den Kampf für die Mitbestimmung zu erreichen.¹²

Für die dem entgegen stehende sozialdemokratische Opposition kann das Beispiel der Jungsozialisten stehen. Sie erklärten 1970 auf ihrem Kongress, dass Vermögenspolitik, Steuerpolitik und Mitbestimmungspolitik untrennbar miteinander verbunden seien. Eine Änderung der skandalösen Vermögensverteilung könne nur durch überbetriebliche Gewinnbeteiligung erreicht werden.¹³ Daher empfahlen sie ein kollektives Fondssystem ohne individuelle Zertifikate.

Die SPD-Führung stand nun vor der Aufgabe, sich mit den verschiedenartigen Kritiken innerhalb der Sozialdemokratie zu beschäftigen und zugleich in einer Regierungskoalition mit der liberalen FDP zu wirken. Die FDP hatte zur Vermögensbildung die Position, dass die Fonds in Geldform, mit nach drei Jahren verkäuflichen individuellen Anteilen, aufgestellt und so in den Finanzmarkt einbezogen werden sollten. Die FDP verlangte auch Sicherheit für das Privateigentum und die alten Kapitaleigner.¹⁴

Die CDU unterbreitete ebenfalls Vorschläge zur Vermögensbildung. Sie war für persönlich verfügbares Miteigentum am Produktivvermögen und gegen Kollektiveigentum,¹⁵ d. h. für *individuelle* Arbeitnehmeranteile an Gewinnen und Kapital. Die schärfste Kritik an der kollektiven Vermögensbildung übte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Sie sah darin Bestrebungen des DGB zur Syndikalisierung der Wirtschaft, und sie meinte, dass diese Fonds durch eine solche Zwangsübertragung in absehbarer Zeit sogar zu Mehrheitseigentümern werden würden.¹⁶

Zur Zeit der DGB- und SPD-Vorschläge von 1972/73 wurden die Vermögensbildungsfonds also von bourgeoisen Akteuren wie auch von Akteuren innerhalb der Sozialdemokratie selbst kritisiert. Die zusammen mit der FDP regierende SPD-Führung hatte einen schwierigen Balanceakt zu vollbringen. 1974 entschied sich die Koalitionsregierung für einen Vorschlag, der grundsätzlich von denjenigen des DGB und der SPD abwich und eher dem Freiburger Programm der FDP entsprach.¹⁷ Dieser Vorschlag bedeutete, dass die DGB-interne, von der IG Metall angetriebene Opposition gestärkt wurde, und der neue Kanzler Helmut Schmidt erklärte im Frühjahr 1974, dass er nicht implementiert werde.¹⁸

In der deutschen Diskussion um kollektive Vermögensbildungsfonds zwecks Wirtschaftsdemokratie trat danach Stille ein. Oder

12 Vgl. Winfried Fuest, Edmund Hemmer, Simon Strasser: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Eine Dokumentation, Köln 1997, S. 57.

13 Vgl. Ebenda, S. 70.

14 Vgl. Ebenda, S. 47 u. 91.

15 Vgl. Ebenda, S. 32.

16 Vgl. Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, a. a. O. 1973, S. 18 f.

17 Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – Thesen, Pläne, Gesetze. Vierte Folge: 1973 bis 1977, zusammengestellt und eingeleitet von Dr. Günter Halbach, Bonn 1977, S. 43 ff.

18 Ebenda, S. 48.

man kann vielleicht sagen, dass die Sache nach Schweden emigrierte. In die schwedische Diskussion eingebracht wurde sie von einem Deutschen, von Rudolf Meidner, der 1933 nach dem Reichstagsbrand in Schweden Zuflucht gefunden hatte und später einer der bedeutendsten Theoretiker der LO (Landesorganisation der Gewerkschaften), des schwedischen Gegenstücks zum DGB, geworden ist.

... und in Schweden

Etwa ein Jahrzehnt lang war die schwedische Gesellschaft stark von der Debatte um die Arbeitnehmerfonds geprägt.¹⁹ Die sozialdemokratische Partei SAP war von 1932 bis 1976 an der Regierung. Ein Eckpfeiler des schwedischen Sozialstaatsmodells war die sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik; sie beruhte auf aktiven Maßnahmen für Vollbeschäftigung in Verbindung mit der so genannten solidarischen Lohnpolitik. Hauptarchitekten dieser Politik waren die beiden LO-Mitarbeiter Gösta Rehn und Rudolf Meidner.

Ausgangs der 1960er Jahre wurde jedoch klar, dass die solidarische Lohnpolitik auch negative Folgen für die Kraft der Arbeiterklasse mit sich brachte. In hochprofitablen Branchen bedeutete dies, dass die Kapitaleigner noch höhere Profitraten erzielten, »Extraprofit« geheiß. Sichtbar wurde, dass im sozialdemokratischen »Volksheim« zwar der Lebensstandard der Arbeiterklasse rasch gestiegen, zugleich aber die Konzentration von Kapital, Besitz und Macht bei den großen Kapitaleignern im Anstieg war. In den späten 1960er Jahren verwies in Schweden auch eine Welle von außer Kontrolle der LO geratenen wilden Streiks auf den Fakt, dass höherer Lebensstandard, soziale Versorgung usw. nicht auch Demokratisierung der Arbeitsstellen, Mitbestimmung, reale Macht, realen Einfluss usw. bedeuteten hatten.

Die LO musste etwas tun, um dieser Lage zu begegnen. Einem Beschluss des LO-Kongresses von 1971 folgend, berief der LO-Vorstand eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Rudolf Meidner ein. Im August 1975 unterbreitete die Arbeitsgruppe ihren ersten Vorschlag.²⁰ Dieser erste Bericht lenkte den Blick unmittelbar auf die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse und deren grundsätzliche Umgestaltung. Im »Meidner-Vorschlag« wird gesagt, dass Arbeitnehmerfonds den Hauptzweck haben, das schwedische Unternehmenseigentum zu demokratisieren und dass kollektive Arbeitnehmerfonds mit der Zeit die Aktienmehrheit der Großunternehmen erwerben werden.

Vorgeschlagen wurde ein Modell der Gewinnbeteiligung, das die Eigentums- und Machtstruktur der Unternehmen umschalten, aber ihre Liquidität nicht beeinträchtigen würde. Einflüsse aus der DGB-Diskussion zur Vermögensbildung sind leicht ersichtlich. Nach dem Meidner-Vorschlag sollte ein bestimmter Teil der Jahresgewinne von Großunternehmen (die Arbeitsgruppe sprach von 20 %) den Arbeitnehmerfonds in Gestalt von neu emittierten Unternehmensaktien zufließen. Damit würden die Gewinne nicht aus dem Unternehmen abwandern, sondern Produktivvermögen bleiben. Der Umfang der Neuemission ließe sich aus dem Verhältnis der errechneten Summe zum Gesamt des Aktienbestands ermitteln. Von individuellen Zertifikaten wurde, wie bei den deutschen Vorschlägen, Abstand genom-

19 Zur schwedischen Debatte um die Arbeitnehmerfonds siehe meine Doktordissertation: Stefan Sjöberg: Löntagarfondsfrågan – en hegemonisk vändpunkt. En marxistisk analys (Die Arbeitnehmerfonds-Debatte – ein hegemonialer Wendepunkt. Eine marxistische Analyse), Uppsala 2003. Für eine deutschsprachige Einführung vgl. Stefan Sjöberg: Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie: Lehren aus der Geschichte der schwedischen »Arbeitnehmerfonds« für die Zukunft, in: Sozialismus 5/2004.

20 Vgl. Rudolf Meidner mit Anna Hedborg und Gunnar Fond: Löntagarfonder, Stockholm 1975.

men, mit der Begründung, diese würden konsumiert werden und somit nicht zu einem realen Wandel der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse beitragen. Das Fondssystem sollte nur Großunternehmen mit mindestens 50 bis 100 Beschäftigten erfassen, weil Macht und Eigentum bei diesen Unternehmen konzentriert seien.

Die Arbeitnehmerfonds sollten, dem Vorschlag zufolge, von den Beschäftigten durch ihre Gewerkschaften kontrolliert und die Fondsvorstände von Gewerkschaftsvertretern berufen werden. In den verschiedenen Wirtschaftszweigen und -sektoren sollte eine Reihe von Fonds so aufgebaut werden, dass alle Großunternehmen je eines Zweiges erfasst würden. Die Fondsvertreter in den jeweiligen Unternehmensvorständen sollten von den Fondsvorständen und den lokalen Gewerkschaften gemeinsam berufen werden. Für die Ebene der Arbeitsstellen wurde weit reichende Selbstbestimmung vorgeschlagen mit der Bemerkung, der Vorschlag solle als Ergänzung, nicht als Gegensatz zur Mitbestimmungslinie und einem entsprechenden (1977 implementierten) Gesetz betrachtet werden. Dieses ursprüngliche Arbeitnehmerfonds-Modell hätte bedeutet, dass der Anteil der kollektiven Fonds an den Großunternehmen allmählich gegenüber den privaten Anteilen zugenommen hätte. Nach der Einschätzung der Arbeitsgruppe wären die schwedischen Großunternehmen binnen 20 bis 40 Jahren mehrheitlich im Besitz und unter Kontrolle der Arbeitnehmerfonds gewesen.

Im Juni 1976 wurde eine überarbeitete Fassung dieses Vorschlags vom LO-Kongress angenommen.²¹ Die mächtige Zentralgewerkschaft, in der etwa 90 % aller Arbeiter organisiert waren, stand nun hinter den auf Wirtschaftsdemokratie abzielenden Arbeitnehmerfonds.²² Die gesamte Organisation, von der Basis bis zur Spitze, war sehr enthusiastisch. In der LO-Verbandspresse konnte man Schlagzeilen lesen wie »Mit den Fonds kommen wir an die Macht!« und »So werden wir die Kapitaleigner entmachten.«²³ In einem Interview für den schwedischen Rundfunk erklärte Meidner unter Hinweis auf Marx und Wigforss, seiner Ansicht nach sei reale Wirtschaftsdemokratie nicht möglich, ohne die grundlegenden Eigentumsverhältnisse zu ändern.

Im September 1976 verloren die Sozialdemokraten die Parlamentswahlen. Die SAP erhielt 0,8 Prozentpunkte weniger Zustimmung als bei den vorigen Wahlen. Dieser Verlust bedeutete, dass der SAP erstmals seit 44 Jahren die Regierungsmacht genommen wurde. In der sozialdemokratischen Partei, speziell in der Führung, herrschte verbreitet Skepsis gegenüber den Arbeitnehmerfonds. Sie wurden als Abweichung vom klassischen Reformismus angesehen. Ministerpräsident Olof Palmes Haltung zur gesamten Idee der Arbeitnehmerfonds erschien oft sehr ambivalent. Viele meinten, die Niederlage sei auf die Fonds-Angelegenheit zurück zu führen. Dann zeigte sich jedoch, dass die Atomenergie-Debatten eine größere Rolle gespielt hatten als die über die Arbeitnehmerfonds.

Die kommunistische Partei VPK hatte sich anfangs gleichfalls abseits gehalten, von links her weitere Kritik geübt und nicht mit der Sozialdemokratie mitziehen wollen. Die Kritik seitens der VPK ähnelte jener der deutschen IG Metall. Die VPK war für direkte Nationalisierung, aktiven Lohnkampf und radikale Mitbestimmung.

21 Kollektiv kapitalbildning genom löntagarfonder, Rapport till LO-kongressen, Lund 1967.

22 Zum Inhalt dieser Empfehlungen siehe in deutscher Sprache: Rudolf Meidner: Kollektive Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand als Instrument der Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, Wissenschaftszentrum Berlin (West) 1981.

23 Vgl. Stefan Sjöberg: Löntagarfondsfrågan, a. a. O., S. 130 ff.

Ein weiterer wichtiger Akteur war die Angestelltengewerkschaft TCO, die sich zunächst positiv zu den Arbeitnehmerfonds verhielt, aber später von inneren Konflikten gelähmt wurde.

Für die Akteure und die Presse der Bourgeoisie waren die ursprünglichen LO-Vorschläge für Arbeitnehmerfonds von 1975/76 schockierend. Knallige Schlagzeilen lauteten: »Revolution in Schweden!« und, unter einem Bild von Rudolf Meidner: »Ist dies der gefährlichste Mensch in Schweden?« Die Konservativen (die *Moderaterna*) hatten von Anfang an zu allen Formen von Kollektivfondsbildung »Nein« gesagt und den ursprünglichen Vorschlag als »Sozialisierung« der schwedischen Unternehmen angesehen. Die liberalen Parteien (die *Folkpartiet* und die *Centerpartiet* der Landwirte) waren anfangs offener für Diskussionen über Fonds und deren Form. Nach innerer Mobilisierung zogen der Unternehmerverband SAF und andere Organisationen mit gewaltigem Aufwand in den ideologischen Kampf. Es folgte eine Reihe von Kampagnen gegen die Fonds, und zu Beginn der 1980er Jahre waren alle bedeutenden bürgerlichen Akteure in Schweden vereint gegen die »Sozialistenfonds«.

Nach der Wahlniederlage von 1976 bildeten LO und SAP gemeinsame Arbeitsgruppen, um die Arbeitnehmerfonds-Initiative neu zu bewerten. 1983 reichte die nun wieder regierende SAP eine die Arbeitnehmerfonds betreffende Regierungsvorlage ein, die dann vom Parlament angenommen wurde.²⁴

Allerdings unterschied sich die implementierte Arbeitnehmerfonds-Initiative sehr von den ursprünglichen Vorschlägen der LO. Das Anliegen der Wirtschaftsdemokratie und das Ziel, die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern, waren ausgeblendet. Die Fonds sollten *nicht* auf das mehrheitliche Eigentum an den Unternehmen abzielen, sondern höchstens jeweils 40 % der Anteile an einer Firma erwerben dürfen. Die Gewinnanteile sollten nicht mehr als Wertpapiere transferiert werden, sondern als Geldbeträge, die dann in die Industrie zu investieren wären. Der Hauptzweck war nunmehr, die Unternehmen mit Risikokapital zu versorgen. Als 1991 wieder eine nichtsozialistische Allianz die Regierung übernahm, bestand eine ihrer ersten Amtshandlungen darin, die inzwischen akkumulierten Arbeitnehmerfonds zu liquidieren.

Die Hegemoniefrage

Während es die gesplante schwedische Arbeiterbewegung versäumte, einen hegemonialen Block zu formieren, schaffte es der (erweitert verstanden) bürgerliche Block rechtzeitig, eine vereinte Hegemonialkraft im Sinn von Gramscis Begriff²⁵ zu bilden. In den hegemonialen Kampf um die Arbeitnehmerfonds traten somit nach Stärke und Machtressourcen unterschiedene Subjekte, wobei es der vereinte Bürgerblock rechtzeitig schaffte, eine gesplante Arbeiterbewegung in die Defensive zu drängen. Immer entschiedener in Argumenten und Erklärungen, fester in seinen Positionen – unterstützt auch von dem internationalen Rechtsschwenk, wie er von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und US-Präsident Ronald Reagan repräsentiert wurde –, intensivierte er den Angriff auf die Arbeitnehmerfonds, und zugleich geriet die gesplante Arbeiter-

24 Regeringsproposition 1983/84:50: Löntagarfonder.

25 Vgl. Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Berlin-Hamburg 1991-2002, darin z. B.: H. 13, § 1, 1536 zur »Übereinkunft der assoziierten Willen«. Vgl. für eine gedrängte Gesamtschau auf den Begriff den Eintrag »Hegemonie« in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/1, 1-29, Hamburg 2004.

bewegung immer mehr in die Defensive, und ihre Argumente wurden immer schwächer. Eine gesplante Arbeiterbewegung kann einer vereinten bürgerlichen Kraft nicht Stand halten, und das ist grundsätzlich zu beachten, wenn man Erklärungen finden will für die allmähliche Abwandlung der Fonds und letztlich den Sieg der Bourgeoisie. Die Implementierung der ursprünglichen LO-Vorschläge von 1975/76 hätte eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Richtung Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus – als einer Ordnung mit dominantem Gemeineigentum und gemeinschaftlichem Besitz an Großunternehmen – bedeutet. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie waren bedroht, und ein Hegemonialblock wurde mobilisiert, um die Arbeiterbewegung unter Gegendruck zu setzen.

Um die Wandlungen und den Ausgang zu verstehen, müssen auch die gewandelten Bedingungen der schwedischen und der Weltwirtschaft berücksichtigt werden. Wie die deutsche, hatte auch die schwedische Nachkriegswirtschaft derart große Ergebnisse erzielt, dass sowohl der Lebensstandard der Arbeiterklasse als auch der Vermögenszuwachs für die Eigner gesteigert werden konnten. Das war der gemeinsame Hintergrund für das Anliegen der kollektiven Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Doch als die schwedischen Arbeitnehmerfonds endlich implementiert wurden, hatten sich die Dinge verändert. Die Weltwirtschaft – und in großem Maß auch die vom Export abhängige schwedische Wirtschaft – befand sich, von Ölkrisen betroffen, nicht mehr in der Situation wachsender »Extraprofite«. Auch das erklärt, weshalb die Zielrichtung der Arbeitnehmerfonds so, wie geschehen, verschoben wurde. Man kann sehen, dass ökonomische Faktoren Ausschlag gebend auf die politische und ideologische Entwicklung einwirkten.

In Sachen der Vermögensbildung lassen sich Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem deutschen und dem schwedischen Fall kennzeichnen. Ein fundamentaler Unterschied war, dass in Deutschland die deutsche SPD Kompromisse mit der FDP suchen musste, während die SAP in Schweden »nur« die passive Unterstützung der kommunistischen Partei VPK zu erreichen brauchte. Immerhin fasste in Deutschland die SPD einen Parteitagsbeschluss für kollektive Vermögensbildungsfonds mit Gewinnbeteiligung in Aktien, und wenn die schwedische SAP das auch machte, dann betraf das eine revidierte Form und erweckte den Eindruck, dass man eher der LO entgegen kommen wollte, um die historisch außergewöhnliche Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaft zu überwinden.

In Schweden machte sich die SAP nie den ursprünglichen radikalen Vorschlag für Arbeitnehmerfonds zu eigen, während in Deutschland die SPD-Position dem DGB sehr nahe kam – mit dem Unterschied, dass der DGB ursprünglich zu einer kollektiven Lösung ohne individuelle Zertifikate neigte. Somit scheinen DGB und SPD besser zu einer gemeinsamen Plattform gelangt zu sein als LO und SAP. Ein anderer Aspekt war die innere Spaltung im DGB, wo die IG Metall energisch gegen kollektive Vermögensbildungsfonds auftrat. In Schweden war umgekehrt die Gewerkschaft *Metall* die treibende Kraft hinter den ursprünglichen Arbeitnehmerfonds-Initiativen.

Wie kam das? Die IG Metall war für die Mitbestimmungslinie, sie strebte eine qualifiziert-paritätische Mitbestimmung an, ohne zu ver-

suchen, die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Zugleich wurde eine aktive Lohn- und Steuerpolitik gefordert. Man kann sagen, dass die IGM seinerzeit für eine Art von Funktionssozialismus war, während die schwedische *Metall* eine marxistisch beeinflusste Eigentumslinie vertrat, mit direkter Zielrichtung auf Veränderungen in den Grundstrukturen des Eigentums an Kapital und Produktionsmitteln. Man kann das natürlich darauf beziehen, dass *Metall* den im Kern das System transformierenden Charakter des ursprünglichen LO-Vorschlags – mit obligatorischer Gewinnbeteiligung in Aktien und ohne individuelle Zertifikate – erkannt hatte, während die IGM befürchten konnte, dass die relativ schwache SPD nie fähig wäre, derartige Vorschläge zu implementieren, und die ganze Sache dann den aktiven Kampf für Löhne, Mitbestimmung usw. schädigen würde. Weiter erhebt sich die Frage, ob nicht ein Aspekt der fundamental unterschiedlichen Positionen von IGM und *Metall* darin bestehen könnte, dass die IG Metall nicht so stark in eine solidarische Lohnpolitik eingebunden war wie die schwedische *Metall*. Wenn ja, könnte das bedeuten, dass *Metall* die Arbeitnehmerfonds als günstig für die Solidarität des gesamten LO-Kollektivs ansah – das war wirklich eine Richtschnur für die Arbeitsgruppe –, während die IG Metall sie als nachteilig im Lohnkampf für ihre eigenen Mitglieder betrachten konnte.

Das bedarf natürlich weiterer Nachprüfung. Aus den Erfahrungen mit kollektiven Vermögensbildungsfonds in Schweden und Deutschland kann man die Folgerung ziehen, dass die Arbeiterbewegung und die im weiten Sinn verstandene Linke, um solch eine das System transformierende Strategie implementieren zu können, als Hegemonialkraft fungieren müssen. Sobald die Arbeiterbewegung die Frage nach Umgestaltung der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse stellt, wird sie auf eine vereinte bürgerliche Hegemonialkraft stoßen. Um fähig zu sein, die Sache der kollektiven Vermögens- und Fondsbildung und weiter der Wirtschaftsdemokratie erneut auf die Tagesordnung zu setzen, muss die Linke offenbar realen Druck auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ausüben. Dazu müssen die »alten« Linksparteien die Beziehungen zu den neuen Sozialbewegungen verbessern und festigen und die Frage nach einer anderen Ordnung stellen. Die Linksparteien haben hier die Verantwortung, sowohl den neuen Bewegungen als auch der Sozialdemokratie strategische Alternativen vorzustellen. Auf diese Weise könnte der sozialdemokratischen Linken geholfen werden, ihre Bewegung zu radikalisieren.

Eine Strategie für die Zukunft? Gewerkschaftliche Pensionsfonds und Gesellschaftsfonds

In den letzten Jahrzehnten ist es um die Sache der Wirtschaftsdemokratie fast ganz still geworden, auch in der Arbeiterbewegung. Dennoch scheint diese Sache heute so bedeutsam zu sein wie zuvor. Die Kapitalakkumulation und die Konzentration von Macht und Eigentum bei den großen Kapitaleignern ist für die Linke von heute ein entscheidender Gegenstand der Auseinandersetzung.

Wird an neuen Strategien für Wirtschaftsdemokratie gearbeitet, dann sollten sich nützliche und wichtige Elemente in den deutschen

26 Das ist ein im Euro-kommunismus der 1970er Jahre z. B. von Palmiro Togliatti in der italienischen KP ausgearbeitetes Konzept.

27 Dieses Konzept ist entwickelt in: Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002; siehe auch: Michael Brie, Dieter Klein: Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen, Rio de Janeiro 2004, sowie: Dieter Klein: Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad, Berlin 2004.

28 Richard Minns: The Social Ownership of Capital, in: New Left Review, Nr. 219, 1996.

29 Robin Blackburn: Banking on Death, Or Investing in Life: The History and Future of Pensions, London 2002.

und schwedischen Fondsstrategien finden lassen. Die Strategie kollektiver Vermögensbildungsfonds ist ein struktureller Reformismus,²⁶ der – im Gegensatz zum klassischen sozialdemokratischen Reformismus – darauf abzielt, den Kern des Kapitalismus, das Privateigentum an Kapital und Produktionsmitteln, grundsätzlich zu verändern. Es geht um einen strukturellen Reformismus, der die kapitalistische Produktionsweise revolutioniert, und zwar nicht durch unmittelbaren Bruch bei bestimmter Gelegenheit, sondern in einem weit reichenden Transformationsprozess.²⁷

In den letzten Jahren wurde erneut über kollektive Vermögensbildungsfonds diskutiert, bisher hauptsächlich unter linken Intellektuellen, aber in gewissem Maße auch in den Gewerkschaften. Zu dieser Diskussion um die Möglichkeit, kollektive Pensionsfonds auf progressive Weise zu verwenden, haben Theoretiker aus Großbritannien wie Richard Minns²⁸ und Robin Blackburn²⁹ besonders wichtige Beiträge geleistet.

Andere, nicht auf öffentliche und kollektive, sondern auf private und individuelle Basis gegründete Pensionsfondssysteme sind neuerdings in mehreren Ländern Europas wie auch in anderen Weltteilen implementiert worden. In den Riesensummen des von Arbeitern akkumulierten Pensionsvermögens liegt ein potenzieller Beitrag zur Entwicklung einer auf Fonds gegründeten Strategie für Wirtschaftsdemokratie. Im Anschluss an Marx kann man sagen, dass das Kapital immer mehr gesellschaftlichen Charakter annimmt – z. B. in dem Sinn, dass das Pensionskapital ein Vermögen von Millionen Pensionsspargern ist –, während das Eigentum daran, seinen Bedingungen nach, noch immer privaten Charakter hat. Es erscheint vernünftig, dass die Gewerkschaften selbst kollektive Pensionsfonds einrichten, wo ihre Mitglieder freiwillig ihr Pensionsvermögen anlegen können, statt es an privat gesteuerte Institutionen, Investoren und Börsenjobber wegzugeben. Die Fondsvorstände könnten dann, wie nach dem Meidner-Modell, von den Gewerkschaftskongressen demokratisch gewählt werden. Die gewerkschaftlichen Fonds würden das Kollektivvermögen in Unternehmen und verschiedenen Sparten von Handel und Gewerbe investieren. Ebenfalls wie nach dem Meidner-Modell könnten die Fondsvertreter in den Unternehmensvorständen von den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern der jeweiligen Unternehmen berufen werden. Die gewerkschaftlichen Fonds könnten ihre Verantwortlichkeit als Eigner sowie die Macht und den Einfluss, die aus dem Aktienbesitz erwachsen, beispielsweise dazu nutzen, die Schließung profitabler Unternehmen oder die Verlagerung von Produktionen in Niedriglohnländer zu verhindern. Da die Fonds demokratisch geleitet würden, könnten die Verwalter zu verantwortungsbewusstem, soziale und ethische Aspekte achtenden Investieren angehalten werden.

Wenn Gewerkschaften möglicherweise ihre eigenen Pensionsfonds einrichten und ihren Mitgliedern anbieten, das Pensionsvermögen dort anzulegen, würde das natürlich bedeuten, dass die Arbeiter über ihre Gewerkschaften ein ungeheuer hohes Kollektivkapital in Händen hätten. Darin liegt ein aktuelles Potenzial für reale Macht und realen Einfluss der Arbeiterbewegung. Wenn sie wollten, könnten die Arbeitergewerkschaften tatsächlich das Eigentum an Großunter-

nehmen auf diese Weise an sich bringen, sozusagen »aus dem Innenleben« des kapitalistischen Systems heraus.

Wichtig ist es auch, sich über Mängel und Probleme solch einer Fondsstrategie klar zu werden. Ein bedeutender Einwand betrifft, dass die Fonds Aktien kaufen und damit sowohl zur Marktspekulation als auch zu den Unternehmensprofiten beitragen. Es gibt auch die Gefahr, dass gewerkschaftliche Fonds letztlich nur dem privaten Business Risikokapital liefern und nicht wirklich auf Mehrheitseigentum sowie auf reale Macht und realen Einfluss an den Arbeitsstellen abzielen. Alternativ schlägt Robin Blackburn vor, dass die Fonds auch in öffentliche Obligationen investieren könnten. Das würde natürlich die Risiken begrenzen, und es könnte erheblich zu den notwendigen Investitionen in die öffentlichen Infrastrukturen, das Gesundheits- und das Bildungswesen usw. beisteuern. Wenn man wirklich will, dass die Fonds die Macht- und Eigentumsverhältnisse grundsätzlich verändern, ist es jedoch natürlich auch notwendig, die Besitzanteile am Kapital im Unternehmen zu ändern. Eine ergänzende Alternative ließe sich als Gesellschaftsfonds bezeichnen.³⁰ Die Vorstellungen von Gesellschaftsfonds sind, außer von Meidner, aktuell von G. D. H. Cole beeinflusst, dem wichtigsten britischen Theoretiker des Gilden-Sozialismus. Denkbar sind auf regionaler Basis gebildete Gesellschaftsfonds »in Besitz« der demokratisch vom Volk gewählten regionalen oder nationalen Parlamente, mit einem Ausgleichsfonds, der regionalen Ungleichheiten entgegenwirkt. Die parlamentarischen Körperschaften könnten jeweils den Fondsvorstand berufen, und wenn die Fonds ein Ausmaß erreichen, das zu Vertretungen in Unternehmensvorständen führt, könnten diese gemeinsam von den Fonds und den Beschäftigten an den Arbeitsplätzen der betreffenden Unternehmen berufen werden. Die Kapitalzufuhr könnte, wie in Meidners Modell, durch einen bestimmten Anteil an den Unternehmensgewinnen in Gestalt neu emittierter Aktien des Unternehmens erfolgen. Mit diesem Gewinnbeteiligungsmodell ließe sich die Eigentums- und Machtstruktur von Unternehmen umschalten, ohne deren Liquidität zu beeinträchtigen, denn die Gewinne würden nicht aus dem Unternehmen abfließen, sondern Produktivvermögen bleiben.

Eingebaut wäre damit eine Strategie für das demokratische Transformieren des privatkapitalistischen Eigentums und der entsprechenden Macht in demokratisches Gemeineigentum und den Entsprechungen an Macht und Einfluss (im mittleren und langfristigen Zeitraum von Jahrzehnten). Das könnte eine Fondsstrategie für Wirtschaftsdemokratie sein, welche die Balance des Gilden-Sozialismus zwischen öffentlicher Macht und Arbeitermacht mit jener zwischen Makrozielrichtung auf die Eigentumsverhältnisse und Mikrozielrichtung auf Macht und Einfluss an der Arbeitsstelle verbindet. Dieses Machtteilungs-Modell könnte auch den Gruppenegoismus in erfolgreichen Unternehmen umgehen. Das Grundprinzip des Fonds wäre eher »Ein Bürger – eine Stimme« als »Ein Gewerkschafter – eine Stimme«.³¹ Einige Basisstrukturen des angestrebten neuen Gesellschaftssystems wären bereits im Aufbau des Fonds-Modells angelegt. Dies ist ein struktureller Reformismus, bei dem das neue System aus dem inneren Kern, dem Kapi-

30 Stefan Sjöberg: Samhällsfonder, in: Vänstern, ägandet och makten, a. a. O.; siehe auch Ders.: Kollektivfunds, a. a. O., bes. S. 35.

31 In der schwedischen Debatte um Arbeitnehmerfonds gab es auch Vorschläge für eine Art von »Bürgerfonds«, z. B. von Walter Korpi.

taleigentum selbst, hervor wächst und das kapitalistische System von dorthier transformiert.

In der globalisierten Wirtschaft von heute erscheint es unmöglich, solche Strategien allein auf regionale bzw. nationale Basen zu gründen. Transnationale Unternehmen und Finanzinstitute würden, wie zuvor in der Geschichte, machtvolle Gegenmaßnahmen ergreifen und damit die Gesellschaftsfonds ernstlich behindern bzw. verhindern, dass diese etwas an den Macht- und Eigentumsstrukturen ändern. Vorstellbar sind zu einem internationalen System vernetzte und auf irgendeiner internationalen Ebene implementierte regionale und nationale Fonds. Solch ein System könnte eine Gegenmacht unter vielen anderen gegen das globale Kapital werden, und es wäre mit Sicherheit weit mächtiger als etwa die in den letzten Jahren diskutierte so genannte »Tobin-Steuer«. Heute muss man natürlich beachten, dass derartige Kollektivfonds-Strategien in weiter Ferne liegen. Aber es erscheint wichtig, wenigstens mögliche konkrete Elemente zu kennzeichnen und die Diskussion auszulösen, um diese Sachen auf die Tagesordnung zu setzen und zu zeigen, dass die Strategie für Wirtschaftsdemokratie mehr ist als eine verschwommene Utopie.

Aus dem Englischen übersetzt von JOACHIM WILKE (Zeuthen)

MICHAEL OPIELKA

Gerechtigkeit durch Sozialpolitik?

Gerechtigkeit ist multidimensional. Wenn Sozialpolitik Gerechtigkeit fördern soll, wird es notwendig komplex. Im Folgenden geht es um eine Reduktion dieser Komplexität, ohne sie zu verletzen. Wir konzentrieren uns auf *soziale* Gerechtigkeit und lassen damit andere Aspekte der Gerechtigkeit außer Acht, beispielsweise das gerechte Handeln in kleinen Gemeinschaften oder die Frage, wie der Einzelne göttlichen wie natürlichen Gesetzen gerecht wird. Soziale Gerechtigkeit kann auf den ersten Blick vor allem als Programm gegen Ungleichheit verstanden werden.¹ Doch damit handelt man sich noch nicht sehr viel Klarheit ein. Denn auch Ungleichheit hat verschiedene Dimensionen, zum Beispiel Einkommen, Vermögen, Talente, Geschlecht oder Bildung. Hinzu kommt die stets strittige Frage, was Sozialpolitik, ja Politik überhaupt verändern kann und wem gegenüber. Es macht also Sinn, den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Sozialpolitik etwas grundsätzlicher zu betrachten. Diese Betrachtung wird zeigen: Sozialpolitik kann in der Tat sehr wesentlich zur Gerechtigkeit beitragen.

Gerechtigkeit als Tausch oder als Wert

Keine gegenwärtige Diskussion sozialer – und allgemeiner: politischer – Gerechtigkeit kommt um eine Referenz auf das wohl einflussreichste Buch des 20. Jahrhunderts zu diesem Thema umhin, John Rawls' »Eine Theorie der Gerechtigkeit«.² Rawls verknüpfte die klassische Vertragstheorie mit der modernen Entscheidungstheorie, um seine Grundintuition der »Gerechtigkeit als Fairness« enzyklopädisch zu einer Gerechtigkeitstheorie auszuarbeiten. Begriffe wie das »Differenzprinzip«, wonach Ungleichheiten nur zulässig (= gerecht) seien, wenn sie den je schwächsten Gesellschaftsmitgliedern nützen, oder der Gedanke, dass eine gerechte Verteilungsordnung »unter dem Schleier des Nichtwissens« in einem »Urzustand« gedacht werden könne, sind zu Topoi der modernen politischen Philosophie geronnen. Auf den bereits in den 1970er Jahren vorgebrachten Einwand der bald als »Kommunitaristen« bezeichneten Kritiker wie Michael Sandel und Charles Taylor, dass Rawls eine zu individualistische (»unembedded«) Konzeption vertrete, antwortete Rawls später, dass sein Gerechtigkeitskonzept immer politisch gesehen werden müsse, als Konzept innerhalb einer politischen Gemeinschaft. Sein Hauptgegner war der Utilitarismus, der dem Politischen letztlich keine eigene Wirklichkeit neben den Handlungskalkülen der Wirtschaftssubjekte zuspricht. Rawls betrachtete sich als liberalen

Michael Opielka – Jg. 1956;
Dr. rer. soc., Dipl. Päd.,
Professor für Sozialpolitik
an der Fachhochschule
Jena, Fachbereich Sozial-
wesen
E-mail: michael.opielka@
fh-jena.de
Homepage: [http://www.
sw.fh-jena.de/people/
michael.opielka](http://www.sw.fh-jena.de/people/michael.opielka).

1 Vgl. dazu die Beiträge in Heft 37/2005 von Aus Politik und Zeitgeschichte »Ungleichheit – Ungerechtigkeit« (u. a. von Otfried Höffe).

2 John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt 1975.

Sozialdemokraten. Seine prozeduralistische Ethik fand auch bei Autoren wie Jürgen Habermas Zustimmung.

An Rawls schloss sich eine kaum überschaubare Diskussion an. Einer der wohl wichtigsten deutschen Rezipienten ist Otfried Höffe, der gleichwohl die Grundintention von Rawls kritisch wertet: »Am Ende stellt sich die *Theorie* selber als eine zwar raffinierte, aber doch nur wohlüberlegte Gerechtigkeitsüberzeugung dar.«³ Höffe deutet mit dem Suffix »Überzeugung« an, dass Rawls eine Art Wertprogramm vertritt, dem gegenüber er Skepsis empfiehlt. Er selbst schlägt ein Konzept von »Gerechtigkeit als Tausch« vor, in dem für »soziale Gerechtigkeit« im Grunde kein Platz ist. Da Höffes Gedanken durchaus politisch-legitimativ einflussreich sind, lohnt sich eine kritische Betrachtung – zumal, wie am Beispiel eines anderen deutschen Sozialphilosophen, Wolfgang Kersting, zu zeigen sein wird, diese Gedanken noch weiter radikalisiert werden können.

Zunächst zur zentralen Überlegung bei Höffe: »Man sieht ein, dass im Programm der politischen Gerechtigkeit die soziale Gerechtigkeit ›nur an nachgeordneter Stelle‹ vorkommen kann. Soweit sie nämlich in die Zuständigkeit von Recht und Staat fällt, führt sie deren Merkmal, die Zwangsbefugnis mit sich. (...) Die fehlende Begriffsbestimmung darf sich nicht mit einem Gesichtspunkt zufrieden geben, der wie die Solidarität solange ethisch vage bleibt, wie man nicht geklärt, ob sie zur geschuldeten Rechtsmoral gehört oder aber in den Bereich der *verdienstlichen Tugendmoral* hinüberschreitet. *Nur im ersten Fall ist die Gerechtigkeit* gefragt, während *es im zweiten Fall auf die freie Großmut der Bürger* ankommt. (...) Neuerdings versteht man die soziale Gerechtigkeit als eine Frage der Verteilung. (...) Weil dem Verteilen ein Erarbeiten vorausgeht, weil außerdem die ersten Gegenstände der politischen Gerechtigkeit, Rechte und Freiheiten (Rawls), nicht erarbeitet werden, folglich keine zu verteilenden Gegenstände sind, habe ich einen Paradigmenwechsel vorgeschlagen. Ihm zufolge stellt sich die *Verteilungsgerechtigkeit als eine sekundäre Aufgabe dar, der (...) Leistungen der Tauschgerechtigkeit vorangehen.*«⁴

Zwei Argumentationen sind hier wesentlich: Zum einen habe soziale Gerechtigkeit etwas mit »Zwang« zu tun, weil natürlich staatliche Verteilung die Erhebung von Steuern und Abgaben voraussetzt. Folgt man Höffe, dann wäre sozialer Ausgleich aber »eher zu einer christlichen Caritas oder aber, säkularisiert, zu einer Brüderlichkeit bzw. Solidarität, jedenfalls zu einer verdienstlichen Mehrleistung, deren Anerkennung die Menschen einander nicht mehr schulden«⁵, zu rechnen. Damit wird die Legitimation für Sozialpolitik als öffentliches Gut, die Rawls vertrat, untergraben. Das zweite Argument Höffes ist eher soziologisch. »Gerechtigkeit als Tausch« meint, dass Gerechtigkeit nur auf Reziprozität aufrufen kann. Er verweist auf den Durkheim-Schüler Marcel Mauss und sein aus ethnologischen Studien gewonnenes Konzept des komplexen Gaben-Tausches. Wie aber daraus in modernen Gesellschaften eine Sozialpolitik gewonnen werden kann, bleibt dunkel, sehr weit darf sie wohl nicht gehen.

Noch radikaler tritt der Philosoph Wolfgang Kersting auf und vermutet hinter sozialer Gerechtigkeit und Sozialpolitik vor allem Neid: »Eine überbordende Gerechtigkeitsrhetorik prägt das öffentliche

3 Otfried Höffe: Einführung in Rawls' »Theorie der Gerechtigkeit«, in: Ders. (Hrsg.): John Rawls. Eine Theorie der Gerechtigkeit, Berlin 1998, S. 25.

4 Otfried Höffe: Erwiderung, in: Wolfgang Kersting (Hrsg.): Gerechtigkeit als Tausch? Auseinandersetzungen mit der politischen Philosophie Otfried Höffes, Frankfurt 1997, S. 345 f. (Herv. M. O.).

5 Vgl. Otfried Höffe (Anm. 3), S. 13.

Gespräch sozialstaatlicher Demokratien, überflutet den Markt der Wählerbewirtschaftung und überzieht das Verteilungsgezänk der Gruppen mit einem moralsemantischen Firnis.« Das sind starke Worte, entnommen aus einem Aufsatz, der den »wohlfahrtsstaatlichen Grundbegriff« der »Gerechtigkeit« zu analysieren behauptet. Der Grund wird düster beschrieben: »Der Sozialstaat ist auf der Individualisierungssteppe der Moderne errichtet. Seine Bewohner sind Selbstverwirklichungsvirtuosen im ethischen Niemandsland, die ihre Erfolgskarrieren auf dem Markt und ihre Versorgungskarrieren im Sozialstaat mit der gleichen egozentrischen Konzentration vorantreiben. (...) Einen Markt jenseits des Egoismus-Prinzips, ein Wohlfahrtssystem des Gemeinsinns wird es nicht geben.« In eine solche Weltsicht passt die Stimmung der letzten Jahre, von »Agenda 2010« und »Hartz IV«. Der Markt muss es richten, doch leider: »Demokratien sind gleichheitsversessen«. Das aber ist, so Kersting, irrig: »Der Sozialstaat ist zur Sicherung der Marktmöglichkeiten der Bürger da. Er hat die Bürger zum Markt zurückzuführen, sie marktfähig zu halten. (...) Er bindet seine subsidiären Transferzahlungen an die überprüfbare Bereitschaft zur Beschäftigungsaufnahme und zur Selbstverantwortlichkeit.«⁶

Die Geschichte der politischen Philosophie hält glücklicherweise weitaus differenziertere Deutungsangebote bereit. Am Anfang stand die »Nikomachische Ethik« von Aristoteles. Er unterschied die »allgemeine Gerechtigkeit« (*iustitia universalis*) von der »besonderen Gerechtigkeit« (*iustitia particularis*), die er wiederum in die Leistungsgerechtigkeit (*iustitia communitativa*) und die Bedarfsgerechtigkeit (*iustitia distributiva*) untergliederte. Die allgemeine Gerechtigkeit ist, so Aristoteles, »nicht ein Teil der Tugend, sondern die ganze Tugend, und die ihr entgegengesetzte Ungerechtigkeit ist nicht ein Teil der Schlechtigkeit, sondern die ganze Schlechtigkeit.«⁷ Der Hinweis »ganze« verweist auf die ontologische, metaphysische Möglichkeit einer Gerechtigkeitstheorie, die mehr als zwei Jahrtausende später Hegel in seinem berühmten Diktum vom »wahren Staat« aufgegriffen hat: »Dahingegen besteht die Wahrheit im tieferen Sinn darin, dass die Objektivität mit dem Begriff identisch ist. Dieser tiefere Sinn der Wahrheit ist es, um den es sich handelt, wenn z. B. von einem *wahren* Staat oder von einem *wahren* Kunstwerk die Rede ist. Diese Gegenstände sind *wahr*, wenn sie das sind, was sie sein *sollen*, d. h. wenn ihre Realität ihrem Begriff entspricht. So aufgefasst ist das Unwahre dasselbe, was sonst auch das Schlechte genannt wird.«⁸ Dass gutes, tugendhaftes Handeln eine gute politische Ordnung voraussetzt, war für Aristoteles so gewiss wie für Hegel, der dafür den Begriff der »Sittlichkeit« prägte. Im 20. Jahrhundert hat Theodor W. Adorno mit seinem Diktum »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« aus den »Minima Moralia« (§ 18) daran angeknüpft.⁹

Die Kontroverse lässt sich begrifflich fassen. In Abbildung 1 werden die Konzeptionen sozialer Gerechtigkeit in eine soziologische, an Talcott Parsons anschließende Systematik¹⁰ gebracht.

6 Wolfgang Kersting: Gerechtigkeit: Die Selbstverewigung des egalitaristischen Sozialstaats, in: Stephan Lessenich (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt/New York 2003, S. 107, 115, 121, 134.

7 Aristoteles: Die Nikomachische Ethik, München 1991, S. 206.

8 Georg W. F. Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse, in: Werke in 20 Bänden. Bd. 8, Frankfurt 1970, S. 369. Vgl. Michael Opielka: Glauben und Wissen in der Politik. Zu einigen Folgen Hegels in der politischen Soziologie moderner Wohlfahrtsstaaten, in: Andreas Arndt, Karol Bal, Henning Ottmann (Hrsg.): Hegel-Jahrbuch 2005. Glauben und Wissen, Dritter Teil, Berlin 2005, S. 39-47.

9 Vgl. Robert B. Pippin: Negative Ethik. Adorno über falsches, beschädigtes, totes, bürgerliches Leben, in: Axel Honneth (Hrsg.): Dialektik der Freiheit. Frankfurter Adorno-Konferenz 2003, Frankfurt 2005, S. 85-114.

10 Zur Begründung der handlungssystemischen Stufen (Level 1-4) vgl. Michael Opielka: Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, Wiesbaden 2004.

Abbildung 1:
Konzeptionen sozialer Gerechtigkeit

Aristoteles (Nikomachische Ethik)	Soziale Relation (Reziprozitätstyp)	Steuerungssystem (Strukturelle Institution)	(politisches) Gerechtigkeitsprinzip	exemplarische Vertreter
iustitia communitativa	instrumentelle Assoziation, Tausch	Markt (Level 1)	Leistungsprinzip	Robert Nozick, Wolfgang Kersting
–	Citizenship	Staat (Level 2)	Gleichheitsprinzip	John Rawls, (Otfried Höffe)
iustitia distributiva	solidarische Gemeinschaft (komm. Handeln, Lebenswelt)	Gemeinschaft (Level 3)	Bedarfsprinzip	Amitai Etzioni, Michael Sandel
iustitia universalis	Wertkommunikation (politische Kultur)	Legitimation (Level 4)	Teilhabeprinzip	Amartya Sen, Michael Walzer

Neben den Gerechtigkeitskonzepten, die an Tausch (Markt) und an die staatlich-politische Institutionalisierung anschließen, existieren mithin zwei weitere Gerechtigkeitskonzepte, die für die Sozialpolitik nicht minder bedeutungsvoll sind. In vormodernen, auf Familien- und Verwandtschaftsgemeinschaft basierenden Gesellschaften ist die Bedarfsgerechtigkeit die Grundlage für solidarisches Handeln. Heute wird dieses (eher partikularistische) Gerechtigkeitsprinzip unter Signaturen wie »Kommunitarismus«, »kommunikatives Handeln«, »Lebenswelt« oder »Bürgergesellschaft« betont. Das vierte Gerechtigkeitsprinzip schließt (universalistisch) an den Menschenrechten an, findet seinen sozialen Grund in ethischen Wertkommunikationen und damit in einer politischen Kultur, die die Teilhabe jedes Bürgers einer Gesellschaft (bzw. jedes Menschen in der Weltgesellschaft) an allen Funktionssystemen betont. Parsons und Niklas Luhmann haben dafür den Begriff der »Inklusion« verwendet. Die Idee der Teilhabegerechtigkeit verweist über die nationale Gesellschaft hinaus. Sie zielt, wie Amartya Sen argumentierte, auf »globale Gerechtigkeit«, die einen sozialen Wert verkörpert, der »mehr« ist als »internationale Fairness«. ¹¹ Dabei handelt es sich nicht um ein im einfachen Sinn »idealistisches« Konzept, vielmehr um eine Gerechtigkeitskonzeption, die zugleich die unterschiedlichen Logiken verschiedener »Sphären der Gerechtigkeit« berücksichtigt, wie Michael Walzer in seinem Klassiker exemplarisch und anschaulich analysierte. ¹²

Ähnlich wie diese »Sphären« müssen auch die in den letzten Jahren im Gerechtigkeitsdiskurs prominenten Themen Generationengerechtigkeit oder Chancengerechtigkeit auf die überwölbenden Gerechtigkeitsprinzipien bezogen werden. Es gibt reiche Kinder und arme Alte, Chancen nur in der Jugend oder immer wieder im Lebenszyklus.

11 Amartya Sen: Global justice. Beyond international equity, in: Inge Kaul (Hrsg.): Global public goods. International Cooperation in the 21st Century, Oxford 1999, pp. 116-125.

12 Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/New York 1992.

Empirie der Gerechtigkeit

Häufig wird behauptet, zentrale wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – wie »soziale Gerechtigkeit« – hätten unterdessen diskursive Neuinterpretationen erfahren und dabei ihren einstigen semantischen Gehalt vollkommen eingebüßt.¹³ Dass dies nicht selten an begrifflichen Vereinseitigungen liegt, konnten wir im ersten Schritt zeigen. Doch auch zwischen den Diskursen der Eliten und den Intuitionen und Überzeugungen der Bevölkerung herrscht gerade hinsichtlich der Aufgabe der Sozialpolitik keineswegs Deckungsgleichheit.

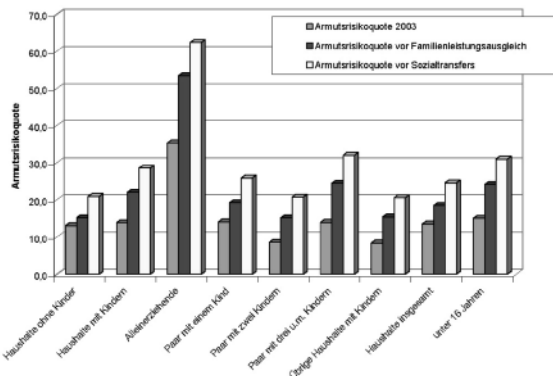
Die Statistiker sind sich nicht einig, ob die soziale Ungleichheit und damit möglicherweise auch Ungerechtigkeit in Deutschland wirklich zugenommen hat. Ein klassischer Indikator ist der so genannte »Gini-Koeffizient«. Er misst die Einkommensdisparitäten zwischen dem untersten und dem obersten Quintil (Fünftel) der Einkommenshierarchie einer Gesellschaft. Im »Datenreport 2004« des Statistischen Bundesamtes können wir nachlesen, dass die Ungleichheit von Markteinkommen und Renten in den alten Bundesländern zwischen 1991 und 2002 zugenommen hat (Gini-Koeffizient: 0,319 auf 0,368), während sie in den neuen Ländern nur geringfügig stieg. Durch erhöhten sozialstaatlichen Einfluss blieb gleichwohl die Ungleichheit bei den Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland insgesamt relativ konstant. Was allerdings zunahm, ist der Anteil der Bürgerinnen und Bürger in »relativer Armut«, also mit einem Haushaltsnettoeinkommen mit weniger als 50 Prozent des Durchschnitts: er stieg von 10,1 Prozent (1991) auf 11,1 Prozent (2002), wobei vor allem – nach einem Absinken Mitte der 1990er Jahre – ein Anstieg zwischen 2001 und 2002 auffiel: von 9,4 Prozent auf 11,1 Prozent.¹⁴

Ohne sozialstaatliche Leistungen wären jene Armutsquoten freilich noch weitaus höher, wie Abbildung 2 demonstriert. Die Wirksamkeit bereits des Familienlastenausgleichs ist signifikant, weitere Leistungssysteme reduzieren die Armutsquote weiter – auch wenn sie noch immer viel zu hoch erscheint (siehe Abbildung 2).

13 So die meisten Beiträge in S. Lessenich (Anm. 6). Vgl. zum gegenwärtigen Literaturstand Michael Opielka: Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Ideenanalysen in der Soziologie der Sozialpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57 (2005) 3, S. 550-556.

14 Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, Bonn 2004, S. 626 f.

Abbildung 2:
Armutsrisikoquoten 2003 vor und nach Familienlastenausgleich und Sozialtransfers



Dass der Wohlfahrtsstaat zur sozialen Gerechtigkeit beiträgt, ist den Bürgern intuitiv und kognitiv klar. Eine Vielzahl von empirischen Analysen vor allem im Rahmen von Umfrageforschungen hat versucht, die Gerechtigkeitsüberzeugungen der Bevölkerung zu rekonstruieren. In einer Sekundäranalyse insbesondere von Daten des ISSP (*International Social Survey Programme*) verglich Jürgen Gerhards die Vorstellungen der Bürger der EU und der Beitrittskandidaten im Hinblick auf den Wohlfahrtsstaat. Dabei wurden drei Wohlfahrtsstaatskonzeptionen abgefragt:

- »Grundmodell« (*EU-Kommission*, »liberal«): Wenn Befragte der staatlichen Verantwortung für mindestens zwei von drei Aufgaben zustimmen, die eine Einkommenssicherheit im Fall von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit messen, jedoch alle restlichen staatlichen Aufgaben ablehnen.
- »Sozialdemokratisches Modell«: Wenn Befragte zusätzlich der staatlichen Verantwortung für mindestens eine der beiden Aufgaben »Abbau von Einkommensunterschieden« oder »Bereitstellung von Arbeitsstellen« zustimmen.
- »Sozialistisches Modell«: Wenn Befragte zusätzlich noch die gesetzliche Kontrolle von Löhnen und Gehältern befürworten.¹⁵

15 Jürgen Gerhards: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2005, S. 189. Gerhards macht darauf aufmerksam, dass unter »sozialistisch« allerdings gewöhnlich auch Eingriffe in die Vermögensordnung verstanden werden.

Abbildung 3:
Unterstützung unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsmodelle durch die Bürger (in Prozent)

	Kein Wohlfahrtsstaat	EU-Grundmodell (liberal)	Sozialdemokratisch	Sozialistisch	Nicht klassifizierbar
EU-15	0,5	8,9	29,8	56,5	4,4
Schweden	0,7	20,2	40,9	34,5	3,7
Großbritannien	0,2	15,1	32,5	46,7	5,6
Westdeutschland	0,8	13,7	46,8	34,0	4,7
Frankreich	1,9	8,5	23,9	56,0	9,7
Ostdeutschland	0	2,8	13,9	80,7	2,6
Beitritt I	0,5	4,7	21,8	69,1	3,9
Tschechien	2,2	12,1	24,2	54,8	6,8
Polen	0,4	3,1	17,2	76,7	2,6
Ungarn	0,1	5,1	30,8	61,0	2,9
Beitritt II					
Bulgarien	0	6,7	12,1	76,7	4,6

Quelle: Gerhards (Anm. 15), S. 190, gekürzt

In einer 2003 durchgeführten Sonderumfrage im Rahmen des »Sozioökonomischen Panels« (SOEP) stimmten rund 70 Prozent der Befragten dem Satz »Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind« zu, wobei 28 Prozent mit diesem Statement »voll« und 42 Prozent »eher« übereinstimmten. Freilich, eine noch größere Mehrheit will die damit befürwortete Leistungsorientierung auch gleich wieder eingeschränkt wissen. Immerhin traf die Aussage, dass »der Staat (...) für alle einen

Mindestlebensstandard garantieren« sollte, bei 53 Prozent der Befragten auf »volle« und bei 30 Prozent »eher« auf Zustimmung.¹⁶ Doch könnte die Fragestellung zur verfehlten Annahme verleiten, dass die Bevölkerung nur einen Minimalsozialstaat bejaht.

Im »ALLBUS«, der »Allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften« von 2000 wurde das Statement »Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter ein gutes Auskommen hat« abgefragt. Die Betonung lag hier also auf »gutes Auskommen«, was eine Art Lebensstandard-sicherung impliziert. Bemerkenswert ist hier das Antwortverhalten gegliedert nach den Parteipräferenzen:

Parteipräferenz	»Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter ein gutes Auskommen hat« (Westdeutschland/Ostdeutschland)
PDS	– /92 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen	86 Prozent / 91 Prozent
SPD	87 Prozent / 94 Prozent
FDP	77 Prozent / 86 Prozent
CDU/CSU	80 Prozent / 89 Prozent

Quelle: ALLBUS 2000, in: Statistisches Bundesamt (Anm. 14), S. 654

Insgesamt ist die Zustimmung zu einem sozialpolitischen Gesellschaftsvertrag in Deutschland und Europa also außerordentlich hoch. Wie korrespondieren diese empirischen Beobachtungen mit den Sozialpolitikkonzeptionen und den in ihnen eingelagerten Gerechtigkeitsmodellen? Dies soll im abschließenden Abschnitt genauer untersucht werden.

Wohlfahrtsregime und soziale Gerechtigkeit

Inspiriert durch die einflussreichen Arbeiten von Gøsta Esping-Andersen hat sich in der vergleichenden Sozialpolitikforschung das Konzept der Wohlfahrtsregime weitgehend durchgesetzt. Wohlfahrtsregime sind komplexe Strukturmuster der Sozialpolitik, insbesondere zum Arbeitsmarkt, zum Gemeinschaftssystem, vor allem der Familie, und zur staatlichen Regulierung selbst. Esping-Andersen unterschied das liberale, das konservative und das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime.¹⁷ Manche Autoren schlugen neben diesen drei Regimetypen als vierten Typus ein »südeuropäisches« oder »mediterranes« Wohlfahrtsregime, Autoren mit globaler Perspektive ein »konfuzianisches« Wohlfahrtsregime vor. Neben diesen phänotypischen Erweiterungen wird neuerdings, mit soziologisch-gesellschaftstheoretischen Argumenten, die Erweiterung von Esping-Andersens Typologie um ein »garantistisches«, am Bürgerstatus und eher universalistischen Teilhaberechten orientiertes Wohlfahrtsregime vertreten.¹⁸

In Abbildung 4 sind die vier Regimetypen und ihre Variablen zusammengestellt. Mit Hilfe der den Variablen beigegebenen Indikatoren kann der Regimetyp eines Wohlfahrtsstaates ermittelt werden.

16 Peter A. Berger: Deutsche Ungleichheiten – eine Skizze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2005) 28-29, S. 7.

17 Gøsta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1990.

18 Michael Opielka: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek 2004.

19 Für die Einstufung des Schweizer Sozialstaats als »weicher Garantismus« vgl. Erwin Carigiet, Michael Opielka: Deutsche Arbeitnehmer – Schweizer Bürger? Zum deutsch-schweizerischen Vergleich sozialpolitischer Dynamiken, in: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich 2006 (i. E.).

1 = Korporatismus:
Hohes Maß an unmittelbarer Aushandlung und Abhängigkeit zwischen Interessenverbänden (v.a. Gewerkschaften, Arbeitgeber) und Staat;
Etatismus = Hohe Bedeutung staatlicher Intervention und insbesondere des Zentralstaats.

Für die drei klassischen Regimetyper wurden die Zuordnungen von Esping-Andersen bzw. aus der Sekundärliteratur übernommen. Für den Typus »Garantismus« liegen vergleichbare Berechnungen noch nicht vor, sie beruhen daher auf Schätzungen und Erfahrungswerten.¹⁹

Abbildung 4:
Vier Typen des Wohlfahrtsregimes

Variable • Indikatoren	Typen des Wohlfahrtsregimes			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemo- kratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
Dekommodifizierung: Schutz gegen Marktkräfte und Einkommensausfälle • Einkommensersatzquoten • Anteil individueller Finanzierungsbeiträge (invers)	schwach	stark	mittel (für »Familien- ernährer«)	stark
Residualismus • Anteil von Fürsorgeleistungen an gesamten Sozialausgaben	stark	schwach	stark	schwach
Privatisierung • Anteil privater Ausgaben für Alter bzw. Gesundheit an jeweiligen Gesamtausg.	hoch	niedrig- mittel	niedrig- mittel	mittel
Korporatismus/Etatismus ¹ • Anzahl von nach Berufsgruppen differenzierten Sicherungssystemen • Anteil der Ausgaben für Beamtenversorgung	schwach	mittel	stark	schwach
Umverteilung • Progressionsgrad des Steuersystems • Gleichheit der Leistungen	schwach	stark	schwach	mittel
Vollbesch.-Garantie • Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik • Arbeitslosenquote, gewichtet nach Erwerbsbeteiligung	schwach	stark	mittel	mittel
Bedeutung von - Markt - Staat - Familie/Gemeinschaft - Menschen-/Grundrechte	zentral marginal marginal mittel- hoch	marginal zentral marginal mittel	marginal subsidiär zentral marginal	mittel subsidiär mittel zentral
Dominante Form sozialstaatlicher Solidarität	individualistisch	lohnarbeits-zentriert	kommuni-- taristisch- etatistisch,	Bürgerstatus universalis- tisch
Dominante Form der sozialstaatlichen Steuerung	Markt	Staat	Moral	Ethik
Konzeptionen sozialer Gerechtigkeit	Leistungs- gerechtigt.	Verteilungs- gerechtigt.	Bedarfs- gerechtigkeit	Teilhabe- gerechtigkeit
Empirische Beispiele	USA	Schweden	Deutschland, Italien	Schweiz (»weicher Garantismus«)

Quelle: Überarbeitet und erweitert nach Opielka 2004 (Anm. 18), S. 35

Im Liberalismus gilt Leistung als Leitidee sozialer Gerechtigkeit. Die Folge der Marktwirtschaft ist dann legitime Ungleichheit. Freilich ist nicht erst seit dem Aufkommen des Feminismus und seinem Hinweis auf die unbezahlte Familienarbeit von Frauen strittig, welche Leistung zählt. Auch innerhalb des Arbeitsmarktes zählen keineswegs nur »Leistung pur«, sondern auch Knappheit, Interessenbündelung und hergebrachter Status. Daran knüpft die sozialistisch-sozialdemokratische Kritik an und plädiert für staatlich-politische Umverteilung, die sich am Leitbild der Verteilungsgerechtigkeit orientiert. Konservative wiederum zweifeln sowohl die Leistungs- wie die Gleichheitsidee an und wollen eher Bedarfsgerechtigkeit, vermittelt in Gemeinschaftsformen, allen voran die Familie, aber auch berufs- und andere ständische Formen dienen dem Konservativen als Legitimitätsquelle.

Wenn wir dieses klassische Dreieck von »Links-Mitte-Rechts« betrachten, dann wird deutlich, warum die Sozialversicherungen mit ihrer Neideinhegung zumindest bislang in Deutschland so etwas wie einen Kompromiss der divergierenden Gerechtigkeitsideen bilden konnten – ergänzt um das liberale Modell der »Fürsorge« (Sozialhilfe), der Konzentration auf die »wirklich Bedürftigen« und das konservative Modell der »Versorgung«, wie wir es in der Beamtenversorgung und heute auch in Familienleistungen (Kindergeld, Erziehungsgeld) finden. Die Leitidee des »Garantismus« geht einen Schritt weiter, indem sie an den Bürger- und Grundrechten anknüpft, jeder Bürgerin und jedem Bürger soziale Teilhabe »garantiert«, konkretisiert vor allem im Konzept der »Bürgerversicherung« (real existierend in der Schweiz, den Niederlanden oder auch in der Rentenversicherung »Social Security« der USA) und vor allem in der Forderung nach einem »Grundeinkommen«, das jedem zusteht, ohne Arbeitsvoraussetzung.

Im Konzept »Garantismus« werden die »sozialen Grundgüter«, die nach Auffassung von John Rawls grundsätzlich allen Menschen zustehen sollen, als positive soziale Grundrechte definiert. Demgegenüber werden sie im »Sozialliberalismus« – ebenfalls bei Rawls und bei anderen Autoren – nur als Kompensationen mangelnden Marktkapitals konzipiert.²⁰ Während Rawls – darin in der Tradition des modernen, bei Hegel begründeten Denkens in sozialen Relationen und Funktionen – die Gesellschaft zu Recht als Kooperationszusammenhang versteht, kommt ihm eine eigenständige wertkommunikativ-ethische Begründung von Sozialpolitik nicht in den Blick. Er bewegt sich im »nachmetaphysischen« Mainstream der modernen, vor allem angloamerikanisch geprägten politischen Philosophie. Wenige ihrer Vertreter gestehen so offen wie Harry Frankfurt, dass ihre Auseinandersetzung um die Spannungen von Gerechtigkeit und Gleichheit »nichts Substantielles zur Lösung der Frage bei(trägt), welche Sozialpolitik befolgt oder vermieden werden sollte«.²¹ Das hält sie dennoch nicht davon ab, philosophisch argumentierend normative, letztlich subjektiv-politische Positionen zu vertreten.

Die Argumentation dieses Beitrags zielte auf eine Dekonstruktion und Reflexion dieser Meinungen ab. Wenn Stefan Gosepath in einer umfangreichen Studie einen »liberalen Egalitarismus« entwerfen will und darin »Ausnahmen von der Gleichverteilung« vor allem für

20 Wie etwa bei Bruce Ackerman, Anne Alstott: *The Stakeholder Society*, New Haven/London 1999, deren Konzept einer »Sozialerbschaft« als Vermögenstransfer an jeden 18-jährigen neuerdings auf Deutschland übertragen wurde: Gerd Grözinger, Michael Maschke, Claus Offe: 60 000 Euro für jeden 18-Jährigen, in: *Frankfurter Rundschau*, 12. 1. 2006 (auch: www.boell.de/arbeit).

21 Harry Frankfurt: Gleichheit und Achtung, in: Angelika Krebs (Hrsg.): *Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik*, Frankfurt 2000, S. 38.

22 Stefan Gosepath:
Gleiche Gerechtigkeit.
Grundlagen eines liberalen
Egalitarismus, Frankfurt
2004, S. 16.

23 Eberhard Eichenhofer:
Sozialrecht und soziale
Gerechtigkeit, in: Juristen-
zeitung (JZ), 60 (2005) 5,
S. 209-216.

ökonomische Güter so begründet: »Die wesentliche Ausnahme von der Gleichverteilung liegt in den ungleichen Folgen der Eigenverantwortung«²², dann müsste er soziologisch nachweisen, dass im Wirtschaftsleben tatsächlich überwiegend »Eigenverantwortung« die unterschiedliche Güterverteilung begründet – und nicht auch Erbschaften, Seilschaften oder Glück. Hier war Rawls realistischer. Realismus ist aber für die Sozialpolitik unverzichtbar. Nur an einer Stelle des Sozialgesetzbuchs (SGB) findet sich die explizite Erwähnung des Begriffs sozialer Gerechtigkeit, in § 1 Abs. 1 SGB I: »Das Recht des Sozialgesetzbuches soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen (...) gestalten.« Ohne philosophischen und sozialtheoretischen Reflexionsimport wird die praktische Sozialpolitik orientierungslos.²³

Die Betrachtung der Sozialpolitik mit dem analytischen Rahmen der Wohlfahrtsregime macht sichtbar, dass soziale Gerechtigkeit realistisch nicht in der residualen Perspektive politischer Philosophen wie Otfried Höffe oder Wolfgang Kersting begriffen werden kann. Gerechtigkeit ist in einer differenzierten modernen Gesellschaft notwendig mehrdimensional. Sozialpolitik institutionalisiert und dynamisiert soziale Gerechtigkeit. Sie wird umstritten bleiben, aber nichtsdestoweniger wirksam.

Eine gekürzte Fassung dieses Textes erschien unter dem gleichen Titel in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8-9, 2006, Seite 32-38.

KATJA KIPPING, MICHAEL OPIELKA BODO RAMELOW

»Sind wir hier bei >Wünsch dir was?<<<

Thesen für einen neuen Sozialstaat

Der Linkspartei werden vor allem in der Sozialpolitik »illusorische Positionen« (Gerhard Schröder) vorgehalten. Der liberale Intellektuelle und frühere FDP-Politiker Ralf Dahrendorf meint, dass die Linkspartei der »Idylle« eines »europäischen Sozialmodells« anhängt, einer »behaglichen Welt«, in der ein wohlmeinender Staat sich um die Bürger kümmere.

Trotz und wegen des Bundestagswahlkampfes und über ihn hinaus ist es höchste Zeit, diesen Verächtlichmachungen des Sozialstaats einige Thesen für einen Umbau des Sozialstaats entgegenzustellen. Geschlagen wird die Linkspartei und »die Linke« – getroffen wird eine zivilisatorische Errungenschaft.

Die Lage: Massenarbeitslosigkeit und Zukunftsangst

Die Deutschen blicken pessimistisch in die Zukunft, wie alle Umfragen zeigen. Pessimismus ist freilich kein deutscher Nationalcharakter. Wir erinnern uns: Ende 1989 durchzog Optimismus ganz Deutschland. 1990 wurde Deutschland Fußballweltmeister. Ein einigiges Deutschland in einem vereinten Europa war kein Traum mehr. Acht Jahre Kohl-Regierung und sieben Jahre Rot-Grün seitdem haben aus dem Traum einen Angsttraum für immer mehr Menschen werden lassen. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt die Arbeitslosigkeit unerträglich hoch. Junge Menschen sehen ihre Zukunft verhangen. Ältere Menschen sorgen sich um die jungen und fürchten wieder Armut.

Die Massenarbeitslosigkeit ist das Krebsgeschwür der deutschen Gesellschaft. Schuld an ihr seien, so der neoliberale Mainstream der Ökonomen, die Arbeitslosen selbst. Sozialleistungen, so die durch neoliberale Think-Tanks und willfähige Journalisten verbreitete These, erzeugen erst die Massenarbeitslosigkeit, weil sie erlauben, dass man nicht jede Erwerbsarbeit zu jedem Preis annehmen müsse. Die Folge dieser empirisch und theoretisch falschen Analyse waren die »Agenda 2010«, »Hartz IV« und die schwarze Wahlkampfbotenschaft »Sozial ist, was Arbeit schafft«. Die Folge sind zunehmende Verarmung, vor allem von Familien mit Kindern, und Hoffungslosigkeit.

Die Entgegensetzung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit ist nur dem möglich, der die Gesellschaft allein in betriebswirtschaftlichen Kategorien begreift. Dagegen wurden im 20. Jahrhundert in allen Industriegesellschaften sozialstaatliche Verfassungen erkämpft.¹

Katja Kipping – Jg. 1978; Magister in Slavistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaft; stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei/PDS, Abgeordnete der Linken im Bundestag, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.

1 Der Sozialstaat lebt von einer zumeist unbegriffenen Dialektik von »Verlohnarbeiterung« und »Dekommodifizierung«. »Verlohnarbeiterung« heißt: Die Marktgesellschaft wurde durchgesetzt. An die Stelle agrarischer und handwerklicher Subsistenzproduktion tritt die umfassende Geldwirtschaft, an die Stelle von Selbständigkeit und Familienbetrieblichkeit tritt die Arbeitnehmerrolle und damit die Abhängigkeit von Arbeitgebern und Kapital. Die Arbeitskraft wird zur

Ware (»commodity«), sie wird »kommodifiziert«. »Dekommodifizierung« heißt: Durch Sozialpolitik wird die ökonomische Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen gelockert. Sie können »nein« sagen und sind trotzdem vor Armut geschützt.

Bodo Ramelow – Jg. 1956; Einzelhandelskaufmann mit Fachhochschulreife; 1981-1990 Gewerkschaftssekretär Mittelhessen, 1990-1999 Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV Thüringen; seit April 1999 Mitglied der PDS, seit 2004 im Bundesvorstand; 1999-2005 PDS-Fraktion im Thüringer Landtag (seit November 2001 Fraktionsvors.); seit 2005 Mitglied des Bundestages, stellv. Vors. der Fraktion DIE LINKE.

Sozialpolitik kam nicht von allein und vor allem nicht allein »von oben« zustande. Sozialpolitik war stets ein Kampf um soziale Demokratie, um existenzielle Freiheit und Sicherheit derjenigen, die nicht über große Vermögen und Produktionskapital verfügen. Der Sozialstaat wurde damit zum Garanten einer zivilisierten Gesellschaft. Freiheit und Gleichheit sind in ihr kein Gegensatz.

Heute wird behauptet: Diese zivilisatorischen Errungenschaften könnten wir uns im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr leisten. Das ist falsch. Sozialpolitik ist auf jedem Niveau des wirtschaftlichen Wohlstandes einer Gesellschaft möglich. Die Kunst kluger Politik besteht darin, über den nationalstaatlichen Tellerrand hinaus zu blicken, Europa mitzudenken, internationale Standards zu erkämpfen und gleichzeitig die noch immer nationalstaatlich organisierten Steuer- und Abgabensysteme nachhaltig zu entwickeln. Kluge Sozialpolitik muss allerdings so organisiert werden, dass sie wirtschaftliche Effizienz fördert. Auch das ist möglich. Wir formulieren dazu ein Leitbild und einige konkrete Vorschläge.

Leitbild: Sozialpolitischer Realismus statt Markt- und Staatsideologie

Die neoliberale Ideologie des Marktes verkürzt Gesellschaft auf Wirtschaft und auf den Nutzen der Wohlhabenden. Die altlinke Ideologie des Staates verkürzte Gesellschaft auf Bürokratie und auf den Nutzen der Parteiliten. Beide Ideologien waren und bleiben falsch. Sie waren und bleiben unrealistisch, weil sie die Bedürfnisse der Menschen und die komplexe Funktionsweise moderner Gesellschaften unterschätzen. Sozialpolitisch führte diese ideologische Kontroverse zu einer neoliberalen Politik der »Aktivierung«, einer faktischen »Pflicht zur Arbeit« einerseits, zur verzweifeltten Forderung nach einem staatlich garantierten »Recht auf Arbeit« andererseits.

Ein sozialpolitischer Realismus berücksichtigt demgegenüber

- die Interessen der Wirtschaft an Ressourcennachhaltigkeit (Ökologie), optimaler Infrastruktur und leistungsfähigen wie motivierten Arbeitskräften,
- die politischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger an sozialer Sicherheit und Teilhabegerechtigkeit
- und die verletzlichen gemeinschaftlichen Ressourcen, das »Sozialkapital« einer Gesellschaft: das freiwillige Engagement, die familiäre Lebenswelt und das gegenseitige Vertrauen.

Ein sozialpolitischer Realismus konkretisiert sich in

- Abgaben- und Transfersystemen, die die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten berücksichtigen und einen Anreiz zu Beschäftigung und Leistung geben, innerhalb und außerhalb des Erwerbssystems,
- Sozialsystemen, die wirksam vor Armut schützen, soziale Grundrechte garantieren und damit die Menschenwürde aller Bürgerinnen und Bürger,
- sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen, die professionell und selbsthilfefreundlich sind.

Ein realistischer Sozialstaat kann nicht »billig« sein. Ob die Sozialquote bei etwa 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) liegt (wie in den USA) oder bei fast 40 Prozent (wie in Skandinavien), ist dennoch nicht das Wichtigste. Die Linke sah das bisher meist anders.

Eine hohe Staatsquote galt ihr als Ausweis sozialer Gerechtigkeit. Marktideologen wiederum halten eine niedrige Staatsquote für ein Ziel an sich. Viel entscheidender ist jedoch, was konkret als »öffentliche Güter« gilt und wie diese finanziert werden.

Heute leben in Deutschland annähernd 40 Prozent der gesamten Bevölkerung überwiegend von sozialstaatlichen Umverteilungen. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahrzehnten vor allem aufgrund demographischer Entwicklungen eher noch zunehmen. Umso wichtiger wird es sein, dass sich die Sozialpolitik realistisch auf das Wesentliche konzentriert.

Konkrete Vorschläge: Bürgerversicherungen und Grundeinkommen

Im Zentrum eines realistischen Umbaus des Sozialstaats steht eine große Sozialreform: die Umstellung des noch immer berufsständisch gegliederten Systems der unter Fürst Bismarck eingeführten Arbeitnehmer-Sozialversicherungen zu einem umfassenden System von Bürgerversicherungen. Der Rückgriff auf die Erfahrungen der DDR liegt nahe, da dort nach 1949 – auch inspiriert von den britischen Ideen des Lord Beveridge – das Bismarck-System durch Staatsbürgerversicherungen abgelöst wurde. Doch das DDR-System bevorzugte einzelne Berufsgruppen sowie die staats- und parteinahen Eliten. Politische Vorgaben, das Interesse von Staat und Partei an sich selbst überforderten und verzerrten einen richtigen Ansatz. Mit der Wende wurde er komplett ausradiert. Das veraltete Bismarck-System der Bundesrepublik wurde über das vereinte Deutschland gestülpt, statt die Chance zu nutzen, für das neue Deutschland ein politikferneres, demokratisches Versicherungssystem zu entwickeln.

Statt in die Vergangenheit inspiriert uns ein Blick in den Süden, zum Nachbarn Schweiz. Dort wurde per Referendum schon 1947 eine Bürgerversicherung – die Rentenversicherung AHV – eingeführt und seitdem mehrfach weiterentwickelt, die alle Bürgerinnen und Bürger einschließt, durch eine Art Sozialsteuer auf alle Einkommen finanziert wird (derzeit 10,1 Prozent) und praktisch allen Rentnerinnen und Rentnern eine existenzsichernde Grundrente garantiert. Wir greifen diese Erfahrungen auf und bringen für Deutschland folgende Vorschläge in die Debatte ein:

- Sämtliche Systeme der Einkommenssicherung werden in einer Bürgerversicherung (»Grundeinkommensversicherung«) zusammengefasst: Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankengeld, Kindergeld, Elterngeld und Sozialhilfe (bzw. ALG II). Die Grundeinkommensversicherung wird durch »Sozialsteuern« auf sämtliche Einkommensarten (steuerliches Einkommen) ohne Bemessungsgrenzen finanziert (Schätzung: etwa 17-18 Prozent).

- Die Grundeinkommensversicherung garantiert allen Versicherten ein existenzsicherndes Grundeinkommen (ca. 700-750 Euro im Monat) sowie eine Grundrente im Alter (ca. 800 Euro). Sie zahlt maximal das Doppelte des Grundeinkommens, bei Arbeitslosigkeit ohne zeitliche Begrenzung (nicht nur 1 Jahr wie »Hartz IV«).

- Es gibt keine Arbeitspflicht. Wer nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen möchte, erhält weiterhin das Grundeinkommen, wovon ein Teil (max. 50 Prozent) als Darlehen gezahlt würde (Gleichstellung mit »Bafög«).

- Sinnvollerweise wird – wie in den meisten EU-Staaten und in den USA – ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, um nichtorganisierte Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen.

Der Vorschlag einer Bürgerversicherung für alle Einkommensrisiken geht über die bisherige Programmatik der Linkspartei wie von Grünen und SPD weit hinaus. Wir sind überzeugt, die Mehrheit der Bevölkerung dafür gewinnen zu können und halten breite politische Debatten und schließlich ein bundesweites Referendum für sinnvoll.

Für die Reform der Krankenversicherung halten wir das Schweizer Modell der »Kopfpauschale« – das als »soziale Gesundheitsprämie« von CDU/CSU vertreten wird – für zu kompliziert, zu teuer und sozial ungerecht. Wir lassen uns hier vom österreichischen Modell einer Bürgerversicherung inspirieren und schlagen vor:

- Alle Krankenversicherungen werden als Bürgerversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze über eine »Sozialsteuer« (Schätzung: etwa 7-8 Prozent auf alle Einkommen) finanziert.

Statt bisher 41-42 Prozent Sozialversicherungsbeitrag werden mit Bürgerversicherungen und Grundeinkommen nur noch etwa 25 Prozent Sozialsteuern fällig – freilich ohne Beitragsbemessungsgrenze. Im Gegenzug – und natürlich nur dann – kann der Spitzensteuersatz auf 25 Prozent reduziert werden. Höchstverdiener zahlen damit stets 50 Prozent Steuern und faktisch eine Mindeststeuer von 25 Prozent, während sie heute zu den Sozialsystemen und ihrer Umverteilung kaum beitragen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer zahlt dramatisch weniger als heute, was den Arbeitsmarkt entlastet und die Arbeitslosigkeit spürbar senken wird. Familien und Geringverdiener werden besonders entlastet. Erwerbsarbeit und Sozialstaat werden entkoppelt. Beide Systeme der Bürgerversicherungen könnten zusätzlich noch aus dem allgemeinen Staatshaushalt und damit auch aus Verbrauchs- bzw. Umsatzsteuern (Ökosteuer, Wertschöpfungsabgaben usf.) finanziert werden (auch in der Schweiz gibt es einen Bundes- wie Kantonalzuschuss), was den Sozialsteuersatz wiederum senkt oder langfristig stabil hält.

Eine realistische Sozialpolitik umfasst natürlich noch viele weitere Elemente. Eine umfassende Bürgerversicherung mit integriertem Grundeinkommen erscheint uns jedoch als Schlüsselprojekt. Ist das »links«? Im deutschen Koordinatensystem vor der Bundestagswahl 2005 sieht es so aus. »Sind wir hier bei ›Wünsch dir was‹?« – mit diesem Spruch kann man politische Visionen killen oder das Denken schärfen. Wir plädieren für Letzteres.

DIETER ZAHN

Grundsicherung bedarfsorientiert gestalten

Der 2. Armutsbericht der Bundesregierung bringt es an den Tag: unter Rot-Grün hat die Armut in der Bundesrepublik zugenommen und die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinander gegangen.¹ Eine Entwicklung, die mit der Umsetzung von Hartz IV immer weiter zu eskalieren droht. Deshalb sind Konzepte gegen Armut und Forderungen nach sozialer Grundsicherung aktueller denn je.

Seit langem werden vor diesem Hintergrund von verschiedenen Seiten hierzu teilweise auch sehr unterschiedliche Modelle, die sich in ihrer konkreten Ausgestaltung untereinander auch ausschließen können, entwickelt.²

Das im Weiteren hier zu entwickelnde Konzept sieht sich aber im Ausgangspunkt mit allen anderen in grundsätzlicher Übereinstimmung darin, dass ein Umsteuern entgegen den gegenwärtig durchgesetzten Tendenzen der Entwicklung sozialer Sicherung nötig ist, dass die gegebenen Verhältnisse ungerecht sind, dass die Organisation sozialer Sicherung veränderungsbedürftig ist, dass repressive Elemente in den sozialen Sicherungssystemen zurückzudrängen sind und nicht zuletzt die Höhe der sozialen Leistungen, speziell bei Arbeitslosengeld II sowie Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit zu niedrig ist, um Armut vermeidend zu wirken und angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Das Grundsicherungskonzept, und dies trifft in gewissem Maße auch auf viele der Grundeinkommens- und Existenzgeldkonzepte zu, greift tief in ein Kernverhältnis kapitalistischen Wirtschaftens ein: den Zwang des Lohnarbeiters, seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt unter allen Umständen und zu jeglichen Konditionen anzubieten. Indem über andere Wege als durch in einem klassischen Arbeitsverhältnis erhaltenen Lohn Bedürfnisse befriedigt werden können, verschiebt sich das Kräfteverhältnis auf dem Arbeitsmarkt zu Gunsten der Lohnabhängigen. Dabei ist die Einkommensfrage jedoch immer nur eine Frage.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, ein Grundsicherungskonzept bzw. Politik für soziale Grundsicherung immer als ein Bündel von Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen und in angrenzenden Bereichen, wie der Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu begreifen. Insofern geht die Anforderung an die Lösung des sozialpolitischen Problems über die Frage der Leistungshöhe, also einer verteilungspolitischen Frage, hinaus.

Seit Beginn der 90er Jahre hat die PDS die Einführung einer sozialen Grundsicherung gefordert. Sie hat sich in ihren Positionen

Dieter Zahn – Jg. 1951; Dr. sc. oec. Mitarbeiter der Fraktion der Linken im Abgeordnetenhaus von Berlin. Sprecher der IG Gesundheit und Soziales der Linkspartei.PDS. Verschiedene Veröffentlichungen zu sozialpolitischen Themen. Mitautor am Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Leben statt gelebt zu werden«, Manuskripte 38, Berlin 2003.

1 Vgl.: Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Drucksache 15/5015, Berlin 2005.

2 Vgl. hierzu im Überblick: Blaschke, Ronald: Garantierte Mindesteinkommen, Modelle von Grundsicherung und Grundeinkom-

men im Vergleich, Meißen, Dresden 2005.

3 Vgl.: Deutscher Bundestag: Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste über: Vorlage eines Gesetzes über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 12/5044, Berlin 1993.

4 Deutscher Bundestag: Antrag der Gruppe der PDS über: Soziale Grundsicherung gegen Armut und Abhängigkeit, für mehr soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben, Drucksache 13/3628, Berlin 1996, S. 4.

5 Ebenda, S. 15.

6 Vgl.: Deutscher Bundestag, 2001: Antrag der Fraktion der PDS über: Eine Grundsicherung in die Arbeitslosenversicherung einführen, Drucksache 14/7294.

7 Bisky, Lothar: Die PDS unterbreitet einen Vorschlag für eine solidarische Rentenreform (Rede auf der Rentenkonferenz der Sächsischen PDS-Landtagsfraktion am 15. 3. 2004 in Dresden).

und Vorschlägen immer von dem Grundsatz leiten lassen, dass die Grundsicherung gegen Armut und Abhängigkeit gerichtet ist und damit zugleich Mindestbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben aller garantieren soll. Mit dieser Forderung wird daher auch immer ein emanzipatorisches Projekt verfolgt, das Raum für Alternativen eröffnen kann.

Die PDS setzte in ihrer Anfang der 90er Jahre entwickelten Grundsicherungskonzeption immer am Ausbau der vorhandenen Sozialversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung) an. Folgerichtig sollte die Grundsicherung durch Versicherungsbeiträge und Steuern finanziert werden, also innerhalb dieser Sozialversicherungen und organisiert über ihre Finanzierungsmechanismen.³

Dieses Prinzip wurde im Wesentlichen auch im zweiten PDS-Antrag im Bundestag 1996 durchgehalten. In den genannten Sozialversicherungen sollten Mindestbeträge festgelegt werden, um dadurch die »Grundsicherung aus dem Arbeitslosen- und dem Rententopf sowie aus dem neu zu schaffenden Fonds« beziehen zu können.⁴ Außerdem wurde eine allgemeine Versicherungspflicht gefordert, in den Ausführungen zur Finanzierung beschränkte sich diese Forderung jedoch auf alle Erwerbstätigen.⁵

In solcher Ausführlichkeit wurde das Grundsicherungskonzept der PDS seitdem auch innerhalb der Partei nicht mehr kommuniziert. Als die Auseinandersetzung um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe einsetzte, schlug die PDS-Bundestagsfraktion 2001 die Grundsicherung in der Arbeitslosenversicherung vor.⁶ Wir haben uns dabei auf die Grundsicherung im Alter berufen – die ist zwar im Zusammenhang mit der Riesterreform entstanden und regelt im Zusammenhang damit auch Aufgaben der Rentenversicherung im Sozialgesetzbuch VI, ist aber ansonsten ein völlig eigenständiges steuerfinanziertes Leistungssystem außerhalb der Rentenversicherung und nun aktuell im SGB XII integriert.

Damit wurde begonnen, die Leistungen für von Armut Betroffene außerhalb der solidarisch und über Versichertenbeiträge finanzierten Sozialversicherungen zu organisieren (nach dem Muster der Sozialhilfe).

Die PDS hat sich mit dieser Entwicklung kritisch auseinandergesetzt, Alternativen entworfen und lehnt die Art und Weise der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe mit Hartz IV bekanntlich ab. Wir haben diese Entwicklung aber auch bei der Erarbeitung unserer Konzeption für die Rentenversicherung in Auseinandersetzung mit den letzten Reformen der Bundesregierung berücksichtigt. So ist die von uns vorgeschlagene »Rente mit Grundbetrag« keine Mindestrente für alle!

»Wir schlagen eine echte Mindestrente vor, eine Rente mit Grundbetrag. Jede und jeder, der mindestens 30 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt und dabei 15 Rentenpunkte erworben hat, bekommt einen Rentengrundbetrag, der 30 Rentenpunkten entspricht. Das ist aus heutiger Sicht eine Mindestrente von etwa 800 Euro«,⁷ betonte Lothar Bisky.

Das heißt, unser Vorschlag soll langjährig Versicherte durch einen Solidarausgleich innerhalb des beitragsfinanzierten Systems vor dem Gang zum Grundsicherungsamt bewahren; es bedeutet aber

eben auch, dass Versicherten, die diese Kriterien nicht erreichen, dieser Weg damit nicht erspart wird. Diese Konstruktion ist nur vereinbar mit dem Ausbau der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, deren Höhe wir für kritikwürdig halten.

Daraus leitet sich auch der Ansatz für die Umsetzung des Grundsicherungskonzeptes in den Positionen des Arbeitskreises Soziale Sicherungssysteme vom November 2003 ab:

»Die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung ist aus der Sicht der PDS ein zentrales Element in den gegenwärtigen Richtungskämpfen. Sie soll nach unserer Auffassung die beitrags- und umlagefinanzierten Systeme ergänzen und so das gesamte soziale Sicherungssystem zukunftsfähiger machen. Soziale Grundsicherung verstehen wir als steuerfinanzierte und bedarfsorientierte Leistung, auf die ein individueller, unbedingter Rechtsanspruch besteht. Für eine wirksame Bekämpfung von Armut halten wir ein Grundsicherungsniveau in Höhe von 50 Prozent des Durchschnittsnettoeinkommens (derzeit 750 €) für notwendig. Sie soll auch ergänzend für Arbeitslose, Erwerbsunfähige und Rentner gezahlt werden, deren Einkommen dieses Niveau unterschreiten. Darüber hinaus soll die Leistung auch den jeweiligen spezifischen Lebenslagen gerecht werden.«⁸

Vor dem Hintergrund der eingangs genannten Verarmungsprozesse muss es nun darum gehen, konkrete Vorschläge zu entwickeln und in die Öffentlichkeit zu bringen, die an die aktuelle Situation anknüpfen und Wege zu einer sozialen Grundsicherung mit dem genannten Anspruch eröffnen. Hierzu will der folgende Beitrag, ausgehend von den Aussagen im Bundeswahlprogramm der Linkspartei.PDS von 2005, einen Anstoß zur weiteren Diskussion geben.

Mit den seit 1. Januar 2005 neu geregelten Leistungen nach SGB II und SGB XII ergibt sich angesichts der prinzipiellen Ablehnung von Hartz IV die Frage, ob überhaupt und wie diese Leistungen als ausbaufähige steuerfinanzierte Systeme in die Umsetzung des Linkspartei.PDS-Konzeptes einbezogen werden können?

Zunächst ist festzustellen, dass mit den Gesetzen bereits ein großer Teil der Personen erfasst wird, der in Armut geraten kann bzw. bereits betroffen ist (ohne dass mit dem vorhandenen Leistungsniveau Armut verhindert wird!). Sie erfassen aber eben noch nicht alle Lebenssituationen, und ihr armutsfester Ausbau würde noch nicht für die gesamte Wohnbevölkerung genügen. Bei den weiteren Überlegungen müssen daher auch Regelungen für von Armut bedrohte oder betroffene Bevölkerungsgruppen mitgedacht werden, die von den genannten Gesetzen nicht oder nicht adäquat erfasst werden. So ist z. B. die Situation von Bafög-Berechtigten, niedrig verdienenden Selbstständigen, KünstlerInnen, aber auch die unbefriedigenden Regelungen für AsylbewerberInnen in das Konzept einzubeziehen. Das gesamte soziale Sicherungssystem ist daher auf entsprechende Lücken zu prüfen und adäquate Lösungen für deren Schließung müssen dargestellt werden.

Welche Veränderungen an den Regelungen für die Leistungen ALG II, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit wären dringend notwendig, um daraus einen Ansatz für eine Grundsicherung im Sinne der Linkspartei.PDS zu entwickeln?

8 Arbeitskreis Soziale Sicherungssysteme beim Parteivorstand der PDS: Zukunft der sozialen Sicherungssysteme – Positionen der PDS, 2003.

9 PDS: Positionsbestimmungen und Aktionsvorschläge zu Hartz IV, Beschluss des Parteivorstandes vom 23. August 2004.

10 Die Linksfraktion im deutschen Bundestag bereitet hierzu aktuell die Einreichung eines Rahmenantrages unter dem Thema: »Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategie zur Überwindung von Hartz IV« vor. Darin erfolgt eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Ausrichtung der sog. Arbeitsmarktreformen und wird eine über die Ausführungen in diesem Beitrag hinausgehende Strategie mit kurz-, mittel- und langfristigen Änderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Darauf konnte hier noch nicht näher eingegangen werden.

11 Vgl. dazu: Abgeordnetenhaus Berlin: Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS, Bundesratsinitiative zur Änderung des SGB II (Arbeitslosengeld II) und anderer Gesetze, Drs. 15/3980, Berlin 2005.

Die PDS hat ihre prinzipielle Ablehnung und Kritik an Hartz IV mit Hinweisen auf Alternativen verbunden, zu denen eben auch die Grundsicherung zählt. Sie hat zugleich kurzfristige Maßnahmen und Korrekturen vorgeschlagen, die als Ansatzpunkt für eine andere Politik in Richtung auf eine Grundsicherung geeignet sind.⁹

So zielen die Vorschläge, die die größten sozialen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten, die Hartz IV hervorruft, verhindern oder zumindest einschränken sollen, zugleich auch auf die Beseitigung von Leistungseinschränkungen, Zwangsregelungen und Sanktionen, die dem Gedanken der Grundsicherung entgegen stehen.¹⁰

Wesentlich für einen ersten Schritt zu einer wirklichen Grundsicherung ist die Forderung nach einer Leistungshöhe, die die Existenz sichert und die aus einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstatistik abgeleitet werden soll. Hilfsweise haben wir dazu zunächst auch vorgeschlagen, die Regelsätze kurzfristig auf ein (in Ost und West einheitliches) höheres Niveau von mindestens 420 Euro pro Monat anzuheben.

Während es in den weiteren Ausführungen um die Ausgestaltung einer Armut vermeidenden Leistungshöhe gehen soll, ist hier noch einmal darauf hinzuweisen, dass Politik für soziale Grundsicherung mehr umfassen muss:

- Dazu gehören z. B. unsere Forderungen nach einem Mindestlohn oder die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung, die ihrem Namen wenigstens bei der Leistungsdauer wieder gerecht werden muss.
- Die jetzigen Bedingungen der Leistungsvergabe sind hinsichtlich der Anrechnung von Vermögen und Partnereinkommen und der Sanktionen (Arbeitszwang) nicht mit unserer Grundsicherungsphilosophie vereinbar.
- In Richtung mehr Grundsicherungscharakter wirken auch Forderungen nach höherem Selbstbehalt bei Hinzuverdiensten und Einbeziehung von Nichtleistungsempfängenden in die beschäftigungspolitischen Maßnahmen des SGB III.¹¹

Als aus dem Blickwinkel sozialer Grundsicherung gedacht sind auch Versuche zu verstehen, Spielräume bei der Ausgestaltung der Übernahme von Leistungen für Unterkunft zu suchen.

So sind mit der AV-Wohnen Berlin nicht nur vergleichsweise höhere Richtwerte für die Bruttowarmmiete festgelegt worden, sondern den allgemein befürchteten Umzügen soll auch durch die mögliche Übernahme der Kosten für Unterkunft für längstens 1½ Jahre in der tatsächlichen Höhe, die Möglichkeit zur Zuzahlung aus Vermögen oder Einkommen und eine Reihe von Abweichungen im Einzelfall begegnet werden. So können die Richtwerte um bis zu 10 Prozent überschritten werden:

- für Alleinerziehende
- bei längerer Wohnungsdauer (mindestens 15 Jahre)
- bei wesentlichen sozialen Bezügen (Schulweg von Kindern, Kindertagesstätten)
- für über 60-jährige Hilfeempfangende
- für Schwangere.

Politik aus dem Blickwinkel sozialer Grundsicherung umfasst auch solche Maßnahmen, die der Förderung der Teilhabe aller am

gesellschaftlichen Leben dienen, wie Sozialtarife beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Angeboten der Kultur sowie die Befreiung von Gebühren, die für Einkommensschwache ein Kommunikationshindernis darstellen können. (Rundfunkgebührenbefreiung, Telekommunikationstarife)

Im Weiteren soll es hier um die Bestimmung des Grundsicherungsniveaus in der Leistungshöhe gehen.

In der Perspektive muss dieser Prozess dazu führen, dass das Leistungsniveau (Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen für die Unterkunft zusammen) bzw. der jeweils ermittelte Bedarf in den genannten Systemen (SGB II u. SGB XII) nicht unter der jeweiligen Armutsschwelle für den entsprechenden Haushaltstyp liegen darf. Das kann durchaus möglich sein, weil es von den konkreten Umständen (z. B. Unterkunftskosten, individuelle Zuschläge etc.) abhängt. Zu den Bedingungen der Anrechnung von Einkommen und Vermögen, die unseren Grundsicherungsvorstellungen eher entsprechen als die gegenwärtig geltenden, müssen wir uns dann natürlich auch äußern.

Wie soll diese Grenze gemessen werden? Bisher haben wir mit Verweis auf frühere EU-Definitionen von 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens gesprochen. Neben dem Problem, dass in der Vergangenheit zeitnahe Zahlen aus der amtlichen Statistik nicht so einfach herzuleiten waren und wir bei der Darstellung unseres Grundsicherungskonzeptes eine entsprechende Summe (z. B. die oben genannten 750 €) eigentlich nur fortgeschrieben haben, sind inzwischen auf europäischer Ebene neue Vereinbarungen (Laeken-Indikatoren; vgl. hierzu: Bundesrat, 2004, S. 86) zur Messung relativer Armut getroffen worden. Künftig soll für den europaweiten Vergleich ein auf Befragungen beruhendes Statistiksistem aufgebaut werden. Zukünftig wäre also für unsere Betrachtungen auch von Interesse, welche Daten die EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) liefern wird.¹²

Danach wird die Armutsrisikogrenze mit 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, gewichtet nach der neuen OECD-Skala, angegeben. Vor dem Hintergrund, dass die bestehenden (wenn auch nach unserer Auffassung zu restriktiv ausgelegten und nicht bedarfsgerecht ausgestatteten) Leistungssysteme auf Bedarfsgemeinschaften abheben, scheint ein solcher Maßstab für ein zu definierendes Grundsicherungsniveau vom Prinzip her geeignet.

Die Bundesregierung ist bei ihrem jüngsten Armutsbericht den Laeken-Indikatoren gefolgt. Der Bericht verwendet die dort vereinbarte »Armutrisikoquote«. Das ist der Bevölkerungsanteil der Personen, die in Haushalten leben, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent der Hälfte aller Personen beträgt (Median). Nettoäquivalenzeinkommen gelten im nationalen Rahmen, unterscheiden sich also sinnvollerweise bei den EU-Mitgliedsländern. Für Deutschland beträgt die somit ermittelte Armutsrisikogrenze (Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, EVS 2003) 938 Euro.¹³

Was heißt das? Beim Nettoäquivalenzeinkommen wird die Anzahl der Personen eines Haushalts (nach der neuen OECD-Skala) folgendermaßen gewichtet: Haupteinkommensbezieher 1,0, jede weitere

12 Vgl. ebenda und Europäische Union: VERORDNUNG (EG) Nr. 28/2004 DER KOMMISSION vom 5. Januar 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf den detaillierten Inhalt der Qualitätsberichte (Zwischenbericht und Abschlussbericht), in: Amtsblatt der EU 2004/L 5.

13 Vgl. dazu: Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, Drucksache 15/5015, Berlin 2005, S. 45 ff.

Person von 14 Jahren und älter 0,5, Personen unter 14 Jahren 0,3. Das Haushalts-Nettoeinkommen eines Haushalts mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren wird somit durch das Äquivalenzgewicht 2,1 ($(1 * 1,0) + (1 * 0,5) + (2 * 0,3) = 2,1$) dividiert. Ein solcher Haushalt würde somit als arm gelten, wenn das Haushalts-Nettoeinkommen weniger als $(2,1 * 938) 1969,80$ EUR betragen würde.

Diese Beispielrechnung macht darauf aufmerksam, dass die absoluten Zahlen für eine Armutsrisikogrenze für unser Vorhaben der Ermittlung einer armutssicheren Leistungsgrenze von Sozialtransfers nur bedingt taugen, denn sie sind Ergebnis von Berechnungen aus den mit der EVS (oder auch anderen Umfragen) erhobenen Daten zum Zweck der Abbildung einer Armutsquote in der Bevölkerung.¹⁴ Die dabei angesetzte Gewichtung der Haushalte nach der neueren OECD-Skala berücksichtigt z.B. Kinder im Haushalt geringer als die alte. Außerdem werden die Daten für die EVS nur alle fünf Jahre erhoben.

14 Während die nach unterschiedlichen Berechnungsmethoden ermittelten Armutsrisikogrenzen deutlich voneinander abweichen können (siehe weiter unten), sind bei den Armutsrisikquoten (Anteil an der Bevölkerung) eher andere Unterschiede von Interesse. Vgl. dazu Becker, Irene; Hauser, Richard, 2004: Verteilung der Einkommen 1999-2003 (Bericht zur Studie im Auftrag des BMGS), Frankfurt/a. M. 2004, S. 126 f.

	Alte OECD-Skala	Neue OECD-Skala
Bezugsperson	1,0	1,0
Person ab 15 Jahre	0,7	0,5
Person unter 15 Jahre	0,5	0,3

Die Gewichtung nach der alten OECD-Skala schätzt die Einsparungen beim gemeinsamen Wirtschaften niedriger ein und entspricht so tendenziell eher der Bedarfsbemessung in der Regelsatzverordnung für SGB XII und SGB II. (Alleinstehende 1,0; erwachsene Partner 0,9; Kinder ab 14 Jahre 0,8 und bis 14 Jahre 0,6)

»Zwar implizieren die Regelsatzproportionen noch höhere Bedarfsgewichte der weiteren Haushaltsmitglieder, doch werden dabei die Wohnkosten als eine der bedeutendsten Ausgabekomponenten vernachlässigt. Eine Modifizierung der Regelsatzproportionen durch die explizite Berücksichtigung empirisch abgeleiteter Wohnkosten führt zu Skalenwerten, die denen der alten OECD-Skala recht nahe kommen.«¹⁵

Der Berliner Armutsbericht misst z. B. nach der älteren OECD-Skala.¹⁶ Hier wurden die Armutsschwellen übrigens über den Mikrozensus ermittelt. Dessen Daten lassen aber eine differenzierte Erhebung, wie mit der daraus alle 5 Jahre gezogenen EVS, und eine entsprechende Auswertung nach den Laecken-Indikatoren nicht zu.

In der Studie zur Verteilung der Einkommen für den Armutsbericht der Bundesregierung (vgl. ebenda) sind deshalb vergleichsweise auch Ergebnisse des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP)¹⁷, das jährlich erhoben wird, herangezogen worden und alternative Armutsschwellen aus beiden Erhebungen nach neuer und alter OECD-Skala ermittelt.

Daraus sollen in der folgenden Tabelle alternative Armutsrisikogrenzen für verschiedene Haushaltsgrößen abgeleitet werden, die für weitere Überlegungen einen Korridor darstellen können, der ein Maß für eine Armut vermeidende Leistungshöhe sein kann, wenn diese jeweils dort hineinragt.

Die Tabelle macht noch einmal deutlich, welche unterschiedlichen Auswirkungen die Bedarfsgewichte nach alter und neuer OECD-Skala haben:

15 Ebenda, S. 60.

16 Vgl. auch allgemein zu Armutsbemessung in Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz: Armut und soziale Ungerechtigkeit in Berlin, Berlin 2002, S. 29 ff.

17 Vgl. zu Vor- und Nachteilen von EVS und SOEP ausführlich bei Becker, Irene; Hauser, Richard, a. a. O., S. 69 ff.

Alternative Armutsgrenzen bzw. Armutsriskoschwellen der 60-Prozent-Grenze (€ p. M.) 2003 nach Haushaltstypen

Haushalte		EVS		SOEP	
		alte OECD- Skala	neue OECD- Skala	alte OECD- Skala	neue OECD- Skala
Äquivalenzgewichte	alt/neu				
Bezugsperson	1,0/1,0	799	938	732	858
Person ab 15 J.	0,7/0,5	559	469	512	429
Person unter 15 J.	0,5/0,3	399	281	366	257
Alleinstehende		799	938	732	858
Alleinst. + 1 Kind unter 15 J.		1198	1219	1098	1115
Alleinst. + 2 Kinder unter 15 J.		1597	1500	1464	1372
Paar		1358	1407	1244	1287
Paar + 1 Kind unter 15 J.		1757	1688	1610	1544
Paar + 2 Kinder unter 15 J.		2156	1970	1976	1801

Quelle: Becker, Hauser, 2004: S. 124.

Die Äquivalenzeinkommen sind beim SOEP auf Grund der Erhebungsmethode allgemein etwas niedriger, was zu niedrigeren Armutsschwellen führt. Der Vergleich zeigt, dass die Armutsschwellen nach der neuen OECD-Skala für Alleinstehende und Alleinerziehende mit einem Kind höher ausfallen als nach der alten. Für Familiengrößen darüber kehrt sich dieses Verhältnis um. Für die Bildung der »Korridore« in den nachfolgenden Darstellungen werden daher die jeweiligen Extremwerte als oberer und unterer Rand gewählt.

Die folgenden Darstellungen sollen beispielhaft dazu dienen, eine Vorstellung zu vermitteln, welche Leistungsveränderungen nötig sind, um ein Armut vermeidendes Niveau zu erreichen. Gegenübergestellt wird die aktuelle Situation anhand der Eckregelsätze (West) plus durchschnittliche Leistungen für Unterkunft¹⁸ nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit für den Monat Mai 05¹⁹ mit zwei Varianten höherer Eckregelsätze plus den Leistungen für Unterkunft nach den Richtwerten der AV-Wohnen Berlin. Bei der ersten Variante werden die Eckregelsätze um 67 € angehoben. Dies entspricht der Höhe, die der Paritätische Wohlfahrtsverband in seiner trefflichen Auseinandersetzung²⁰ mit der geltenden Regelsatzverordnung als Mindestmaß ermittelt hat. In der zweiten Variante wird der Eckregelsatz um 150 € angehoben. Dies ist zwar keine ähnlich genau ermittelte Bedarfsgröße, aber auch nicht völlig willkürlich gewählt. Wenn im Armutbericht der Bundesregierung eine Armutslücke²¹ von 16 Prozent ausgewiesen ist (vgl. Deutscher Bundestag, 2005, S. 45), dann kann auf jeden Fall von einem allgemeinen Bedarf von über 100 € mehr ausgegangen werden.

Der »Korridor« für Alleinstehende zeigt eine vergleichsweise große Spreizung. Daher wird eine entsprechende Leistungshöhe auch bereits mit der Anhebung des Eckregelsatzes nach den Vorschlägen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erreicht.

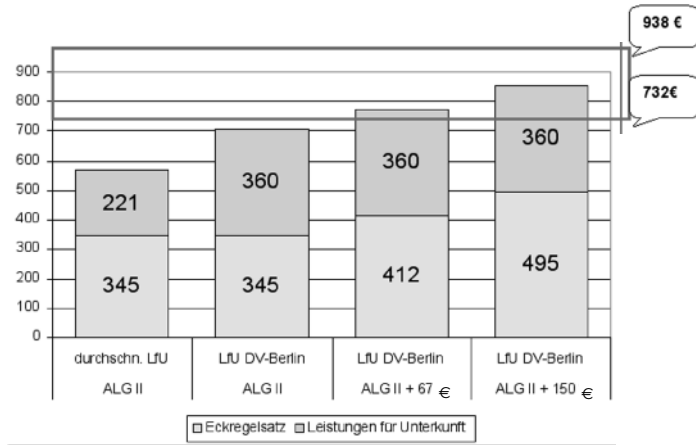
18 Die niedrigen Mietzahlungen in dieser Säule sind der Durchschnitt der Leistungen an alle Leistungsempfänger – also z. B. auch derer, die zur Untermiete, noch bei den Eltern oder aus sonstigen Gründen mietfrei wohnen und daher nicht als Durchschnitt der derzeit gewährten Mietobergrenzen zu begreifen!

19 Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende – Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften Mai 2005, Nürnberg 2005.

20 Der Paritätische Wohlfahrtsverband: »Zum Leben zu wenig ...« – Expertise, Berlin, Frankfurt a. M. 2004.

21 Bei der alleinigen Betrachtung von Armutsrisikoquoten bleibt unberücksichtigt, wie weit das Einkommen der Armutsriskobevölkerung unter der jeweiligen Grenze liegt. Um auch diesen Aspekt der »Armutsriskointensität« einzubeziehen, werden ergänzend relative Armutslücken berechnet. Dieser weitere Indikator ist – entsprechend dem Laeken-Indikator 4 – definiert als Differenz zwischen Armutsriskogrenze und Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen unter der Armutsriskogrenze in Relation zur Armutsriskogrenze.

Aktuelle und alternative Leistungshöhen in € beim ALG II für Alleinstehende



Die Spreizung macht noch mal darauf aufmerksam, dass solche Zahlen ungeeignet sind, als Maß für einen allgemeinen Zahlbetrag zur Bestimmung der Höhe der Grundsicherung zu dienen. Das ergibt sich schon aus der unterschiedlichen Höhe von Zahlbeträgen entsprechend individuell unterschiedlichem und zu berücksichtigendem Bedarf. Sie zeigen uns aber im Vergleich, inwieweit die individuelle Leistungshöhe einen Armut vermeidenden Bereich erreicht. Dies gilt auch für in diesem Zusammenhang oft benannte weitere vergleichbare Messgrößen. Deren aktuelle Höhe soll hier kurz für den Vergleich erwähnt werden:

- Das sächliche Existenzminimum (Grundlage für das steuerlich frei zu stellende Existenzminimum) wird aus dem Eckregelsatz für das SGB XII ermittelt und beträgt für Alleinstehende 2005 im Jahr 7356 € oder 613 € im Monat.

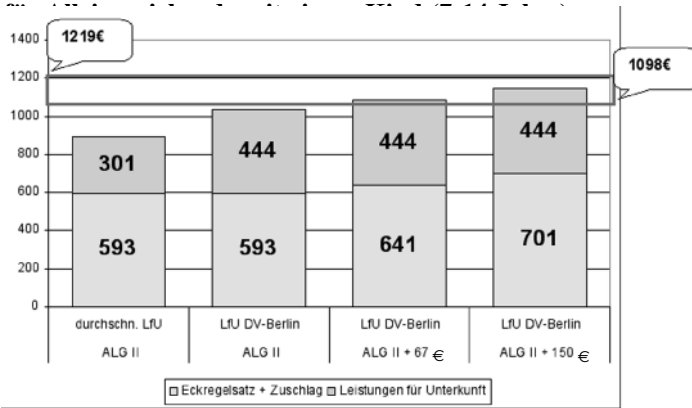
- Die Pfändungsfreigrenzen werden entsprechend dem steuerlichen Existenzminimum alle zwei Jahre dynamisiert. Pfändungsfrei ist seit 01.07.05 das Nettoeinkommen eines Alleinstehenden bis 989,99 € (bei Unterhaltspflicht für 3 Personen 1769,99 €).

- Maßgebliche Richtschnur für den Selbstbehalt von Unterhaltsverpflichteten ist die Düsseldorfer Tabelle. Danach beträgt der notwendige Eigenbedarf beim nicht erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen monatlich 770 €, beim erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen monatlich 890 €. Hierin sind bis 370 € für Unterkunft enthalten. Der angemessene Eigenbedarf, insbesondere gegenüber anderen volljährigen Kindern, beträgt in der Regel mindestens monatlich 1 100 €. Darin ist eine Warmmiete bis 450 € enthalten.

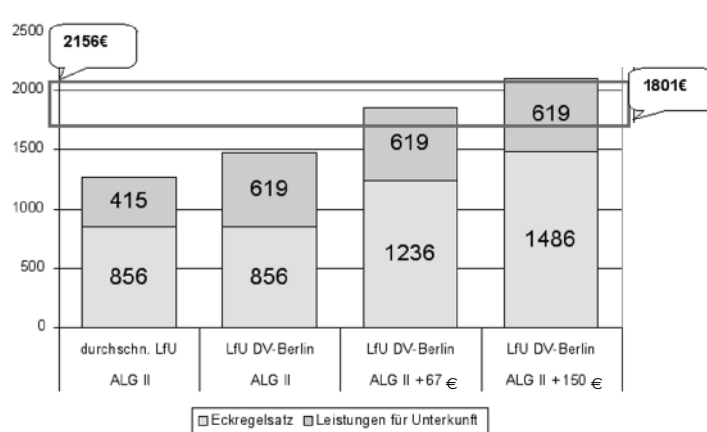
Im Beispiel des Alleinerziehenden-Haushaltes ist der Korridor wesentlich schmäler und ist trotz berücksichtigtem Alleinerziehenden-Zuschlag erst mit einer deutlicheren Anhebung des Eckregelsatzes erreicht.

Das Beispiel für die Familie mit zwei Kindern ergibt ein ähnliches Bild wie bei den Alleinstehenden.

Bestehende und alternative Leistungshöhen beim ALG II



Aktuelle und alternative Leistungshöhen beim ALG II



Im Fazit ist m. E. daraus abzuleiten, dass eine Armut vermeidende Leistungshöhe – hier am Beispiel SGB II – nur zu erreichen ist, wenn eine angemessene Übernahme der Unterkunftskosten und eine Anhebung der derzeitigen Eckregelsätze um mindestens 100 € erfolgt.

Die Kosten für eine am Grundsicherungskonzept orientierte Armutsvermeidungspolitik lassen sich nur sehr schwer prognostizieren. Allein die Anhebung der Eckregelsätze ist statistisch nicht in ihren Kosten zu beziffern. Die höheren Ausgaben sind bezifferbar, so sie sich auf die von der Bundesagentur ausführlich und zeitnah gegebenen Daten beziehen. Allerdings ist nicht abschätzbar, wie sich der Personenkreis der Berechtigten allein durch die Anhebung des Regelsatzes erweitern würde.

Die im Armutsbericht ausgewiesene Armutsücke kann einen Hinweis auf die gesellschaftlichen Kosten der Beseitigung von Armut – also eben dieser Lücke – bieten. Vorsichtig geschätzt sind das min-

TOBIAS SCHULZE

Internet und Brechts Radiotheorie

Mit der Verbreitung des Internets ab Mitte der 90er Jahre hat sich die Kommunikations-, aber auch die Politikwissenschaft mit der Frage nach der Veränderung der politischen Kommunikationsstrukturen durch dieses Netzmedium beschäftigt.¹ Diese Diskussionen spielten bei der Verbreitung neuer technologischer Möglichkeiten immer eine große Rolle, wie nicht zuletzt Brechts »Radiotheorie«, Habermas' »Strukturwandel der Öffentlichkeit« oder auch Enzensbergers »Medientheoriebaukasten« zeigen. Es galt immer wieder die Frage zu bearbeiten, wie die neuen technischen Möglichkeiten neue Horizonte für die politische Kommunikation eröffnen und damit auch gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern können.

Das Internet als neuestes, neuartiges und schnell wachsendes Medium wird ebenso dieser Fragestellung unterworfen. Dabei sind verschiedene theoretische Zugänge denkbar, »basisdemokratiethoretische« nach Habermas, systemtheoretische nach Luhmann oder etwa (sub-)kulturell bewegungsorientierte Ansätze der Neuen Linken. Eine explizit materialistische Methode der Untersuchung des Internets als Kommunikationsmedium und Produktionsmedium wurde bisher eher vernachlässigt, wohl auch, weil diese in der egalitaristischen Euphorie der New Economy als überholt angesehen wurde und eine solche Methode in der Kommunikationswissenschaft ohnehin rar ist.²

Die derzeitigen politökonomischen Prozesse, die Krise der Erneuerungs- und Ausgleichsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der bürgerlichen Gesellschaft, lassen eine solche Methodik jedoch wieder fruchtbar erscheinen. Die fordistische Produktionsweise und mit ihr die relative Vereinbarkeit der Interessen von proletarischen und besitzenden Klassen hat sich überholt. Die Gegensätze zwischen beiden verschärfen sich.³ Selbst in den Massenmedien alten Typs ist der Neoliberalismus als Ideologie des Klassenkampfes von oben inzwischen als Begrifflichkeit und als Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung gekennzeichnet, weil die negativen Folgen – Arbeitslosigkeit, Billiglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse – kaum noch zu überdecken sind. In dialektischer Weise ist die Entwicklung weltweiter Datennetze in diese Prozesse eingebunden, ja verschärft sie sogar, treibt sie voran. Darauf wird zurückzukommen sein.

Brechts Radiotheorie eignet sich in besonderer Weise als methodische Schablone für eine materialistische Analyse der Veränderungen, die durch die technische Entwicklung im Bereich der weltwei-

Tobias Schulze, Jg. 1976; gelernter Buchhändler. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der FHTW Berlin. Seit 2001 Studium der Neueren deutschen Literatur, der Kommunikations- und der Politikwissenschaft an der FU Berlin. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, politisch aktiv in der Linkspartei Berlin, u. a. in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik.

1 Siehe die Texte zu Politik und Internet, die alle diese Disziplin bedienen.

2 Ausnahmen sind die Texte von Rainer Rilling, Ernst Lohoff, Stefan Meretz u. a., die das Thema vor allem unter produktions- und werttheoretischen Fragestellungen behandeln.

3 Vgl. zur Analyse: Joachim Bischoff, Sebastian Her-

ten Datennetze vorangetrieben werden. Zum einen nimmt er Aspekte der Kommunikation und der Ökonomie in den Blick, zum anderen versucht Brecht, die gewonnenen Erkenntnisse in eine medienästhetisch-politische Utopie zu gießen. Brecht geht davon aus, dass die Entwicklung der technischen Möglichkeiten, der Produktivkräfte in Richtung der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängt. Die Entstehungszeit dieser Theorie, die krisengeschüttelten Endjahre der Weimarer Republik, dürften – neben aller Technikbegeisterung – Brechts Auge für die Bedeutung von Kommunikationsprozessen geschärft haben. Dieser Blick, der Analyse und visionäre Elemente gleichermaßen einschließt, soll für diese Arbeit übernommen werden.

Die mit dem Rückgriff auf Brecht zu stellenden Fragen lauten also: Kann das Internet, wie es derzeit funktioniert und verfasst ist, einen Beitrag zur politischen Emanzipation der Menschen von den Machtstrukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leisten? Lässt sich Brechts utopischen Forderungen aus den 30er Jahren mittels WWW, Email und Chat ein realistischer Kern zuschreiben? Gelten die alten Gesetze von Ware, Geld und bürgerlicher Macht im Internetkapitalismus noch? Oder muss Brechts doch recht epochenübergreifend formulierte Theorie ins Reich der Historie verbannt werden?

Diese Fragestellung schließt die Analyse der ökonomischen Verhältnisse des Netzes ebenso ein wie die Erkundung von Strukturen einer möglichen subversiven Gegenmacht im Netz. Abschließend kann dies alles nicht beantwortet werden, die Veränderungen vollziehen sich rasend, so dass fünf Jahre alte Literatur zum Thema bereits weit hinter dem heutigen Stand der Entwicklung herhinkt. Dies darf jedoch nicht dazu verleiten, eine theoretisch fundierte Aufarbeitung der Entwicklung der neuen Medien aus materialistischer Perspektive zu vernachlässigen. Diese dürfte sich in vielen Erkenntnissen von der massenhaft verbreiteten Fragestellung nach Bürgerbeteiligung im Internet, also der Nutzung des Netzes für klassisch parlamentarisch-demokratische Prozesse unterscheiden. Diese Arbeit unter Bezug auf Brechts Theorie wird denn auch auf diese Untersuchungen zurückgreifen und Unterschiede herausarbeiten.

Eine nicht bestellte Erfindung in der kapitalistischen Ökonomie

Das Internet sei ganz sicher nicht »als Reaktion auf ein massenhaft artikuliertes Bedürfnis nach einem Mehr an direkter Demokratie in die Welt getreten«, schrieb Erich Ribolits 2001.⁴ Auch wenn fraglich ist, wie dieses Bedürfnis artikuliert werden könnte, kann ihm in der Feststellung Recht gegeben werden, dass die Zivilgesellschaft nicht auf dieses Medium »gewartet«, es nicht zielgerichtet zu ihrem Nutzen entwickelt hat. Da muss auch der These von Ernst Lohoff widersprochen werden: »So gut wie alle technologischen und prozesstechnischen Innovationen, die der Kapitalismus hervorgetrieben hat, sind Ausgeburten warengesellschaftlicher Rationalität. Kaum eine Neuerung, die auch nur den Horizont technischer Realisierung erreicht hätte, der diese Herkunft nicht auch anzusehen ist. Die mikroelektronische Revolution und die Computertechnologie machen davon am allerwenigsten eine Ausnahme.«⁵ Das Internet wurde auf Bestellung militärischer Befehlsstäbe erfunden. Seine zivile, auch

kommer, Hasko Hüning: Unsere Klassengesellschaft. Verdeckte und offene Strukturen sozialer Ungleichheit, Hamburg 2002.

4 Erich Ribolits: Neue Medien und das Bildungsideal (politischer) Mündigkeit, in: Filzmaier, Peter: Internet und Demokratie. The state of online politics, Innsbruck 2001, S. 155 ff.

5 Ernst Lohoff: Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit. Unter http://www.krisis.org/e-lohoff_politische-oekonomie-information.html (Zugriff am 18. 5. 2005)

6 Sandra Dusch: Theorie des Cyberwar – Cyberwar der Theorie, in: antimilitarismusinformation, 8/2000, S. 73 ff. sowie Rainer Rilling: Eine Bemerkung zur Rolle des Internets im Kapitalismus. Unter <http://www.rainer-rilling.de/texte/kapitalismus.htm> (Zugriff am 28. 5. 2005)

7 Ein Querschnitt diverser Studien zum Thema unter <http://www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/key.399/secid.16/secid2.49> (Zugriff am 26. 5. 2005)

warenförmige Nutzung war eher ein »Abfallprodukt« der militärischen.⁶ Die inzwischen weltumspannenden Computernetze nutzen für die Verbindung bisher Telefonleitungen. Langsam setzt sich auch die Datenübertragung über Mobilfunknetze durch. Geleitet werden die Daten über Knotenpunkte, die alle gleichberechtigt Daten empfangen und senden können. Möglich wird dieser Austausch über standardisierte Protokolle. Der bekannteste und meistgenutzte Austausch ist das Anbieten von Seiten im WWW, einem Netz, das auf dem Hypertextprotokoll (http) basiert. Daneben gibt es jedoch auch Möglichkeiten des Austausches in Echtzeit (Chat u. ä.) sowie des multimedialen Austausches (ftp, PtP etc.) und natürlich der E-mail-Kommunikation.

Das Internet hat eine rasende Verbreitung gefunden. In Deutschland hat inzwischen mehr als die Hälfte der Erwachsenen einen Internetzugang.⁷ In den Ländern der EU sieht dies ähnlich aus:

Internetnutzung durch Privatpersonen und Unternehmen 2004 (in %)

	Anteil der Internet-Nutzer				Anteil der Besitzer eines Breitbandanschlusses	
	Privatpersonen**			Unternehmen**	Haushalte**	Unternehmen**
	Insges.	Männer	Frauen			
EU25*	47	51	43	89	:	53
Belgien	:	:	:	96	:	70
Tschechische Republ.	:	:	:	90	:	38
Dänemark	76	79	73	97	36	80
Deutschland	61	65	57	94	18	54
Estland	50	50	51	90	20	68
Griechenland	20	23	16	87	0	21
Spanien	40	45	36	87	15	72
Frankreich	:	:	:	:	:	:
Irland	:	:	:	92	3	32
Italien	31	37	26	87	:	51
Zypern	32	36	28	82	2	35
Lettland	33	34	33	:	5	:
Litauen	29	30	29	81	4	50
Luxemburg	65	74	57	:	16	:
Ungarn	28	30	26	78	6	:
Malta	:	:	:	:	:	:
Niederlande	:	:	:	88	:	54
Österreich	52	58	46	94	16	55
Polen	29	30	28	85	8	28
Portugal	29	32	27	77	12	49
Slowenien	37	39	35	93	10	62
Slowakei	:	:	:	:	:	:
Finnland	70	70	71	97	21	71
Schweden	82	83	80	96	:	75
Vereinigtes Königr.	63	67	59	87	16	44
Bulgarien	:	:	:	62	:	28
Rumänien	:	:	:	52	:	7
Türkei	13	19	8	:	0	:
Island	82	84	81	:	45	:
Norwegen	75	79	71	86	30	60

* EU25, ohne Mitgliedsstaaten, für die keine Daten vorliegen

** Berichtszeitraum; Privatpersonen und private Haushalte: erstes Quartal; Unternehmen: Januar;

: Daten nicht verfügbar

Quelle: EU; Unter: www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/key.1955/secid.16/secid2.49

Wie zu sehen ist, nutzen auch fast alle Unternehmen inzwischen das Netz. Für unsere Analyse ist entscheidend, dass die Digitalisierung der kapitalistischen Wirtschaft zu einer rasenden Entwicklung der Produktivkräfte und zur dynamischen Rationalisierung in der Warenproduktion führt. Hier laufen verschiedene Prozesse parallel, von denen die Computernetze nur einen Teilaspekt bilden. Diese Umwälzung erreicht auch die Kapitalmärkte. Die Mobilität des weltweit massenhaft akkumulierten Kapitals hat sich stark vergrößert, seit die internationalen Börsen elektronisch handeln, sich Informationen extrem schnell verbreiten lassen und selbst der Kleinanleger seine Investments im Internet disponieren kann.⁸

Beachtenswert ist die Vielfältigkeit und Umfang, mit der die Datennetze in die ökonomischen Prozesse des Spätkapitalismus eingreifen: Der Einsatz von vernetzten Computern trägt zur Rationalisierung sämtlicher Wirtschaftsprozesse (Investition, Spekulation, Produktion, Konsum) und deshalb auch zur Verschärfung der Widersprüche und damit zur Krise bei. Der marktförmige Wettbewerb wird durch vernetzte Kommunikation in allen Bereichen verschärft. Rilling nennt dies die »Verallgemeinerung privater Eigentumsverhältnisse«⁹. Dazu mehr im 6. Kapitel.

Doch das Netz ist nicht nur Werkzeug zur, sondern auch Gegenstand von Kommodifizierung und selbst ein großer Wirtschaftszweig. Hier unterscheidet sich das Internet von dem Rundfunk der 30er Jahre enorm: Es ist nicht nur Anhängsel des Kulturbetriebs, sondern durchdringt nach und nach Kernprozesse kapitalistischer Ökonomien. Ein steigender Teil der gehandelten Waren und der nötigen Vorprodukte hat nichtkörperlichen, virtuellen Charakter und besteht vor allem aus Information.¹⁰

Mit der Bedeutung des Computers in der Wirtschaft stieg auch seine Bedeutung als Leitbild einer neuen Wirtschaftsweise. »Es begannen die internationale Diskussionen um die ›Automation im Kapitalismus‹ und was zunächst als ›Datenverarbeitung‹ (EDV) im wesentlichen auf die Organisation der Produktion und ihre Rationalisierung hin gedacht war, wurde als ›Informations- und Kommunikationstechnik‹ (IuK) dann aus dieser Begrenzung entlassen und spätestens Mitte der 90er Jahre endgültig als die zentrale Leittechnik des modernen Kapitalismus mit allgemeinem gesamtwirtschaftlichem und gesamtgesellschaftlichem Ankoppelungs- oder gar Durchdringungspotential gehandelt.«¹¹

Der Boom der New Economy und ihr schnelles Ende¹² machen jedoch deutlich, dass die in das Internet gesetzten Hoffnungen überbordenden Wirtschaftswachstums und Teilhabe vieler Menschen an der Umwälzung der Produktivkräfte zumindest vorerst Illusionen bleiben. Rillings Analyse, dass mit dem »Internetkapital« neue Akteure im internationalen Kapitalismus aufgetreten seien, soll hier mit Blick auf mächtige Mischkonzerne im Medienbereich zumindest angezweifelt werden.¹³ Nach dem Zusammenbruch des Internet-Booms konsolidierte sich der Medienbereich vor allem durch den Aufkauf neuer Ideen durch alte Unternehmen, das Internet lässt die Wirtschaft insgesamt nicht wachsen. Es dient vor allem der Rationalisierung und Beschleunigung kapitalistischer Wirtschaftsprozesse und hat insofern einen Teil seiner Zweckhaftigkeit im Sinne einer fortschreitenden Entwicklung unter Beweis gestellt.

8 Vgl. zur Debatte aus sozialistischer Sicht: Helge Mewes: Der Dampfmaschinenkapitalismus und das Kommunikationsmedium Internet, in: UTOPIE kreativ Heft 137. Unter www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/137/137_meves.pdf (Zugriff am 28. 5. 2005)

9 Rainer Rilling: Eine Bemerkung zur Rolle des Internets im Kapitalismus. Unter <http://www.rainer-rilling.de/texte/kapitalismus.htm> (Zugriff am 28. 5. 2005)

10 Die eindringlichsten Beispiele für erfolgreiche Kommodifizierungsprozesse sind derzeit ebay, Spiegel-Online und iTunes.

11 Rainer Rilling: Eine Bemerkung zur Rolle des Internets, a. a. O.

12 Vgl.: <http://www.netplanet.org/geschichte/neunziger.shtml> (Zugriff am 1. 6. 2005)

13 Vergleiche etwa die Geschichte des französischen Vivendi-Konzerns: Tiefe Umwälzungen in Frankreich, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. April 2000.

Von der Distribution zur Kommunikation?

Brecht traf für den Rundfunk der 20er Jahre die Feststellung, dass diese Erfindung »sich ihren Markt erst erobern, ihre Daseinsberechtigung erst beweisen« müsse:¹⁴ »Nicht Rohstoff wartete auf Grund eines öffentlichen Bedürfnisses auf Methoden der Herstellung, sondern Herstellungsmethoden sehen sich angstvoll nach einem Rohstoff um.«¹⁵ Diese Analyse kann überwiegend auch für das Internet in der westlichen Hemisphäre geltend gemacht werden. Richtig ist, dass die neuen »Apparate« Entwicklungspotenziale beherbergen, die bei ihrer Erfindung nicht impliziert waren und mit denen die herrschende Kommunikationsindustrie in den letzten Jahren nur wenig mehr anzufangen wusste, als alte Angebote für das neue Medium zu adaptieren. Brechts Polemik, man könne über das neue Medium Rundfunk »auf englisch bei den Klängen des Pilgerchors Hühner züchten«, es sei ein »akustisches Warenhaus«, Angebote würden »billig wie Leitungswasser«, lässt sich für die Anfangszeit des Internets bestätigen.¹⁶ Brecht bezeichnet diesen Zustand als »Jugendzeit« des Mediums. Das Netz ist fortlaufend Umbrüchen unterworfen. Nur wenige Internetprodukte der Gründerzeit haben sich als im Markt sinne überlebens- und profitfähig erwiesen. Dazu zählen etwa Versand- und Markthandlungen aller Art wie Amazon und Ebay. Oder auch neuartige und medienspezifische Angebote wie Suchmaschinen und Preisagenturen. Viele andere, bisher nicht warenförmig angebotene Dienste und Produkte können nicht überleben. Sie werden derzeit einem Prozess des »Ausschlusses durch Kommodifizierung« (Rilling) unterworfen. Wie sich diese Kommodifizierung auswirkt, lässt sich an der Entwicklung von Filesharing-Tools¹⁷ und der Onlineangebote von Zeitungen und Medien veranschaulichen. Obwohl die Distributions- und Kommunikationsmöglichkeiten über das Netz diverse Vorteile bieten, stellten wichtige Medien ihre vorherig kostenlosen Onlineangebote ganz oder teilweise auf »Probier«angebote um, die nicht mehr den vollen oder einen komplett anderen Inhalt als die klassischen Ausgaben bieten, so etwa die FAZ, die Zeit und das Handelsblatt. Im derzeitigen ökonomischen Regime ist das Netz also vor allem Ersatz für bisherige Distributionsformen und Rationalisierungsinstrument in Produktion, Distribution und Marketing. Wo die umfassenden Möglichkeiten des neuen Mediums nicht profitabel sind, werden sie auch nicht genutzt.

In den letzten Jahren, nach dem Abklingen der Startup-Euphorie und der wirtschaftlichen Boom-Phase bis 2001, treten neue Nutzungsaspekte in den Vordergrund, die die interaktiven und kommunikativen Fähigkeiten des Mediums betonen. Dies soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden: Das Informationsportal indymedia.org wurde 1999 im Rahmen der globalisierungskritischen Proteste gegen den G8-Gipfel in Seattle gegründet, um Informationsweitergabe abseits der offiziellen Medien zu ermöglichen. Mittlerweile existieren 160 länderspezifische Portale. Die indymedia-Portale haben keine Redaktionen und funktionieren eher wie ein Forum, in dem Nutzer die Möglichkeit haben, Beiträge zu verfassen und diese auch zu kommentieren. Der Unterschied zwischen Redakteuren und Lesern soll möglichst gering gehalten werden. Das Konzept der Gründungsphase beschrieb eine Aktivistin des Vorläuferportals nadir.org so:

14 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, in: Bertolt Brecht: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe (GBA). Berlin/Frankfurt 1988, Band 22, S. 552.

15 Ebenda.

16 Siehe nächsten Abschnitt.

17 Viele Filesharing-Plattformen wie Napster oder KaZaa wurden von der Unterhaltungsindustrie mit Klagen überzogen und mussten schließen. Eine neue Strategie der Konzerne gegen das Tauschen von Dateien ist das massenhafte Verbreiten fehlerhafter Dateien, wie der Autor aus eigener leidvoller Erfahrung berichten kann.

»indymedia hat sich die Aufgabe gestellt, mit einem radikaldemokratischen Ansatz einen Kampf anzugehen, der mit härtesten Bandagen geführt wird: der Kampf um Aktualität. Für die Linke ist der Kampf um Aktualität deshalb so attraktiv, weil es so ist, dass der, der zuerst die Information liefert, in der pole position um die Einordnung des Geschehens im gesellschaftlichen Diskurs ist.«¹⁸ Der logistische Aufwand dafür ist minimal. Einige indymedia-Seiten werden moderiert, um Störaktionen und vor allem rechtsradikale Einträge zu verhindern. Grundsätzlich kann jedoch jeder Nachrichten unzensuriert einstellen. Die Qualität dieser Nachrichten muss sich dann in der Diskussion mit anderen beweisen. Genutzt wird dieses Portal vielfältig, in Deutschland vor allem durch Globalisierungskritiker wie attac und die autonome Antifa-Szene. Peter Nowak zieht zum fünften Geburtstag 2004 auch ein eher ernüchterndes Fazit der umwälzenden Wirkung der neuen Plattform: »Anders als manche Netzaktivisten [...] erhofften, hat indymedia nicht zu einer größeren Einbeziehung von Menschen in die politische Debatte geführt. Genau so wie im realen Leben ist auch in der virtuellen Welt die Zahl der Aktivist:innen klein aber beharrlich.«¹⁹ Dass indymedia zum Medium einer politischen Szene werden könnte, war jedoch bei Gründung neben der Frage der Deutungsmacht im Diskurs durchaus impliziert: »Der protestierenden (Hyper-)gesellschaft wurde mit indymedia zum ersten Mal ein Mittel in die Hände gelegt, mit der sie sich selbst in ihrer eigenen Geschwindigkeit abbilden konnte. Noch nie war es so einfach, Teil einer Jugendbewegung zu sein. Indymedia bietet dieser Meute ihre Spiegelung im narzistischsten Sinn.«²⁰ Dieses Verständnis dürfte zum Teil auch im Sinne Brechts gewesen sein, dessen »Lernt zu siegen!« aus dem Film »Kuhle Wampe« durchaus im sportlichen und damit unterhaltsamen Sinne zu den Bildern wettkämpfender Arbeiter gesungen wurde. Die Begrenzung dieses Mediums auf eine kleine, eher selbstreferenzielle Szene war aber nicht die durchdringende Wirkung, die Brecht sich langfristig von einem demokratischen Medium versprach, dazu jedoch später mehr. Hier soll indymedia vor allem als zumindest stabil arbeitendes Netzwerk schreibender Leser vorgestellt sein.²¹

Ein nutzerfreundlich strukturiertes Konzept schreibender Leser verfolgen die Seiten wikinews.de und wikipedia.de. Während erstere im Prinzip eine große kommentierte Nachrichtensammlung mit eigenen Nachrichten und Kommentaren ist, stellt die zweite Seite ein Offenes Lexikon dar, das als dynamischer Wissensspeicher bezeichnet werden kann. Gemeinsam ist ihnen der für alle offene Zugang zu den Produktionsressourcen, die Möglichkeit des Kommentars für Leser und der nichtkommerzielle Charakter der Projekte.

Ein eher neues Phänomen der netzwerkartigen Nachrichtenproduktion sind die Weblogs, auch Blogs genannt.²² Grundlage dieser ist ein vorgefertigtes Grundgerüst einer Website, auf die sehr einfach Inhalte einzustellen sind (Content Management), ohne dass Kenntnisse in Programmiersprachen erforderlich werden. Insofern senken Weblogs massiv die technischen Zugangshürden, die bisher vor dem selbständigen Aufheben des Gegensatzes von Empfängern und Sendern stand.²³ Ursprünglich als ständig aktuelle Linksammlungen entstanden, stellen viele Weblogs eine Mischung aus Tagebuch, persön-

18 Internet als Praxisfeld. ak – analyse+kritik Nr. 448. 3/2001. Unter www.akweb.de/ak_s/448/32.htm (Zugriff am 18. 6. 2005)

19 Peter Nowak: Ziviler Ungehorsam im 21. Jahrhundert. Unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18887/1.html (Zugriff am 18. 6. 2005)

20 Internet als Praxisfeld. ak – analyse+kritik Nr. 448. 3/2001. Unter www.akweb.de/ak_s/448/32.htm (Zugriff am 18. 6. 2005)

21 indymedia hat durchaus mit der Staatsmacht zu kämpfen. So geschehen im Nachgang des G8-Gipfels in Evian, als FBI verschiedene Server von indymedia beschlagnahmte. Vgl. Dalmiano Volgolio: Spur der Zensoren führt nach Rom und Zürich, in: *junge welt* vom 11. Oktober 2004.

22 Vgl.: Robert Chromow: So vielseitig sind Weblogs. Unter www.akademie.de/programmierung-administration/tipps/allgemein/weblogs-einfach-vielseitig.html (Zugriff am 18. 6. 2005)

23 Vgl.: Wiebke Loosen: Das Ende der Verheißungen? Technisch und ökonomisch determinierte Beschränkungen des »freien« Informationszuganges im World Wide Web, in: Ursula Maier-Rabler, Michael Latzer (Hrsg.): *Kommunikationskulturen zwischen Kontinuität und Wandel. Universelle Netzwerke für die Zivilgesellschaft*, Konstanz 2001. S. 287 ff.

lichem Kommentar und Bericht sowie Diskussionsforum dar. Auch wenn der technische Dienst zunehmend kostenpflichtig gemacht wird, bleibt die inhaltliche Demokratisierung im Sinne gleich einfacher Ausgangsbedingungen für alle Sender doch bestehen. Die inhaltliche Ausrichtung der Weblogs differenziert sich zur Zeit stark aus und reicht vom privaten Tagebuch über Medienbeobachtung bis zu politischer oder kommerzieller Nutzung. In einem Weblog wird die Folge der Massenverbreitung dieser Plattform folgendermaßen charakterisiert:

24 Unter <http://referat-weblogs.blog.de>. Eintrag vom 16. 6. 2005. (Zugriff am 18. 6. 2005)

25 Julia Schmid, Hans-Martin Engeser: Community Weblogs: Mittendrin statt nur dabei. Unter www.onlinejournalismus.de/forschung/communityweblogs.php (Zugriff am 22. 6. 2005)

26 Unter <http://referat-weblogs.blog.de>. Eintrag vom 25. 5. 2005. (Zugriff am 18. 6. 2005)

27 Die Diskussion darüber wurde in den Anfangszeiten der Massenverbreitung des Internets eher prophetisch und theorielastig als empirisch geführt. Vgl. Philomenon Schönhausen: Soziale Kommunikation im Internet. Zur Theorie und Systematik computervermittelter Kommunikation vor dem Hintergrund der Kommunikationsgeschichte, Bern 2004. Oder Irene Neverla: Das Netz – eine Herausforderung für die Kommunikationswissenschaft, in: Maier-Rabler/Latzer (Hrsg.): Kommunikationskulturen, a. a. O., S. 29 ff.

28 Erich Ribolits: Neue Medien und das Bildungsideal, a. a. O., S. 161.

29 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, a. a. O., S. 554.

1. vom passiven Publikum zum aktiven User
2. von Medien zum Inhalt
3. von Monomedien zu Multimedia
4. vom periodischen Erscheinen zu Echtzeit
5. von Knappheit zu Überfluss
6. von »Redaktionsvermittelt« zu direkt
7. von Distribution zu Zugang (der User sucht, surft, navigiert und entscheidet selbst)
8. von Einweg-Kommunikation zu Interaktivität
9. von linear zu Hypertext
10. von Daten zu Wissen²⁴

Das Prinzip von indymedia wird denn auch von so genannten community weblogs aufgegriffen und verallgemeinert. Da sich übergreifende thematische Weblogs als Ein-Personen-Projekte kaum wiederfinden und sinnvoll betreiben lassen, haben sich User zu Kollektiven zusammengeschlossen.²⁵ Interessant an dieser Art der Informationsverbreitung ist die völlige Aufhebung des Anspruchs der Objektivität als Folge der nichtwarenförmigen Nachrichtenverbreitung, Weblogs wollen nichts anderes sein als subjektiv. Ein Blogger bezeichnet dies als »die direktere und rauere Art der Nachrichtenverbreitung.«²⁶ Tendenziell werden damit die Ausgangsvoraussetzungen der klassischen Theorien der Massenkommunikation in der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt, indem klassische »Gatekeeper«/Vermittler ihre herausgehobene Stellung verlieren.²⁷ Dies wird nicht nur begrüßt. So glaubt Erich Ribolits nicht an die emanzipatorische Wirkung nichthierarchischer Kommunikation: »Dass es im Internet keine Zensurstelle, keine Lektoren und Redakteure gibt, die Freiheit des Wortes also uneingeschränkt gegeben scheint und niemand behindert wird, seine Botschaften unters Volk zu bringen, verschleierte nämlich weitgehend, dass Informationen nichtsdestotrotz nur über ihren Kontext zur Macht Bedeutung gewinnen.«²⁸ Ribolits streift hier unsere Grundproblematik von der neuen Kommunikation, die, wie Brecht meint, eine Utopie sei und es sich lohne, darüber nachzudenken, warum diese utopischen Charakter habe.²⁹ Über die Neuerungen, die in dieser Gesellschaftsordnung durchführbar sein könnten, geht es im folgenden Abschnitt.

Internet und bürgerliche Politik

Die skizzierten Entwicklungen werden auch in der bürgerlichen Politik- und Kommunikationswissenschaft, durchaus mit Rückgriff auf Brecht, aber auch auf Enzensberger diskutiert. Viele der AutorInnen,

die vor der Entwicklung des Internets an einer bürgerlichen Demokratisierung der Massenmedien gearbeitet haben, haben wie Erich Ribolits Probleme mit der Entmachtung von Vermittlungsinstanzen. Diese sollten die Aufgabe wahrnehmen, das Machtgefälle zwischen Sendenden und Empfangenden zu verringern und die Interessen zu vermitteln. Doch die Konzeption der Massenmedien in der bürgerlichen Demokratie soll hier, Thilo Harth folgend, noch einmal zusammengefasst werden. Diese nähmen eine Schlüsselstelle ein, »weil wir auf die Wirklichkeitsvermittlung durch die Massenmedien angewiesen sind.«³⁰ In einer Demokratie sei der Prozess der politischen Willensbildung ein durch die Massenmedien vermittelter Kommunikationsprozess. Grundlage für diesen Prozess sei »die Schaffung einer »gemeinsamen, fiktiven Wirklichkeit« durch »die Reduktion von Komplexität.«³¹ Dies bezeichnet Harth als Bildung von Öffentlichkeit. Weiterhin hätten Massenmedien die Funktion, den Bürgern Bildung im Sinne der Vermittlung von Wissen, und Information über relevante Ereignisse zu vermitteln. Und nicht zuletzt sollen die Massenmedien der »Einübung und Tolerierung inhaltlicher Pluralität«, der Kontrolle der Politik sowie der Möglichkeit von Interessengruppen, sich zu artikulieren, dienen.³² In dieser Konstruktion drückt sich bereits aus, was Brecht als Folgenlosigkeit der Institutionen und die Systemtheorie als selbsterhaltendes System analysiert. Den Menschen wird das Erkennen ihrer Situation mittels der eigenen Wahrnehmung nicht zugetraut, Vermittlung und sogar die Herstellung einer fiktiven Realität seien nötig. In dieser Konzeption kommt ein Klassengegensatz zum Vorschein, der mit Brecht als »Mächte der Ausschaltung und Ausgeschaltete« bezeichnet werden kann. Ein ganzes System, »die ideologischen Institute«, beschäftigt sich mit der Aufrechterhaltung der Fiktion, dass im »Wettbewerb« der parlamentarischen Parteien und Interessengruppen der beste Weg im Sinne der großen Masse der Menschen gefunden wird. Dabei folgen die Massenmedien eigenen Spielregeln, die von den Parteien und von den Eigentümern der Medienunternehmen sowie den Werbepartnern bestimmt werden. Diese entscheiden, was öffentlich wird und nicht die Adressaten.

Das Internet wurde, wie bereits bemerkt, von vielen Kommunikations- und Politikwissenschaftlern ambivalent gesehen. Man warf dem neuen Medium die Zerstörung der komplexitätsreduzierenden Funktion und damit die »Privatisierung der Öffentlichkeit« vor.³³ Gellner kritisiert (1998), das Internet führe zu »Individualisierung und Globalisierung«, Begriffe, die man auch durch »Hedonismus und Monopolisierung« ersetzen könne. Er befürchtet, die Verbreitung des Internets produziere Bürger, denen die öffentliche Gesellschaft egal sei, weil sie in ihrer eigenen bedarfsgerechten Privatgesellschaft lebten. Gellners düstere Vision für das Netzmedium: »Wenn es indes nach Technik und Ökonomie ginge, wäre die Informationsgesellschaft eine mit Myriaden von individuell verfügbaren Kanälen, global organisiert und verbreitet, einzig durch die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage gesteuert, nationalstaatlicher und überhaupt jeglicher politischer Kontrolle entzogen.«³⁴ Während man Gellners Analyse ihre frühe Entstehungszeit zugute halten kann, gilt dies nicht für Ribolits, der etwas deutlicher in das

30 Thilo Harth: Internet und Demokratie – neue Wege politischer Partizipation: Überblick, Potential, Perspektiven, in: Uwe Andersen, Gotthart Breit, Peter Massing, Wichard Woyke (Hrsg.): Internet und Demokratie. Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis 4/1999, Schwalbach 1999. S. 8.

31 Ebenda, S. 9.

32 Ebenda.

33 Winand Gellner: Das Ende der Öffentlichkeit?, in: Gellner/von Korff (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998, S. 11.

34 Ebenda, S. 16 f.

35 Erich Ribolits: Neue Medien und das Bildungsideal, a. a. O., S. 161.

36 Direkt zum Habermas-Bezug: Klaus Plake, Daniel Jansen, Birgit Schuhmacher: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung, Wiesbaden 2001.

37 Thilo Harth: Internet und Demokratie, a. a. O., S. 12 ff.

38 Vgl.: Reinhard Meier-Walser, Thilo Harth (Hrsg.): Politikwelt Internet. Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München 2001; Andersen, Breit, Massing, Woyke (Hrsg.): Internet und Demokratie, a. a. O. sowie eher empirisch: Peter Filzmaier (Hrsg.): Internet und Demokratie. The state of online politics, Innsbruck 2001. Durchaus kritischere Ansätze in Claus Leggewie, Christa Maar (Hrsg.): Internet und Politik: Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Köln 1998. Eine Spezialdiskussion: Georg Michael Faltis: Demokratisierungspotenziale durch Kooperation im Internet am Beispiel regionaler Portale. Münster u. a. 2002. Eher Policy-Processorientiert: Christian Ahlert: Weltweite Wahlen im Internet. Möglichkeiten und Grenzen transnationaler Demokratie, Frankfurt 2003.

39 Die Kritik daran ist natürlich vor dem Hintergrund einer entwickelten bürgerlichen Demokratie zu sehen. Für totalitäre Diktaturen wie etwa China, Indonesien oder Nordkorea

gleiche bürgerlich-überhebliche Horn stößt: »Denn es ist nicht bloß so, dass sich das Wertvolle angesichts des Plunders der Millionen Nutzer, die ihre Botschaften ins Netz schicken verliert. Es verliert sich zugleich auch jedes Kriterium, was als wertvoll bezeichnet werden kann.«³⁵

Trotz dieser weit verbreiteten Skepsis in der bürgerlichen Wissenschaft suchten gerade jüngere AutorInnen nach Möglichkeiten, wie das Netz als Partizipations- und Demokratisierungsinstrument genutzt werden kann. Im Mittelpunkt dieser Überlegungen steht die Herstellung einer Öffentlichkeit Habermasscher Provenienz.³⁶ So macht etwa Thilo Harth die folgenden Funktionen als nützlich aus:

- politische Information (z. B. Parteiprogramme, Statistiken, Pressemitteilungen)
- politische Kommunikation (virtuelle Parteigliederungen, kommunale Kommunikation)
- Medium für Wahlen, Abstimmungen und politische Kampagnen
- politische Aktivierung (Einbeziehung in Entscheidungsprozesse, Aktivierung klassischer Medien, bürgerschaftliches Engagement)
- transnationale Demokratie (z. B. europäische Tageszeitung)
- Medium für alle (»informationelle Grundversorgung«)³⁷

Damit ist das Spektrum der diskutierten Entwicklungen bereits umrissen.³⁸ Gemeinsam ist diesen Funktionen, dass sie sich nicht von der zu schaffenden »fiktiven Realität« der bürgerlichen Öffentlichkeit lösen, sondern diese idealisieren.³⁹ Hier sollen die »Apparate« nicht dazu benutzt werden, etwas Neues zu schaffen, sondern eine alte Vorstellung zu erneuern. Die WählerInnen sollen »näher« an ihren Abgeordneten sein, sie sollen besser informiert werden und mehr Mitbestimmungsrechte ausüben können. Entscheidend ist jedoch, dass weder das ökonomische noch das politische System sich Macht- oder Informationsvorsprünge aus der Hand nehmen lassen, das Nadelöhr der »Gatekeeper« soll erweitert, aber nicht abgeschafft werden. Die wirkliche Auflösung des Sender-Empfänger-Prinzips, eine aufklärerische Durchdringung der ganzen Gesellschaft mit tendenzieller Öffentlichkeit wird nicht angestrebt. Brecht: »Aber es ist keineswegs unsere Aufgabe, die ideologischen Institute auf der Basis der gegebenen Gesellschaftsordnung zu erneuern, sondern durch unsere Neuerungen haben wir sie zur Aufgabe ihrer Basis zu bewegen.«⁴⁰

Wider die Folgenlosigkeit der Kommunikation

Brecht kritisiert am entstehenden Rundfunk, an allen öffentlichen Institutionen die Folgenlosigkeit öffentlicher Kommunikation im Sinne eines sozialen Fortschritts. Er beklagt die Nichtdarstellung und Nichtverarbeitung gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche in Kunst, Bildung und Medien, den »kulinarischen«, d. h. konsumtiven Charakter der Kommunikation. Seiner Meinung nach müsse einer Kampagne, die auf das Eingreifen in die Wirklichkeit gerichtet sei, ein »natürlicher Erfolg« beschieden sein. Zu Grunde liegt hier Brechts Annahme, die »Ausgeschalteten« hätten den quasi naturgesetzlichen und freizulegenden Willen, sich gegen die »Mächte der Ausschaltung« zu wehren. Brechts klassenkämpferischer Zukunfts-

optimismus mutet heute naiv bis dogmatisch an. Ihm kann sicher eine Reduktion aufs Politökonomische vorgeworfen werden, Hintergrund sind jedoch seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit, seine Erfahrung des Niedergangs der bürgerlichen Republik als Folge der wirtschaftlichen Krise. Auch ein Brecht ist dialektisch zu lesen.

Brecht forderte, das neue Medium nicht einfach auf die alte Basis, durchaus im Marxschen Sinne verwendet, aufzusetzen, sondern mittels des neuen Mediums die Basis zu diskreditieren, auf eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse im Interesse der vielen hinzuarbeiten. Lässt sich seine 75 Jahre alte Theorie, von der er meinte, dass sie utopisch sei, aktualisieren? Sind bereits Anzeichen dafür in der aktuellen Netzwelt zu entdecken?

Brechts erstes wichtiges Anliegen war, »öffentlichen Angelegenheiten auch wirklich den Charakter der Öffentlichkeit zu verleihen.«⁴¹ Er bezieht dies auf die Justiz, auf Ministerien, auf große Wirtschaftsunternehmen. Dies sei auch gegen den Widerstand der Institutionen durchzusetzen, Gesetze, die diese Rechte schützten, seien abzuschaffen. Das Netz bietet für diese Art der Öffentlichkeit beste Voraussetzungen, wenn auch der Staat wenig Interesse an mehr Öffentlichkeit hat. Erste eher subversive Pfade auf diesem Gebiet werden jedoch gegangen: Konsumenten gründen Internetforen, um sich über Geschäftspraktiken großer Unternehmen auszutauschen, Fotos von Polizeiübergriffen landen im Netz, Weblogger plaudern Interna aus Vorstandssitzungen bei Apple aus und der Emailverkehr zwischen EU-Kommission und Wasserkonzernen über die GATS-Verhandlungen wird abgefangen und veröffentlicht. Vieles weitere ließe sich hier denken. Dies ist eine Folge der von Brecht als Ziel proklamierten Organisation der Empfänger als Sender. Berichte, Fotos, Videos von beliebigen Ereignissen und Tatsachen können blitzschnell eingespeist werden. Der Filter gegen die Unübersichtlichkeit sind entweder Suchmaschinen⁴² oder Newsfeeds und Moderatoren in Portalen oder Communitys. Entscheidend für die Verbreitung ist der Gebrauchswert einer Information für den einzelnen User: was nicht gebraucht wird, wird nicht gesucht. Was nicht gesucht wird, verfällt. Vom Bericht eines Arbeitslosen über seine Erfahrungen mit Arbeitgebern, Ämtern und Vermietern bis zur Organisation großer Streiks ist alles denkbar.

Brechts dritte Forderung ist die nach der Umfunktionierung der Kommunikationsapparate zur Diskreditierung der Basis der Gesellschaft. Brecht konnte nicht von einem selbstorganisierten Netz-Medium wie dem Internet ausgehen. Weder der Entwicklungsstand der marxistischen Geschichtsauffassung, noch der Entwicklungsstand der Produktivkräfte konnten ihn die heutige Entwicklung erahnen lassen. Er entwickelte seine Vorstellungen in einer stürmischen Entwicklungs- und Überhitzungsphase eines fordistischen Akkumulationsregimes mit statischen Großindustrien, immensen Bürokratien in Staat und Verwaltung und vor dem Hintergrund des sozialistisch-stalinistischen Industrialisierungsversuchs in der Sowjetunion.

So gelesen lässt sich Groths Analyse der Brechtschen Rundfunkarbeit nachvollziehen: »Brecht stellt seine Radiotheorie unter den Primat der revolutionären Veränderung. [...] Brecht wollte nicht – in flach aufklärerischer Manier – die Einsicht provozieren, um dann die

muss die demokratisierende Wirkung der globalisierten Kommunikationsstruktur uneingeschränkt positiv bewertet werden. Dass diese »Gefahr« gesehen wird, zeigen die massiven Versuche der chinesischen Regierung, das Internet seiner Informationsmöglichkeiten zu berauben und es auf seine wirtschaftlichen Funktionen zu reduzieren. Vgl.: Georg Blume: Freiheit, die sie meinen, in: taz, 15. Juni 2005.

40 Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, a. a. O., S. 557.

41 Ebenda, S. 553 f.

42 Die Suchmaschinen haben sich inzwischen, mit Ausnahme von Google, zu ausschließlichen Anzeige- und Werbepattformen gewandelt. Hier hat eine neue Internetpraxis anzusetzen. Siehe auch www.rettet-das-internet.de/suchmaschinen.htm

43 Peter Groth: Hörspiele und Hörspieltheorien der Weimarer Republik, Berlin 1980, S. 191.

Veränderungen dem Individuum und dem Selbstlauf zu überlassen. Sein Konzept sollte Einsicht und Veränderung im gesellschaftlich relevanten Maßstab vereint in Bewegung setzen.«⁴³ Brechts Vorstellungen gingen von der damals zahlenmäßig und organisatorisch recht bedeutenden KPD und ihrem Umfeld, von einem gewaltsamen Aufstand des organisierten Proletariats und der Errichtung eines kollektivistischen Staates, des »sozialistischen Übergangstaates« (Groth) aus. Dieses Szenario hätte auch die Aneignung des bürgerlichen Kultur- und Medienapparates zur Folge gehabt. Brecht geht darauf ein, wenn er schreibt, dass seine Utopie über den Rundfunk nur in einer »anderen Ordnung« durchführbar sei und die jetzige Verkündung der »Formung und Propagierung dieser anderen Ordnung« diene. Ihm ging es nicht darum, einfach die Rollen von Empfänger und Sender zu tauschen. Er wollte eine Gesellschaftsordnung, in der es diese Rollen nicht mehr gibt.

Wenn man diese dialektische Lesart der Brechtschen Utopie übernimmt und auf ihren Kern reduziert, kann das Ziel der Umfunktionalisierung der Apparate aktualisiert werden. Es meint die Durchdringung der gesellschaftlichen Kommunikation mit subjektiv-utilitaristischer Information und Kommunikation, gemacht von Individuen und Kollektiven. Dies bedeutet die Abschaffung bürgerlich-ideologischer One-to-many-Kommunikation und die Aufhebung von deren Folgenlosigkeit. Wenn die Apparate von allen beherrscht werden und Hierarchien abgebaut werden, ist eine solche Beeinflussung kaum noch möglich.

Während Brecht also von der Übernahme konzentrierter steuerbarer Konglomerate ausging, haben wir unter den Bedingungen der Netzkommunikation andere Voraussetzungen für eine Umfunktionalisierung. Während Brecht von der Umfunktionalisierung eines »kulinarischen« und hermetischen »Schmalband«-Mediums sprach, haben wir heute über die Nutzung einer offenen technischen Plattform zu reden, die nicht nur kommunikatorische, sondern auch ökonomische Funktionen erfüllt. An dieser Stelle muss eine Weiterentwicklung des Brechtschen Gedankens von der Umfunktionalisierung erfolgen.

Als naheliegender und oft zitierter Ansatz im Sinne soll der so genannte Cyber-Activism oder Hacktivismus in den Blick genommen werden. Dabei handelt es sich um vielfältige Aktionen, die meist das Ziel haben, Internetseiten oder Computernetzwerke zu manipulieren oder lahmzulegen. Bekannte Beispiele sind die Störung der WTO-Webseite während des G8-Gipfels in Seattle und die Störung der Internetseite der Lufthansa als Protest gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. Die Aktivisten des »virtuellen Sit-Ins« wurden vor Gericht wegen Nötigung angeklagt.⁴⁴ Die autonome Gruppe a.f.r.i.c.a. kommentiert dazu: »Die Netz-Intervention war hier Teil einer umfassenderen Kommunikations- und Aktionspraxis, die sich sowohl im physikalischen wie im virtuellen Raum abspielte und die Vorbereitung und Durchführung der Aktion ebenso einschloss wie ihre politische Kontextualisierung – bei der das Internet nicht nur als Aktionsfeld, sondern insbesondere als Vernetzungsinstrument von großer Bedeutung war.«⁴⁵ Diese Aktionen übertragen Protestformen aus der realen in die virtuelle Welt, von einer Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse kann hier nicht die Rede sein: »Politische Aktionen sind

44 Vgl. Christian Rath: Virtuelles Sit-In vor Gericht, in: taz vom 15. 6. 2005.

45 a.f.r.i.c.a.: Ziviler Ungehorsam und Kontrolle der lebendigen Arbeit. Internet als politischer Protestraum, in: So oder so. Die libertad!-Zeitung, Nr. 15. 2005. Unter <http://www.sooderso.net/zeitung/sos15/index.shtml>. (Zugriff am 22. 6. 2005)

solche notwendigerweise klandestinen Angriffe nicht. Inzwischen sind virtuelle Sit-Ins selten geworden oder ins semikriminelle Milieu der Geheimdienste und Infowar-Strategen abgewandert.«⁴⁶ Die Protestkultur (siehe auch indymedia) ist erst am Anfang zur Erlangung von Diskurshegemonien. Eine weitere Stufe ist das Hacken von Internetseiten und Netzwerken, um z. B. die Seite mit kritischen Inhalten zu versehen. Dies geschah etwa mit der Seite des amerikanischen Verteidigungsministeriums oder der des mexikanischen Präsidenten im Zuge des Zapatisten-Aufstandes.⁴⁷ Der Internetaktivist beschreibt den Effekt des Hacktivismus folgendermaßen: »Hacktivismus ist wahrscheinlich kein Mittel, das Organisation unterstützt, und das Ergebnis von Hacktivismus ist wahrscheinlich kaum eine Zunahme derer, die unzufrieden sind. Viel eher scheint Hacktivismus ein Mittel zu sein, um Lärm zu machen und Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema zu erregen.«⁴⁸

Diese Aktionen berühren einen blinden Fleck, der bei Brecht ausgespart blieb: den direkten politischen Kampf. Brecht ging jedoch vom Standpunkt der historischen Notwendigkeit der Klassenauseinandersetzung aus, diese Sicherheit hat die heutige Bewegung abgelegt. Ihr geht es nicht um ein Produktivieren entfesselter Widersprüche, sie will diesen Prozess der Entfesselung eben gerade stören und unmöglich machen: »Der Computer und das Internet sind hybride Instrumente (Maschine und Medium zugleich) die in immer mehr Arbeitsverhältnissen zu zentralen Produktionsmitteln werden. [...] Der hybride Charakter der Technik trägt die Tendenz in sich, die ›lebendige Arbeit‹ unabhängiger vom Kapital (bzw. Kapitalverhältnis – T. S.) zu machen. Das gleiche Werkzeug, mit dem die Arbeitskraft ausgebeutet wird, kann auch für den Widerstand eingesetzt werden. Das ist die Kehrseite jener Tendenz zur ›Subjektivierung von Arbeit‹, deren Apologeten die Autonomie, Kreativität und Flexibilität der ›Wissensarbeiter‹ preisen. Insofern bedarf es eines Diskurses über die legitime Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnik, sprich, abweichende Nutzungsformen des Computers und des Internet sollen unterbunden werden. Das Potential des Computers zur autonomen Vernetzung wird auch in diesem Prozess bekämpft und das zentrale Produktionsmittel des Postfordismus soll wieder unter Kontrolle gebracht werden.«⁴⁹ Abgesehen von der Überschätzung der tatsächlichen Zahl weitgehend autonomer Wissensarbeiter im Postfordismus wird hier deutlich, dass sich radikallinke Bewegungen in der Analyse der Medien und ihrer Funktion vom marxistisch-leninistischen Ansatz Brechts unterscheiden. Während Brecht noch davon ausging, man müsse den Staat und mit ihm den Rundfunk umfunktionieren, wird hier auf die Errichtung von autonomer Gegenmacht zu Staat und Kapital gesetzt.

Möglicherweise würde Brecht diese Art Aktivismus als ungleichzeitig und folgenlos verdammen. Auch heute wird netactivism aus linker Perspektive als nicht angemessen kritisiert: »Grundsätzlich birgt Computervernetzung und -aktivismus das Problem der Anonymität, der Mittelbarkeit und des Fehlens direkter sozialer Zusammenhänge. Während eines NetStrikes sehen sich die AktivistInnen nicht, sie können nicht gesehen werden und von der Wirkung erfahren alle Beteiligten und weiteren RezipientInnen erst aus den Me-

46 Ebenda.

47 Stefan Kreml: Widerstand aus dem Cyberspace. Telepolis vom 30. 3. 1999. Unter: <http://www.heise.de/bin/tp/issue/download.cgi?artikelnr=2697> (Zugriff am 22. 6. 2005)

48 Stefan Wray: Hacktivismus. Direkte Aktion am PC. Unter www.direkte.aktion.at (Zugriff am 22. 6. 2005)

49 a.f.r.i.c.a.: Ziviler Ungehorsam, a. a. O.

dien. [...] Die Simulation von »Widerstand« als politische Methode in einer »Simulationsgesellschaft« ist ein interessanter Versuch, »traditionelle« linke Politik um eine explizite Medienpolitik zu erweitern. Der Versuch, die Metapher »Massenaktion« auf das Internet zu übertragen, ist interessant, aber technisch auf jeden Fall ausbaufähig (z. B. durch Stärkung der Interaktion der Beteiligten). Doch auch mit der Überwindung des netztypischen, individuellen Verkehrsverhaltens besteht die grundlegende Gefahr einer (weiteren) Technisierung politischer Betätigung und des Mangels an Rückbindung an die »realen« soziopolitischen Prozesse.«⁵⁰ Schwierigkeiten bei der medialen Verwertung abstrakter Erkenntnisse über gesellschaftliche Strukturen bereitet auch die letztendlich kaum überprüfbare Wahrheit von Informationen im Netz. Dieses Problem muss jedoch dialektisch betrachtet werden: einerseits bildet das Netz Wahrheiten ab, die in den bisherigen Medien nicht vorkamen, andererseits bringt die Zersplitterung Schwierigkeiten beim adäquaten, sinnstiftenden Verarbeiten von Information. Brechts Postulat, die Medien und ideologiebildenden Institute müssten ihrer Folgenlosigkeit entrissen werden, kann also nicht im Sinne eines politischen Netz-Aktivismus antikapitalistischer Kräfte reaktualisiert werden, es ist nötig, die reale Gesellschaftsordnung in den Blick zu nehmen.

Durchführbar in einer anderen Ordnung

Damit kommen wir zurück zum Blick auf die ökonomische Basis. Der hybride Charakter von Computern und Netzwerken wurde bereits mehrfach erwähnt, sie sind zugleich Produktionsmittel und Medium, zugleich Maschine und Plattform. Sie tragen zur kapitalistischen Dynamisierung bei und helfen bei deren Kritik und Reflexion. Kurz: die bürgerliche Gesellschaft wie die kapitalistische Ökonomie sind einem auf Computer basierenden Wandlungsprozess unterworfen. Die Produktivkraftentwicklung dieser spätkapitalistischen Gesellschaft hat Technologien hervorgebracht, deren Folgen für die Gesellschaft kaum planbar sind. Gleichzeitig verschärft sich auch die Spaltung zwischen den verschiedenen Entwicklungsstadien kapitalistischer Ökonomien weiter.⁵¹ Trotzdem wird in den Zentren kapitalistischer Entwicklung die Technologie Lebens- wie Produktionsverhältnisse nachhaltig umwälzen. Wissen wird verwertbarer, Prozesse werden beschleunigt und Menschen, notwendig an Orte gebunden, geraten gegenüber den Daten ins Hintertreffen. Diese Verhältnisse produzieren jedoch neue Widersprüche: Waren werden zunehmend körperlos und ohne jeglichen Aufwand reproduzierbar und Arbeit wird unabhängiger von Ort, Zeit und weniger kleinteilig. Die künstlich knappen, und deshalb zu kommodifizierenden Güter in den hochentwickelten Gesellschaften gehen direkt auf menschliche Grundbedürfnisse (Ernährung, Gesundheit, Mobilität, Bildung, Sicherheit, Kultur, Gemeinsamkeit) zurück, es geht um die »Kommerzialisierung menschlicher Aktivitäten«.⁵² Der Kapitalismus greift direkter in die Lebenssphäre der Menschen ein als jemals zuvor in seiner Geschichte. Der theoretische Streit unter Marxisten wird derzeit darüber geführt, ob, ähnlich des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus, der alten Gesellschaftsordnung die neue bereits innewohnt und aus ihr heraus »keimt«.⁵³ Anzeichen dafür sind

50 nadir-netzkritik: Digital Zapatismo, in: arranca 17, Hamburg 2005. Unter <http://arranca.nadir.org/archiv/15.htm> (Zugriff am 23. 6. 2005)

51 So prallten während des zapatistischen Aufstandes Welten aufeinander, als die EZLN das Internet für ihre Kampagnen benutzte, obwohl sie selbst mitten im Kampf stand in einem der ärmsten Gebiete des Landes. Vgl.: nadir-netzkritik: Digital Zapatismo, in: arranca 17, Hamburg 2005. Unter <http://arranca.nadir.org/archiv/15.htm> (Zugriff am 23. 6. 2005)

52 Alexander Menschnig: Pop-Kapital, in: Freitag Nr. 30/2002. Unter www.freitag.de./2002/30/02300101.php

53 Vgl. etwa die Debatte von Stefan Meretz, Christian Fuchs, Michael Heinrich und Ernst Lohoff u.a., in: Streifzüge. Nr. 1/2001; 2/2001 und 1/2002. Unter www.widerspruch.at/streifzuege. Sowie in der Zeitschrift *krisis*. www.krisis.org.

durchaus zu finden: Durch die Kommodifizierung der unmittelbaren Lebenstätigkeit wird das Augenmerk der Menschen direkt auf diese vitalen Lebensfunktionen, d. h. weg vom materiellen Produkt gelenkt. Dies lässt sich in Deutschland derzeit gut beobachten. Die Nachfrage nach materiellen Gütern erlahmt, während bei den o. g. Grundlebensbedingungen eine enorme Knappheit zu verzeichnen ist. Die Knappheit ist entstanden, weil das Kapital nach dem Ende des fordistischen Konsens mit der o. g. Beschleunigung im Akkumulationsprozess Nationalstaaten zur Senkung der Staatsquote zwingen konnte. Die Dynamik in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften führt also dazu, dass komplexe Prozesse ablaufen:

1. Die Arbeit eines wachsenden Teils der Bevölkerung subjektiviert und »verganzeitlicht« sich,⁵⁴ was ihren Ausbeutungscharakter aber noch verschärft.

2. Die vitale Freizeit der Menschen gerät zunehmend in Kommodifizierungszwänge.

3. Die nachgefragten Güter entmaterialisieren sich tendenziell.

Diese Entwicklungen der Entgrenzung und der Entknappung bedingen, dass sich das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis zunehmend in Kernbereichen wie Individualität, Persönlichkeit und Kommunikation niederschlägt und gleichzeitig Befreiungstendenzen, etwa die tendenzielle Abkehr vom Konsumfetisch und das Ausbrechen aus festgefühten Arbeitsabläufen und -kommandos festzustellen sind. In dieser Formation ist die Befreiung aus privatkapitalistischer Ausbeutung und aus der Warengesellschaft doch tendenziell angelegt. Von einem bewusstlosen Automatismus im Sinne des klassischen Marxismus oder gar einer Zwangsläufigkeit eines revolutionären Prozesses kann jedoch keine Rede sein. Die Überwindung der Warengesellschaft könne nur als »Kampf auf der Ebene der realen sozioökonomischen Reproduktion«⁵⁵ gedacht werden, so Lohoff. Dies bedeutet gegenüber Brecht die Abkehr von der Vorstellung, Umwälzungen würden vor allem mit der Eroberung staatlicher Macht vollzogen. Heute ist davon auszugehen, dass revolutionäre Neuerungen in der bewussten Änderung der Lebens- und Arbeitsweisen der Menschen stattfinden, also nicht ruckartig, sondern fließend.⁵⁶

Die uns hier zum Schluss interessierende Frage ist die nach der Kommunikation und des Internets in dieser Entwicklung. Das Netz wird, wie bereits beschrieben, weiter zur Beschleunigung des Kapitalumsatzes und zur Rationalisierung von Distribution, Unternehmenskommunikation und Marketing beitragen. Dem bloßen Widerstand dagegen dürfte wenig Erfolg beschieden sein. Wenn sich die auf Marx berufende Linke in diesem Prozess positionieren will, muss sie sich der Möglichkeiten und der Unmöglichkeiten des Netzmediums bewusst werden. Aus meiner Sicht ist es notwendig, einen aktiven Prozess der Dekommodifizierung des Internets und seiner technischen Basis sowie eine radikale Abwehr von Schließungs- und Zensurbestrebungen zu fördern. Die kommunikatorische many-to-many Vernetzung der Gesellschaft, die Aufhebung des Sender-Empfänger-Prinzips ist bereits ein sozialer und politischer Wert, der nicht leichtfertig aufgegeben werden darf. Sollen Produktion und Politik wieder näher aneinander rücken, dürfen die Netze nicht zensiert

54 Natürlich darf dabei nicht unerwähnt bleiben, dass die Handarbeit entweder in subproletarische Schichten oder in andere Länder »ausgelagert« wurde. Dies macht den Prozess aber eher noch sichtbarer, weil nicht nur eine soziale, sondern auch z. T. eine räumliche Trennung stattfand.

55 Ernst Lohoff: Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit, a. a. O.

56 Die Vorstellung, Sozialismus könne trotz Güterknappheit und Warenfetisch einer Gesellschaft aufgepfropft werden, dürfte wohl der wichtigste strukturelle Grund für das Scheitern seiner bisherigen Realexistenz sein.

werden. Eine globalere Aufgabe muss die Stärkung und Stabilisierung nichtkommodifizierter Lebens-, Arbeits-, Kommunikations- und Produktionsmodelle, bei denen die digitale Vernetzung und die dadurch zu erzielende Effektivierung eine Rolle spielt, sein. Mit freier Software, mit Foren, die Beratungsdienstleistungen entpreisen, mit Online-Tauschringen, mit Email und Weblogs, die klassische Medien auch materiell und inhaltlich überflüssig machen, ist abgesehen vom Raubkopieren eine Abkehr von der Warenform und von entfremdeter Arbeit vorgezeichnet und muss ausgebaut, weitergedacht werden. Denkbar sind Kunst- und Bildungsplattformen ohne Warencharakter, neue Entscheidungsstrukturen in großen Unternehmen usw. Natürlich gehört zur Umsetzung solcher Ideen eine moderne sozialstaatliche Reaktion, z. B. ein Grundeinkommen. Die An- und Einbindung der sozial schwächeren Schichten sollte aus sozialpolitischen, emanzipatorischen und aus kommunikationspolitischen Gründen ein Ziel der Linken sein. Sie dürfen nicht den Fehler machen, neue Modelle nur für eine kleine Medienelite schaffen zu wollen. Dann könnte eine aktiv in die Basis eingreifende Politik, anders als bloß trendiger Internet-Protest, möglicherweise die von Brecht geforderten Folgen zeitigen: »Geleitet von dem Verdacht, unsere Vorstellungen seien selbst längst zu Waren geworden (sie konnten keine Güter bleiben), wollen wir nunmehr diese Vorstellungen untersuchen, und zwar gerade auf diesen Warencharakter hin. Schon fast zu lang haben wir, sprechend von solchen Dingen wie neues Lebensgefühl, Nachkriegsauffassung, Weltbild einer neuen Generation, beinahe alles Neuere als Voraussetzung gelassen und so benutzt. Es wird Zeit, nunmehr diese Voraussetzungen zu konstituieren.«⁵⁷

57 Bertolt Brecht: Nutzen der Wahrheit, in: Bertolt Brecht: Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe (GBA), Berlin/Frankfurt 1988, Band 22, S. 580 f.

FRITZ KLEIN

Fallstudie von besonderem Reiz

Zur Wolfgang-Steinitz-Biographie

Als wir vor einigen Monaten die Biographie des Sprachwissenschaftlers und Volkskundlers Wolfgang Steinitz (1905-1967) von Annette Leo besprachen, schlossen wir mit dem Hinweis auf neue Publikationen, die zu erwarten seien, mit weiterführenden, detaillierteren Aufschlüssen über Leben und Werk des bedeutenden Gelehrten.¹

Ein solches Buch liegt nun vor. Die von den Herausgebern vorgestellten Texte beruhen zumeist auf Beiträgen zu den zahlreichen Kolloquien, die im Laufe des Jahres 2005 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Steinitz unter Beteiligung von Sprachwissenschaftlern, Volkskundlern, Soziologen, Historikern, Wissenschaftshistorikern und Freunden der Volksmusik veranstaltet wurden. An der Spitze stehen drei ausführliche Aufsätze, deren Autoren sich nuanciert, fakten- und gedankenreich um die Zeichnung eines Gesamtbildes des Lebens von Wolfgang Steinitz bemühen. Warmherzig beschreibt sein Neffe Jan Peters Steinitz' Weg als politischer Wissenschaftler, gegründet auf jahrzehntelange familiäre Nähe, mit prägenden Stationen im gemeinsam erlebten schwedischen Exil wie auch Zusammenarbeit an der Akademie der Wissenschaften in Berlin.²

Den Problemen des sozialistischen Intellektuellen im Widerstreit mit der grundsätzlich bejahten, immer deutlicher aber in Frage gestellten Macht widmet Helmut Steiner seine Betrachtung. Die für dieses Thema zentralen Dokumente – die mutigen Reden des ZK-Mitglieds Steinitz auf Plenartagungen des Zentralkomitees 1955 und 1956 sowie sein Brief an das Politbüro vom Juni 1958 – stehen im Anhang.

Anregend ist die eindringliche Studie von Ewald Lang zur biographischen Kohärenz in der Wechselwirkung von Philologie und (R)Emigration. Knapp charakterisiert Lang die frühe Grundlegung von Steinitz' wissenschaftlicher und politischer Vita: jugendbewegter Enthusiasmus für Volkskultur, unbedingte Hingabe an wissenschaftliche Forschung als Lebensaufgabe, dauerhaft innige Hinwendung zu den »kleinen Leuten und den kleinen Völkern«. Konsequenz folgen das Studium der Finnougristik und der Eintritt in die KPD. Beides bleibt lebenslang zentral, gewinnt aber Gestalt und weite Entfaltung in den politisch bestimmten dramatischen Wechselfällen – von der Entlassung des Juden Steinitz 1933 über die Emigration in die Sowjetunion, wo er in Sprache und Kultur des kleinen Volkes der Ostjaken das bevorzugte Objekt von Forschungen findet, die er in Schweden zu ersten großen Veröffentlichungen fördern kann, bis zur Remigration in den sozialistisch orientierten Teil Deutschlands, wo

Fritz Klein – Jg. 1924, Prof. Dr., Historiker, Arbeitsgebiete: Vorkriegs-imperialismus, Erster Weltkrieg, Krieg-Frieden-Frage im 20. Jahrhundert; Publikationen u. a.: Deutschland im Ersten Weltkrieg (3 Bände 1968-1970, Reprint im Leipziger Universitätsverlag 2003); Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, S. Fischer Verlag 2000.

Klaus Steinitz, Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): Wolfgang Steinitz. Ich hatte unwahrscheinliches Glück. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, Karl Dietz Verlag Berlin 2006, 383 S. (19,80 €)

1 Siehe: Das Blättchen, Heft 15/2005.

2 Vgl. auch: Jan Peters: Wolfgang Steinitz – ein Seiltänzer?, in: UTOPIE kreativ, Heft 180 (Oktober 2005).

der Unermüdliche alte Forschungen fortsetzt, neue Arbeitsfelder aber erschließt, um Wissenschaft und Wissenschaftspolitik aus der Hinterlassenschaft des Faschismus herausführen zu helfen. Detailliert verfolgt Lang die Konstanz von Motiv und Methode in Steinitz' Forschungen über alle Wechselfälle hinweg.

Steinitz' Arbeit an seinem Hauptthema, der Ostjakologie, wird in drei Beiträgen vorgestellt. Schildert die jüngere Münchener Finnougristin Anna Widmer ausführlich die Bedeutung der Arbeiten des Berliner Forschers für ihre eigenen Forschungen, zunehmend fasziniert von der überragenden Qualität und der Gediegenheit seiner Arbeit, unter Hinweis auch auf wissenschaftliche Kontroversen, die in der Finnougristik z. B. über Steinitz' Auffassungen vom finnisch-ugrischen Vokalismus geführt werden, so legen persönliche Erinnerungen von Mitarbeiterinnen der von Steinitz geleiteten Arbeitsgruppe Ostjakisches Wörterbuch an der Humboldt-Universität (Liselotte Hartung und Brigitte Schulze) Zeugnis ab von der stetigen Förderung ihrer wissenschaftlichen Entwicklung. Sie bestand auch darin, daß er ihnen 1965 zusammen mit zwei anderen jüngeren Mitarbeitern die Teilnahme an einem internationalen Kongreß im westlichen Ausland ermöglichte – eine im Wissenschaftssystem der DDR unübliche Vergünstigung. Auf diesem Kongreß demonstrierte Steinitz auch dadurch sein unabhängiges Denken, daß er den Vortrag eines ihm befreundeten sowjetischen Kollegen verlas, dem seine Behörden die Ausreise verweigert hatten.

Drei der neuen Arbeitsfelder in SBZ und DDR gelten die Beiträge früherer Schüler, Mitarbeiter und Kollegen: der Umstrukturierung der Slawistik, der Neuorientierung der Volkskunde, dem Wirken an der Akademie. Anschaulich schildert Friedhilde Krause aus eigenem Erleben als Slawistik-Studentin bei Steinitz dessen Wirken beim Neubeginn der Slawistik an der Berliner Universität – eines Faches, das durch die Einführung des Russisch-Unterrichts als Pflichtfach im Schulunterricht ganz neue Dimensionen erhielt. Sie erinnert an sein Lehrbuch der russischen Sprache (wozu der Band auch eine spezielle Studie von Ewald Lang enthält, die die aus dem Anspruch, ein Volkslehrbuch zu schaffen, stammende Eigenart der Transkription ohne diakritische Zeichen zum Gegenstand hat, die als populäre Transkription neben der wissenschaftlichen Transliteration bis heute im deutschsprachigen Raum erhalten geblieben ist). Steinitz legte Grundlagen für den Russisch-Unterricht durch Monographien über die russische Konjugation und die russische Lautlehre, förderte in vielfältigen Formen die Ausbildung künftiger Russisch-Lehrer. Charakteristisch für Steinitz war die tätige Sorge für die materielle Lage seiner Studenten, indem er Honorare aus einer Schriftenreihe im Verlag Volk und Wissen zu finanziellen Beihilfen an besonders Bedürftige verwandte.

Die außerordentlichen Verdienste um eine Neuorientierung der in der NS-Zeit durch ihre Nähe zur Blut-und-Boden-Mystik in Verruf geratenen Volkskunde, die er auf die Grundlage einer modern aufgefaßten Ethnologie stellte, schildern Hermann Strobach und Wolfgang Jacobeit, Mitarbeiter in dem von Steinitz an der Akademie der Wissenschaften gegründeten Institut für deutsche Volkskunde, in Beiträgen, in denen auch die innerwissenschaftlichen und wissen-

schaftspolitischen Kontroversen aufscheinen, die diese Arbeit begleiteten.

Die nicht einfache Position Steinitz' in der ambivalenten Volkskunst-Szene der DDR ist Gegenstand der differenziert argumentierenden Studie der Ethnologin Ute Mohrmann.

Anrührend beschreibt Jürgen B. Wolff, Graphiker und Musiker aus Leipzig, die befreiende Wirkung, die von Steinitz' Sammlung der Deutschen Volkslieder demokratischen Charakters auf ihn, einen »Folkmusiker mit Haut und langen Haaren«, ausging. In ihrer Ost und West gleichermaßen überzeugenden, objektiven, humanistischen Sicht auf den Gegenstand sei sie ein bravouröser Spagat gewesen zwischen plakativer DDR-Geschichtsklitterung und dem »Dornröschenschlaf gut situiertes Schöngelbes in bundesdeutschen Volkskullehrstühlen«.

Von der ungebrochenen Wirkung dieser Sammlung zeugt der Bericht von Katrin Steinitz über das 2005 zum fünfzehnten Mal in Rudolstadt veranstaltete Volksmusik-Festival mit 65 000 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands, dessen Höhepunkt ein »Steinitzsingen« war.

Gestützt auf gründliches Studium der einschlägigen Archivalien beschreibt Peter Nöszoldt, Verfasser einer Dissertation über Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, unter dem Gesichtspunkt von Tradition und Erneuerung dessen Wirken als Wissenschaftspolitiker und -organisator an der Akademie, dem Hauptfeld seiner Tätigkeit seit seiner Wahl zum Mitglied der Akademie 1951, deren Vizepräsident er von 1954 bis 1963 war. Überzeugend arbeitet Nöszoldt das »schier unglaubliche Arbeitspensum« heraus, das Steinitz an der Akademie neben seinen umfassenden wissenschaftlichen Aktivitäten für die Neuorientierung der Volkskunde und als Abteilungsleiter für deutsche Gegenwartssprache im Institut für deutsche Sprache und Literatur bewältigte. Er spannt den Bogen vom parteiverbundenen Genossen Wissenschaftler, der durchaus willens ist, sich in der Akademie für einen größeren Einfluß fortschrittlicher Wissenschaft einzusetzen, über die von den zunächst ganz überwiegend bürgerlichen Akademikern als hervorragender Wissenschaftler geschätzte integrale Persönlichkeit hin zum akzeptierten Vertreter von Akademie-Interessen gegenüber ZK und Zentralverwaltung und zu den wachsenden Konflikten mit der zunehmend rigideren ideologischen Ausrichtung der Wissenschaftspolitik seiner Partei bis schließlich zur weitgehenden politischen Resignation in seinen letzten Lebensjahren.

Kampf um weitestmögliche Bewahrung bewährter Akademie-Traditionen, für gesamtdeutsche Wissenschaftsbeziehungen und für ein offenes, verständnisvolles Verhältnis zu bürgerlichen Wissenschaftlern sind die Hauptfelder dieser aufreibenden Auseinandersetzungen. Letzteren Punkt unterstreicht Günter Wirth durch Hinweise auf Steinitz' Bemühungen, Vorlesungen des Schweizer Theologen und religiösen Sozialisten Fritz Lieb über russische Geistesgeschichte nicht nur an der Theologischen, sondern auch an der Philosophischen und Pädagogischen Fakultät halten zu lassen und sein Eintreten für den verdienten, in Westberlin lebenden jüdischen Goethe-Forscher Ernst Grumach in dessen scharfem Konflikt mit der Akademie 1959.

In prägnant beschriebenen Episoden aus Erfahrungen mit Steinitz bringt der Linguist Manfred Bierwisch, der Steinitz aus der Arbeit im Institut für deutsche Sprache und Literatur kannte, herausragende Züge in dessen Umgang mit Wissenschaft und Wissenschaftlern pointiert auf den Punkt: die Orientierung der Forschung nicht auf generelle Zusammenhänge, sondern auf konkrete Gegebenheiten; die neugierige Offenheit, neue, auch ihm zunächst eher fremde Wege zu gehen und nachdrücklich zu fördern, wenn sich neue Perspektiven zu eröffnen schienen (was manchmal der Fall war und sehr nützlich wurde, manchmal aber auch nicht); die absolute Vertrauenswürdigkeit, die den dem politischen System der DDR distanziert gegenüberstehenden Bierwisch nicht zögern ließ, Steinitz' Rat einzuholen, als er durch Annäherungsversuche des MfS in Bedrängnis geriet; Flexibilität und Sinn für praktische Lösungen statt Prinzipienreiterei. »Unorthodoxe Prinzipienfestigkeit« ist die schöne Formel, die Bierwisch für Steinitz' Verhalten findet.

Bewegend schließlich ein außerordentliches Stück Geschichtsschreibung: die in jahrelanger Arbeit von Wolfgangs Tochter Renate erforschte Geschichte der jüdischen Familie Steinitz. Beginnend mit der Lebensgeschichte eines Urahnen, des Lehrers Salomon Steinitz (1751-1830), hat sie einen Stammbaum von insgesamt 632 Personen erfaßt. Anschaulich wird in vielen Lebensgeschichten erzählt vom allmählichen Aufstieg einer immer mehr auf Bildung und Wissenschaft orientierten Familie in den Jahrzehnten allmählich zurücktretender, nie aber völlig überwundener Diskriminierung zu ansehnlicher Stellung im bürgerlichen Leben der Weimarer Zeit. Die meisten fühlen sich als Deutsche, bejahen die Assimilierung, sind aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten. Es sollte sich zeigen, schreibt Renate Steinitz, daß man aus der Gemeinde, nicht aber aus dem Jude-Sein austreten kann. Erschütternd die Schilderung, wie die große Familie Steinitz 1938 aus Deutschland verschwand: ins Exil nach Ägypten, Bolivien, England, Italien, Kanada, Neuseeland, Schweden, in die Schweiz, die Sowjetunion, die Türkei und – in ihren größten Teilen – nach Palästina/Israel und in die USA. Über 20 Verwandte endeten im KZ.

Herausgeber und Autoren ist zu danken für ein Buch der Verehrung und Bewunderung, das gleichwohl nicht idealisiert, sondern auch von Schwächen und Grenzen spricht. Es zeigt die kaum vorstellbare Bandbreite von Steinitz' fachlichen und wissenschaftspolitischen Aktivitäten. Mit Recht meinen die Herausgeber im Vorwort, daß sich das bewegte Leben des deutschen Bildungsbürgers und jüdischen Kommunisten wie eine Fallstudie von besonderem Reiz zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert ausnimmt.

KLAUS STEINITZ

In der Stagnationsfalle

Perspektiven kapitalistischer Entwicklung

Der Workshop wurde gemeinsam von »Helle Panke«, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redaktion Sozialismus und WISSENTransfer vorbereitet und durchgeführt. Er fand am 10. Dezember 2005 in Berlin im Rahmen der Veranstaltungsreihe – Gesellschaftspolitische Foren – statt.

Der Workshop stieß auf starkes Interesse, das sich in der Teilnahme von über 70 Personen und in der lebhaften, teilweise recht kontroversen Diskussion äußerte. Drei Komplexe wurden behandelt:

- In der Stagnationsfalle – Kapitalismus in der langen Frist und die Aktualität von Keynes, mit einem Einführungsvortrag von Karl Georg Zinn und Beiträgen von Harry Nick und Klaus Steinitz
- Ungleichheit, Unsicherheit, Risiken – Die Kosten entfesselter Finanzmärkte, mit einem Einführungsvortrag von Jörg Huffschmid
- Wege aus der Stagnation – Alternativen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mit einem Einführungsvortrag von Joachim Bischoff.

Es erwies sich als vorteilhaft, dass die einleitenden Vorträge problemorientiert und zeitlich konzentriert vorgetragen wurden, so dass mehr als die Hälfte der Zeit für die Diskussion zur Verfügung stand.

Vorträge und Diskussion gaben den Teilnehmern Anregungen für ihre Arbeit und vor allem Stoff für weitere Diskussionen und auch für weitere Veranstaltungen zur Vertiefung der diskutierten Themen, speziell der mit der Bedürfnisentwicklung und Sättigungstendenzen verbundenen Fragen.

Die aufgeworfenen Probleme sind wichtig für den weiteren inhaltlichen Klärungsprozess innerhalb der Linken, insbesondere zur Frage, auf welche wirtschaftlichen Bedingungen und Probleme sie sich langfristig einstellen müssen, welche Art Alternativen zur neoliberalen Politik benötigt werden, und inwieweit das Studium von Keynes dabei helfen kann. In der Diskussion wurde auch deutlich, dass sich noch heute die unterschiedlichen Theorietraditionen der ost- und der westdeutschen Linken bemerkbar machen und nicht selten dazu führen, dass Missverständnisse bei der Verwendung bestimmter Begriffe entstehen und aneinander vorbei geredet wird.

Im Vordergrund des Vortrages von Karl Georg Zinn zum *ersten Komplex* stand die Frage, inwieweit die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus in den Industrieländern seit etwa den 1970er Jahren durch Stagnationstendenzen gekennzeichnet wird, die

Klaus Steinitz – Jg. 1930,
Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Vorsitzender von
Helle Panke e.V.

auch und noch verstärkt für die Zukunft bestimmend sein werden, wie diese Tendenzen in den Arbeiten von Keynes begründet werden und welche grundlegenden Konsequenzen Keynes für wirtschaftspolitische Antworten aus der langfristigen Tendenz der Sättigung von Bedürfnissen und der Stagnation zog.

Stagnation in diesem Zusammenhang wurde von Zinn als eine lang anhaltende, d. h. über mehrere Konjunkturzyklen hinweg feststellbare Absenkung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter das gesamtwirtschaftliche Wachstum der Arbeitsproduktivität verstanden. Es handelt sich somit um ein Trendgeschehen. Die Beschäftigungsschwelle vom Wachstum wird im Trend nicht mehr erreicht, so dass es zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt. Hinsichtlich den Wirkungen von Krise und Stagnation hob Zinn einen entscheidenden Unterschied z. B. zur Weltwirtschaftskrise 1929/33 hervor: Infolge der Globalisierungspolitik wurden die Folgen der Krise für die Kapitalverwertung nicht nur entschärft, sondern es wurden sogar günstigere Bedingungen für die Gewinnerzielung geschaffen, als sie vor Eintritt in die Stagnationsphase bestanden. Diese Feststellung wurde in der Diskussion von Stefan Krüger relativiert, indem er darauf hinwies, dass empirische Analysen zur Entwicklung der Profitrate in der letzten Zeit keine signifikante Steigerung feststellen lassen. Charakteristisch sei eine zunehmende Differenzierung der Renditen zwischen den großen, weltmarktorientierten Kapitalgesellschaften mit hohen und steil ansteigenden Renditen und der Masse der kleinen und mittleren Unternehmen. Zinn betonte, dass wesentliche Folgen der dauerhaften Wachstumsabschwächung in einem verschärften Wettbewerb mit einer Verschiebung vom Wachstums- zum Verdrängungswettbewerb sowie in erheblich verstärkter Umverteilung von unten nach oben bestehen.

Einen zentralen Platz nahm bei Zinn die Begründung der langfristigen Stagnation durch Keynes im Zusammenhang mit Sättigungsprozessen ein. Er hob dabei hervor, dass das keynessche Theoriegebäude nicht im Widerspruch zur marxischen Überakkumulationstheorie steht, sondern die Krisen hervorrufenden Prozesse anders gewichtet, indem die Nachfrageseite in wohlhabenden kapitalistischen Gesellschaften als eigenständige Einflussgröße der Krisenentstehung gesehen wird. Es bedeutet für die Massennachfrage einen entscheidenden Unterschied, ob die Entwicklung von einem Armutsniveau der Gesellschaft ausgeht oder bereits ein hohes Wohlstandsniveau erreicht wurde, an dem ein erheblicher Teil der Gesellschaft teil hat. Die Eigenständigkeit der Nachfrage im Krisenprozess steht nicht im Widerspruch zu Marx' Sichtweise, dass Nachfrageprobleme erst infolge von überakkumulationstheoretisch erklärbaren Störungen des Produktionsprozesses auftreten, d.h. Zirkulation und Distribution von der Produktion her bestimmt seien.

Relative Sättigung von Bedürfnissen betrachtet Zinn als auslösendes Moment der Stagnation und zugleich als ihre langfristig wirksame Determinante. Er hebt dabei hervor, dass relative Sättigung als Erklärungsgrund für Massenarbeitslosigkeit in dem Maße in den Hintergrund tritt, wie sich infolge der sättigungsbedingten (primären) Wachstumsabschwächung Entlassungen, Verluste an Massenkaukraft und dadurch bedingte weitere Nachfragereduktion (und

Abnahme der nachfrageinduzierten Investitionen) zu einer Abwärts-spirale kombinieren. Zinn hob drei wirtschaftspolitische Maßnahmenbündel hervor, die Keynes für notwendig ansah, um Vollbeschäftigung auch unter Bedingungen der Stagnation zu erreichen. Sie zielen im Kern auf andere Verteilungsstrukturen:

1. Ausweitung des »sinnvollen« Konsums und Absenkung der volkswirtschaftlichen Sparquote durch Einkommens- bzw. Kaufkraftnivellierung im Privatsektor.

2. Umstellung der Ausgabenstruktur zugunsten der öffentlichen Leistungen. Dies erfordert eine höhere Staats- bzw. Steuerquote – etwa im Sinn des Wagnerschen Gesetzes.

3. Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen, also Umverteilung von Arbeit.

Keynes' Politikempfehlungen wurden jedoch nur vereinzelt, in wenigen Ländern – beispielsweise in Schweden – und auch dort nur teilweise umgesetzt.

In seinem Beitrag legte Harry Nick seine Auffassung zur Bedürfnisentwicklung dar und polemisierte gegen die von Zinn begründeten Vorstellungen der Bedürfnissättigung und der darauf beruhenden langfristigen Tendenz der wirtschaftlichen Stagnation im gegenwärtigen Kapitalismus. Nick ging davon aus, dass die These von der fortschreitenden Sättigung menschlicher Bedürfnisse das Schlüsselargument für die Ablehnung des Wirtschaftswachstums sei und legte die Hauptgründe dafür dar, dass von einer solchen fortschreitenden Sättigung menschlicher Bedürfnisse keine Rede sein könne.

Erstens werden selbst elementare Bedürfnisse der Mehrheit der Weltbevölkerung, zu geringerem Teil auch in den reichen Ländern, unzureichend befriedigt. Es haben in Deutschland nicht fast alle von fast allem genug. Und »fast alle« sind eben nicht »alle«, wie es eine gerechte Gesellschaft verlangt.

Zweitens müssen die notwendigen Trendwenden vornehmlich durch Befriedigung neuer Bedürfnisse mit neuen Arbeitsfeldern bewältigt werden, durch Umstellung der Ressourcenlagen, durch neue Dimensionen in der Nutzung geistiger Ressourcen und durch fortschreitende Umstellung der Stoff- und Energiequellen auf nachwachsende und solare Quellen.

Drittens erweitert technischer Fortschritt die Bedürfnishorizonte; latente Bedürfnisse, die im Reich der Phantasie schlummern, werden durch ihn in den Bereich des real Möglichen gerückt.

In der Diskussion setzte sich Norbert Reuter mit den Thesen von Nick zur Frage der Bedürfnissättigung und Bedürfnisentwicklung sowie mit seiner Interpretation der Auffassungen von Keynes und Zinn auseinander. Ein grundsätzliches Missverständnis liegt vor, wenn der keynesschen Theorie eine »Wende zum Weniger« unterstellt wird. Demgegenüber lässt sich die keynessche Lehre als eine »Theorie des Genug« charakterisieren: Aufgrund einer nachlassenden Konsumdynamik, die hinter den Produktionsmöglichkeiten zurück bleibt, ergibt sich ein Outputüberschuss. Sättigung bedeutet nicht – zumindest nicht notwendigerweise – eine Obergrenze im Output, sondern eine größer werdende Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Keynes geht nicht von einer absoluten, sondern immer nur von einer relativen Sättigung aus, die einen Anstieg

der Produktion, ein Wachstum, keineswegs ausschließt. Entscheidend ist die zunehmende Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Der Outputüberschuss kann für eine Übergangsphase durch Anreize zum vermehrten privaten Konsum, zu vermehrter privater Investitionstätigkeit und durch vermehrte öffentliche Nachfrage absorbiert werden. Langfristig sah Keynes aber die Notwendigkeit einer drastischen Arbeitszeitverkürzung auf die 15-Stunden-Woche. Bei Keynes gibt es keinerlei Tendenzen, das Wirtschaftswachstum durch politische Eingriffe zu bremsen. Seine These war, dass das Wirtschaftswachstum im Zuge der kapitalistischen Entwicklung sukzessive und über Generationen hinweg ausläuft. Die Diskussion müsse insbesondere dazu fortgeführt werden, ob und inwieweit, im Gegensatz zu den Annahmen von Keynes, eine Wirtschaftspolitik im Kapitalismus oder im Sozialismus denkbar sei, die dauerhaft, ad infinitum, Wachstum ermöglicht.

In einem weiteren Beitrag zum ersten Komplex beschäftigte sich Klaus Steinitz mit dem Spannungsverhältnis von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung. Er hob die Notwendigkeit hervor, bei der Diskussion der langfristigen Stagnationstendenzen stärker die mit den Naturressourcen und den Umweltbedingungen verbundenen Angebotsfaktoren zu beachten. Mit der Länge der betrachteten Zeiträume wird der Einfluss der hiermit verbundenen Faktoren, insbesondere der Energie und anderen Rohstoffe sowie der umweltschädlichen Emissionen auf das Wachstum spürbar zunehmen. Der Einfluss der Lohnstückkosten und Energiestückkosten wird sich weiter in Richtung eines höheren Gewichts der letzteren verschieben. Bei der Bewertung der Wachstumsperspektiven muss beachtet werden, dass die Konflikte zwischen Wachstum und Umwelt im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts eine neue Qualität und Dimension erreicht haben.

Im Zusammenhang mit den von Zinn begründeten langfristigen Tendenzen der Sättigung und der wirtschaftlichen Stagnation gewinnen Probleme eines langfristigen Übergangs zu einem neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung an Bedeutung, der in den Industrieländern im Wesentlichen ohne weiteres materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der Lebensqualität, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglicht. Das Grundproblem in den Beziehungen zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ist nicht das Wachstumstempo, sondern der Inhalt, die Qualität und Struktur des Wachstums und des gesamten Reproduktionsprozesses. Vorrangig geht es um Innovationen, Effizienzsteigerung, Strukturveränderungen und konsequentere Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen.

In seinem Vortrag zum *zweiten Komplex* beschäftigte sich Jörg Huffs Schmid mit den Problemen und verheerenden Wirkungen entfesselter Finanzmärkte. Er charakterisierte insbesondere die auf sie zurückgehenden Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen: (1) ihre destabilisierenden und krisenverschärfenden Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung vor allem von Ländern der Dritten Welt, (2) die negativen Folgen der mit der Dominanz des Shareholder-Value verbundenen Orientierung auf kurzfristig zu erzielende maximale Gewinne und Aktienkurse ohne Rücksicht auf die langfristigen

Perspektiven der Unternehmen und der Belegschaften sowie (3) die Nutzung ihrer ökonomischen Macht, um die Politik ihren Interessen unterzuordnen und entsprechende Regelungen durchzusetzen. Heute wird die frühere gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft zunehmend von der einseitigen Durchsetzung der Interessen der Konzerne und Finanzinvestoren gegenüber Staat und Gesellschaft abgelöst nach der Devise, entweder ihr unterstützt uns, so wie wir das für nötig halten – Steuerbegünstigung, Deregulierung des Arbeitsmarkts, Senkung der Lohnnebenkosten – oder wir gehen weg und ihr geht unter.

Huffschmid wies nach, dass Staat und Gesellschaft nicht hilflos der Macht und Willkür der liberalisierten internationalen Finanzmärkte ausgeliefert sind. Tobin Steuer, Kapitalverkehrskontrollen, die im EU Vertrag ausdrücklich zugelassen sind, die Erhebung einer Steuer bei Unternehmensverlagerungen ins Ausland («Verlagerungssteuer») u.a. Maßnahmen zeigen bisher nicht genutzte Möglichkeiten der Nationalstaaten und der EU, den verheerenden Wirkungen der Finanzmärkte etwas entgegenzusetzen.

In der lebhaften Diskussion ging es u. a. um die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik, um die Frage nach der Herausbildung einer internationalen Durchschnittsprofitrate, um die ökonomische Charakterisierung des zeitweise sprunghaften Anstiegs der Aktienkurse und um die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse als Voraussetzung, um Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte durchsetzen zu können. Huffschmid hob als übergreifende Aufgabe hervor, dass es gelte, durch eine den Binnenmarkt und die Schaffung von Arbeitsplätzen stärkende Verteilungs- und Arbeitszeitpolitik die Blockierung des Wirtschaftswachstums aufzubrechen. Nach seiner Meinung gebe es keinen internationalen Ausgleich der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate. Der beträchtliche Anstieg der Aktienkurse, ihre Abkopplung von den zugrunde liegenden realen Vermögenswerten, sei Ausdruck dafür, dass diese einer stark inflationären Entwicklung unterliegen.

Zum *dritten Komplex* des Workshops hielt Joachim Bischoff den einleitenden Vortrag. Bei der Erörterung von Wegen aus der Stagnation sollten die von Keynes begründeten drei Maßnahmenkomplexe, die im Vortrag von Zinn genannt wurden, im Vordergrund stehen. Sie müssten noch durch einen vierten ergänzt werden, die Regulierung der Finanzmärkte und der Vermögenswerte.

Bischoff beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Problematik einer relativen Erfolglosigkeit von Alternativen, obgleich es eine lange Tradition der Ausarbeitung alternativer wirtschaftspolitischer Vorschläge gibt. So beging die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jedes Jahr ein alternatives wirtschaftspolitisches Memorandum vorlegt, vor kurzem ihr 30-jähriges Jubiläum. Um aus dieser Situation herauszukommen, ist das Aufbrechen der neoliberalen Hegemonie entscheidend.

Bei den gegenwärtigen Problemen des Kapitalismus und speziell der wirtschaftlichen Stagnation geht es nicht um Alterserscheinungen. Die Menschen leiden nach seiner Meinung nicht an einem Altersrheumatismus, sondern darunter, dass sie mit der Schnelligkeit der Veränderungen nicht fertig werden. Das ist auch darauf zurück-

zuführen, dass der Blick auf die tektonischen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt haben, noch nicht klar genug ist. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus führt das hohe Produktivitätsniveau, die Ökonomie des Reichtums und des relativen Überflusses nicht zu einem allgemeinen Wohlstand und hohen Niveau der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, sondern zu einer zunehmenden Kluft zwischen den gewaltigen Produktivitäts- und Produktionspotenzialen und ihrer Nutzung im Interesse der Menschen.

In der Diskussion standen insbesondere folgende Fragen im Vordergrund: der steile Anstieg der Vermögen und der Vermögenseinkommen trotz geringen Wirtschaftswachstums, die außerordentlich hohe Vermögenskonzentration, die zunehmende Polarisierung zwischen Reichen und Armen sowie der Abbau der Rechte der abhängig Beschäftigten bei der Mitbestimmung über Fragen, die über ihre zukünftige Arbeit und ihr Leben entscheiden. Daraus wurde abgeleitet, dass Forderungen nach einer anderen Verteilung und Umverteilung, nach Wirtschaftsdemokratie sowie nach einer dem Markt radikalismus entgegengesetzten gesellschaftlichen Regulierung im Vordergrund der Auseinandersetzungen mit der gegenwärtigen neoliberalen Politik stehen müssen. Bischoff hob hervor, dass es darauf ankommt, die soziale Sicherheit eng mit den Forderungen nach einer neuen Qualität und Dimension ökonomischer Regulierung zu verknüpfen. Wenn es nicht gelingt, Grundrichtungen der ökonomischen Entwicklung, der Verteilung und Verwendung des Produzierten zu regulieren, besteht die reale Gefahr der Zerstörung der Gesellschaft.

Der Workshop machte deutlich, dass es einen starken Diskussionsbedarf zu den Fragen gibt, die im Zentrum der Vorträge standen. Es zeigte sich auch, dass es immer wieder notwendig ist, die verwendeten Begriffe eindeutig zu bestimmen, um soweit wie möglich Missverständnisse und unnötige Polemik zu vermeiden. Das betrifft besonders solche Begriffe, die in sich widersprüchlich sind oder auch unterschiedlich verwendet werden, wie Bedürfnis und Bedarf, Sättigung, Überfluss, Stagnation. Es trifft auch auf den Wachstumsbegriff zu.

Bei der Fortführung der Diskussionen um diese Fragen müssen die Probleme der Umwelt und der ökologischen Nachhaltigkeit, die globalen Dimensionen der wirtschaftlichen Entwicklung, die Nord-Süd Problematik sowie vor allem auch die Probleme, die die Akteure für notwendige Veränderungen betreffen, stärker berücksichtigt werden.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Montag für Montag erklärt unten links auf der Seite 1 des *Tagesspiegels* in der Rubrik »Vier Fragen an Josef Joffe – Was macht die Welt?« Josef Joffe die Welt. Das ist sehr praktisch. Wir wissen dann nämlich häufig auch gleich, wie die *Zeit*, deren Herausgeber Josef Joffe ist, die Welt sieht und müssen uns nicht mit dem dickleibigen und lesesperrigen Organ voller Ballaststoffe abschleppen. Und Geld sparen wir außerdem. Letztens nun wurde Josef Joffe gefragt, wer für das deutsche Image im Ausland wichtiger sei – Angela Merkel oder Franz Beckenbauer. Er entschied sich, es war zu erwarten, für Angela Merkel und meint unter anderem, die Nationalmannschaft benötige »dasselbe Rezept wie die Deutschland AG: längere Arbeitszeiten, Umstrukturierung, mehr Leistungswillen ...« Wahrlich, ein Joffe am Montag ersetzt *Die Zeit* am Sonntag.

Auch auf die Vogelgrippe scheint kein Verlaß zu sein. Hatte es zunächst so ausgesehen, als entwickele sie sich schnell und flächendeckend, ist es momentan – obwohl dazu wahrscheinlich noch längst nicht alle Messen gesungen sein werden – etwas ruhiger um sie geworden. Nein, nicht daß ich uns allen diese Grippe an den Hals gewünscht hätte – soweit geht die Liebe denn doch nicht! –; aber ich hatte mir ausgemalt, daß der H5N1-Virus vielleicht die Fußballweltmeisterschaft stoppen könnte. Und was muß ich heute lesen?

»Die Welternährungsorganisation FAO erwartet in den kommenden Wochen eine Entspannung der Vogelgrippen-Lage in Europa. »Bei Temperaturen um 20 Grad Celsius beträgt die Überlebensdauer von H5N1 höchstens einen, bei Kälte bis zu 30 Tage«, sagte der für die Tierseuche zuständige FAO-Direktor Samuel Jutzi.« Kurzum: Es scheint, wir müssen jetzt anfangen, darüber nachzudenken, ob wir unser Au-

genmerk in Sachen Vorsorge ab jetzt weniger auf die Vogelgrippe als auf die Weltmeisterschaft richten sollten. Gegen Fußballfans helfen natürlich weder Seuchenmatten noch Atemschutzmasken. Auch gegen die DFB-Fußballfunktionäre scheint kein Kraut gewachsen zu sein; das wurde mir erst richtig klar, als sich neulich im Fernsehen doch tatsächlich einer von denen hinstellte und befand, die Fußballweltmeisterschaft sei eines der wichtigsten Ereignisse der letzten 50 Jahre in Deutschland.

Natürlich gibt es einen gravierenden Unterschied zwischen Vogelgrippe und Weltmeisterschaft: An Fußball stirbt man nicht. Das ist ja nicht ganz unwichtig. Doch der Allmächtige (so blasphemisch wie jene Fußballer, die meinen, sich bei einem von ihnen geschossenen Tor immer öffentlich bekreuzigen zu müssen, kann ich allemal sein ...!), der Allmächtige also wird es vielleicht richten: Deutschland scheidet aus. Dabei hätte ich eigentlich gar nichts dagegen, wenn die deutsche Nationalmannschaft gewönne (ich bitte, auf den gepflegten Konjunktiv zu achten!), wenn sie doch vorab nur nicht so ein großes Maul hätten ...

Es gibt Sportarten, da gehören Großmäuligkeiten sozusagen zum offiziellen Programm. Zum Beispiel im Boxen, dort beginnen die Wettkämpfe immer mit Theaterdonner und tarzanischem Andiebrustgetrommel. Und jeder weiß, daß das alles einstudiert und vor allem vom Boxmarketing inszeniert ist. Es ist – mehr oder weniger – ein etwas unbedarfter Spaß. Doch richtig komisch wird es immer erst dann, wenn aus dem Spaß Ernst wird, wenn uns die Unbedarftheit als gesellschaftliche Elite verkauft werden soll, die sich auf roten Teppichen fläzt, in Talkshows sitzt und nicht nur den Boulevard- sondern auch den sogenannten Qualitätszeitungen ganzseitige Interviews gibt. Zu ihrer und zur Lage der Nation. Der Boxer Witali Klitschko will jetzt Oberbürgermeister von Kiew werden. Und das Komische daran ist, daß das kaum einer komisch findet. Ich jedenfalls fand dazu nichts in den Zeitungen. Dafür aber die Nachricht, daß der Boxer Mitte Februar in Umfragen bei 19 Prozent lag. Aber das müssen die Ukrainer selber wissen. Zu verlieren haben sie ohnehin kaum etwas,

In Deutschland war im Berichtszeitraum natürlich nicht nur von Fußball die Rede, sondern auch von der Föderalismusreform. Ich muß allerdings zugeben, daß mich die Artikel, Reden und Statements zu diesem Thema vorwiegend hilflos sehen. Ich vermochte bislang nicht ein mich überzeugendes Argument für das hartnäckige Festhalten an der Kleinstaaterei zum Beispiel im Bildungsbereich auszumachen. Die dafür zuständige Bundesministerin Schavan darf als veritable Fehlbesetzung gelten, sie agiert blaß und zögerlich; und da offensichtlich beispielsweise auch in der ARD immer mehr Große Koalition stattfindet, kommt die Ministerin dort relativ ungeschoren davon; geradezu ein Paradebeispiel dafür war neulich der TV-»Bericht aus Berlin« mit Thomas Roth (dessen Habitus immer russisch-großfürstlicher wird ...). Für ein derartiges Nichtinsistieren, wie von ihm gepflegt, würde jedem Praktikanten die Rote Karte gezeigt. Wer's nicht glauben will, klicke www.ard.de an und überzeuge sich.

Ach, ja, ich habe eine Gratulation nachzutragen: Mit stattlicher PDS-Hilfe ist in Dresden das kommunale Wohneigentum verscherbelt worden, die deutschlandweiten Reaktionen: durchgehend negativ. Ich gratuliere den Dresdner PDSlern, die sich nicht haben von Sozialgequatsche beirren lassen. Lieber schlecht als gar nicht vorkommen.

David Harvey: Der neue Imperialismus, VSA-Verlag Hamburg 2005, 236 S. (22,80 €)

»Der neue Imperialismus« nennt der VSA-Verlag Hamburg eine von ihm 2005 im Nachdruck veröffentlichte Vorlesungsreihe, die sogenannten Clarendon-Vorträge, die Professor David Harvey unmittelbar im Vorfeld des Beginns des jüngsten Irakkrieges 2003 an der Universität Oxford, genauer an der School of Geography and the Environment, gehalten hat.

Der gebürtige Brite Harvey, der als junger Mann noch die letzten Zuckungen des British Empire erlebte, erzählt in einer für die deutsche Linke unvorstellbar freien, unverkrampften und unzensurierten Sprache von imperialer internationaler Politik, deren Protagonist für ihn die Vereinigten Staaten sind. Der Fall des britischen Imperiums, der Aufstieg des Hegemons USA und sein stetig unverhohleres Streben nach imperialer Macht, also erlebter Niedergang und Werden von Imperien, schließlich die Endlichkeit von Machtkonstellationen, scheinen Harvey die Möglichkeit zu schenken, wenig verbissen und dennoch präzise in der Analyse dessen vorzugehen, was er als den »neuen« Imperialismus bezeichnet.

David Harvey, Professor für Anthropologie am Graduate Center der City University of New York, hat sich mit den Clarendon-Vorträgen das Ziel gestellt, den Zustand des globalen Kapitalismus zu betrachten und dabei zu prüfen, welche Rolle dabei einem möglicherweise »neuen« Imperialismus zukommt. Seinen theoretischen Zugang bezeichnet er als historisch-geographischen Materialismus. Leicht lässt sich darin die Perspektive des Marxisten erkennen, der die internationalen Beziehungen unter geostrategischen Gesichtspunkten analysiert und dabei auch auf in Verruf geratene Kategorien und Begrifflichkeiten nicht verzichten möchte. Wohl eher keine postmoderne Analysemethode. Vielleicht gerade deshalb jedoch erklärungs mächtig.

Natürlich leugnen die technologisch entwickelten postmodernen Demokratien, dass ihre Außenpolitik imperiale Züge trägt. Natürlich trägt das Wort Imperialismus einen bitteren Beigeschmack, zumindest für die bürgerliche Gesellschaft. Den eigenen Wohlstand auch aus der Unterdrückung anderer Länder zu erklären,

bedeutete für eine Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder ähnliches postulierende Gemeinschaft, nach Alternativen suchen zu müssen und sich und den eigenen Wohlstand zu hinterfragen. Um diese Fragen nicht stellen zu müssen und die Instrumente derjenigen, die diese Fragen weiterhin stellen, unnutzbar zu machen, werden wissenschaftliche Kategorien und Begrifflichkeiten einfach für »ideologisch« – ein wirklich schlimmes Schimpfwort – erklärt oder als veraltet, als »von gestern« – und somit unbrauchbar – dargestellt.

Harvey kümmert dies nicht. Und es braucht ihn auch nicht zu kümmern. Denn er führt etliche Zitate an, in denen Apologeten und Protagonisten des »neuen« Imperialismus ihre Politik mit genau den Begriffen erklären, die aus dem Munde oder der Feder ihrer Kritiker angeblich nur denunziatorisch gebraucht werden. Hier wird gesprochen von »aufgeklärter Verwaltung aus dem Ausland«, dort vom »Übergang von der inoffiziellen zur offiziellen Imperialmacht«. Hier wird der Ausbau des »Empire lite« hin zu einer wirklichen »Pax Americana« gefordert (S. 11-12).

Solche Überlegungen sind nicht neu. Was fehlte, war der Anlass, sie in die Tat umsetzen zu können und – man möchte aus der Perspektive der Neokonservativen in der Bush-Administration hinzufügen: endlich – den US-amerikanischen Herrschafts- und Führungsanspruch auf der Welt verbreiten. Auch militärisch. Den idealen Anlaß bot der terroristische Angriff am 11. September 2001. Der dann proklamierte »Krieg gegen den Terror« war die eigentliche Herrschafterklärung. Die Erhebung des Imperiums. Wer herrschen will, muß über die notwendigen Ressourcen verfügen. Geostrategisch gesprochen: »Wer immer den Mittleren Osten kontrolliert, kontrolliert den globalen Ölhahn, und wer immer den globalen Ölhahn kontrolliert, kann zumindest in naher Zukunft die Weltwirtschaft kontrollieren« (S. 26). Der 11. September und die Reaktion der Bush-Administration kennzeichnen den entscheidenden Politikwechsel vom Einsatz vornehmlich von »soft powers« (IWF, Weltbank, auch die UNO) hin zu »hard powers«: offenen und unilateralen militärischen Aktionen. Die USA im geopolitischen Vorwärtsdrang (S. 30), um ihre Vormachtstellung zu verteidigen. Denn: »Wie könnten die USA [...] Konkurrenz besser abwehren und ihre

eigene hegemoniale Position sichern, als indem sie den Preis, die Bedingungen und die Verteilung der wirtschaftlichen Schlüsselressource kontrollieren, auf die diese Konkurrenten angewiesen sind?» (S. 32).

Durch imperialistische Politik, die sich bei Harvey zusammensetzt aus zwei Logiken der Macht: der territorialen, politischen und der kapitalistischen Logik der Macht. Beide Logiken befinden sich in einer dialektischen Beziehung, die laut Harvey die Grundlage für eine Analyse des kapitalistischen Imperialismus bildet (S. 37). Im Grunde genommen bedürfen beide Logiken einander und behindern sich gleichzeitig: die expansive, nicht raumgebundene Logik akkumulierten Kapitals, das nach weltweiter Verwertung ruft, und die raumgebundene Logik politischer Macht, die dem Kapital den notwendigen Rahmen zur Verfügung stellen muss und gleichzeitig darauf angewiesen ist, den Wohlstand an das eigene Territorium zu koppeln.

Das Buch ist in fünf Kapitel untergliedert. Kapitel 1 (Es geht nur ums Öl) liefert den geostrategischen Zugang. Kapitel 2 (Wie Amerikas Macht wuchs) stellt die historische Entwicklung der Hegemonie der Vereinigten Staaten unter Rückgriff auf die territoriale Logik der Macht dar. Kapitel 3 (Die Unterjochung des Kapitals) untersucht die Funktionsweisen der kapitalistischen Logik der Macht, ist mithin eine Analyse des modernen Kapitalismus. Kapitel 4 (Akkumulation durch Enteignung) knüpft an die Analyse des dritten Kapitels an und beleuchtet die Akkumulationsprozesse sowohl aus historischer Sicht (Luxemburg, Marx) als auch in der Gegenwart. Kapitel 5 (Vom Konsens zum Zwang) schließlich skizziert den Wechsel der US-amerikanischen Außenpolitik unter den Vorzeichen des Neokonservatismus, des an konservative Werte gebundenen aggressiven Neoliberalismus.

Das Ergebnis einer solchen Politik, das sich u. a. im Irak manifestiert, wurde vom Londoner *Economist* als der »Traum jedes Kapitalisten« bezeichnet. Der Fundamentalismus des freien Marktes kennzeichnet die Politik des »neuen« Imperialismus.

Harvey benennt dies in Deutlichkeit und erklärt es unter Zuhilfenahme tiefgreifender Analyse. Ein komplexes Thema, ein brillanter Analytiker, ein in sich komplexes Buch: Harvey sollte man gelesen haben.

MARTIN SCHIRDEWAN

Wolfgang Stegemann:
Fürstenberg/Havel – Ravensbrück.
Beiträge zur Kulturgeschichte
einer Region zwischen Branden-
burg und Mecklenburg, Bd. 1:
Von den Anfängen bis zum Beginn
des 20. Jh., Hentrich & Hentrich
Tetz 2000, 404 S.
Ders./Wolfgang Jacobeit (Hrsg.):
Fürstenberg/Havel – Beiträge zur
Alltags- und Sozialgeschichte
einer Region zwischen Branden-
burg und Mecklenburg, Bd. 2:
Im Wechsel der Machtsysteme
des 20. Jh., Hentrich & Hentrich
Tetz 2004, 566 S. (23 €).

Eine Kleinstadt mit einer fast 1000seitigen Dokumentation ihrer Geschichte vom Jungpaläolithikum bis zum Anfang dieses Jahrtausends mit dem »Versuch einer Zukunftsvision« – wo gibt es das? In Fürstenberg/Havel samt Ortsteil Ravensbrück (und auch diese Integration ist eine historische Qualifikation)!

»Für den Nachweis menschlicher Besiedlung unserer Gegend setzt uns das Ende der letzten Eiszeit die am weitesten zurückliegende zeitliche Grenze«, beginnt Wolfgang Stegemann seinen Band 1 der großen Fürstenberger Historie. Sorgfältig zählt er »eine beidseitig retuschierte asymmetrische Rückenspitze« aus Feuerstein, ein einseitig retuschiertes Gerät dieser Art und eine »Stielspitze« aus dem genannten Material auf, die als Fundstücke belegen, »dass das Tal der Steinavel bereits vor ca. 10 000 Jahren von steinzeitlichen Rentierjägern durchstreift wurde«. Die Entdecker von Funden werden genannt, und auch das macht dieses opus magnum von der Eiszeit bis zur Zukunft zu einer kooperativen Leistung, wenn die Herausgeber auch die Hauptlast tragen und Stegemann diese für den ersten Band allein. Hier haben sich die Professionalität des Historikers und die Professionalität eines Ehrenamtlers (und Enthusiasten) glücklich getroffen: Mit der Begeisterung und Nachhaltigkeit des für die Geschichte seiner Region Engagierten in die Zunft der Historiker!

Beide Herausgeber weisen auf die Grenzen ihrer Arbeitsfähigkeit hin: Sie konnten nicht einzelnen Archivalien nachgehen; sie haben mit umso mehr Menschen gesprochen und viele für die Mitarbeit gewonnen.

Stegemann beschreibt die slawische und deutsche Besiedlung ebenso wie die Fürstenberger Grafschaft im Mittelalter. Dazu treten Darstellungen von lokaler Agrar-, Handwerks- und Industriegeschichte. Prägende Persönlichkeiten werden gewürdigt, darunter der Rektor Wille Schulz (1881-1952), der für viele Lebende noch ein Zeitgenosse war. In diesem Band werden die Namen der jüdischen Fürstenberger aufbewahrt und z. B. auch die der »allhier wohnenden Ausländer zu Ravensbrück« (1774). Namenslisten in anderen Sachzusammenhängen folgen. Die Flurnamen werden festgehalten und insgesamt materielle und ideelle Geschichte, die zusammen die Würde und Bürde einer Stadt ausmachen.

Im zweiten Band kulminiert die Zusammenarbeit der beiden Herausgeber. Am Schluß zählen sie dankbar auf einer ganzen Seite die Mitwirkenden auf, ohne die eine solche Arbeit nicht zu denken wäre. Aus den Schätzen des »Fürstenberger Anzeigers«, mündlicher und schriftlicher Erinnerungen entfaltet sich die Stadt vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik (mit einer deutschen Familie aus Usbekistan – auf S. 529 ein berührendes Gedicht aus der Familie), mit starken Beiträgen zu 1933/45 und einer selten so konsequent verfolgten Partizipation am Schicksal Ravensbrücks, an den Wegen seiner Täter und Opfer nach 1933 und nach 1945, seiner Weiternutzung durch die Rote Armee. Feinarbeit wurde vollbracht, um die Erinnerungen an Begegnungen mit den sowjetischen Soldaten (präsent in sechsfacher Überzahl zur Bevölkerung) zu bewahren, schlimme, normale, alltägliche, bewegend. Der kleine Aufsatz »Ein Fürstenberger Kommunist erzählt«: nichts Weltbewegendes, vieles sehr bekannt, aber er hat in der Stadt gelebt und ist in ihr gegenwärtig, findet seinen Platz, muss ihn ja finden in einer historischen Darstellung, die – wie hier – diesen Namen verdient.

Stegemann erzählt seine anderen Erfahrungen mit der DDR nebst ihren Sicherheitsorganen – und vermag als Herausgeber auch diesen Beitrag auszuhalten.

Spannend die jeweiligen Berichte zu den Zeiten des Machtvakuum nach den einzelnen Sys-

temabbrüchen und das Ringen um die Ravensbrücker Gedenkstätte, um ihren Platz in der Bevölkerung, in der Stadt und einer transparenten Geschichte.

Persönlich hat mich die Spurensicherung auf dem Weg des Olof-Palme-Friedensmarsches von Ravensbrück nach Sachsenhausen (1987) berührt: Die Teilnahme daran bedeutete für unseren damals dreizehnjährigen Sohn eine politische Initialzündung, und in diesem Band werden über einen solchen subjektiven Eindruck hinaus die historischen und politischen Bedingungen eines außerordentlichen Vorgangs objektiviert und für die Nachwelt fixiert. Diese »Heimatkunde« steht in weitgreifenden historischen Zusammenhängen und besteht sie. Ein Glücksfall!

JENS LANGER

Riccardo Bavaj:
Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik,
J. H. W. Dietz Nachf. Bonn 2005,
535 S. (38 €)

Vor über 40 Jahren veröffentlichte Kurt Sontheimer seine »Studie über antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik«. Der kürzlich verstorbene Politologe setzte sich seinerzeit hauptsächlich mit den politischen Ideen der nationalistischen Rechten auseinander, die seines Erachtens maßgeblich zum unrühmlichen Ende der ersten deutschen Republik beigetragen hatten. An diesem Werk knüpft nun Riccardo Bavaj mit seiner Dissertationsschrift an. Er gibt zu bedenken, dass auch die radikale Linke einen Anteil am Untergang der ersten deutschen Demokratie gehabt habe. Deren Ideenwelt möchte er nun in seiner Gesamtdarstellung ergründen. Denn bis heute sei »eine übergreifende, um historiographische Objektivität bemühte Darstellung des linksextremen Denkens während der Weimarer Republik ein zentrales Desiderat der Geschichtswissenschaft« (S. 16).

In knapp dreißig Kurzkapiteln stellt Bavaj die unterschiedlichsten Organisationen und Vordenker der Weimarer Linken vor und versucht,

so die Forschungslücke zu schließen. Hierbei beschränkt er sich nicht nur auf die parteipolitische Ebene, sondern legt ebenso einen Schwerpunkt auf das Wirken und Denken linker Intellektueller. Dementsprechend betrachtet er nicht nur KPD, USPD oder Leninbund, sondern auch die Berliner Dada-Gruppe, die Münchener Bohème oder Franz Pfemferts Zeitschrift »Die Aktion«. Die politische Spanne der Untersuchten reicht von den Bremer Linksradikalen bis zu oppositionellen Sozialdemokraten oder – um es an Personen festzumachen – vom Linkskommunisten Karl Korsch bis zum parteilosen Intellektuellen Carl von Ossietzky.

Was diese einzelnen Gruppen und Personen laut Bavaj einte, war ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Weimarer System. Anders als für Sontheimer liegt für ihn das Problem der mangelnden Anerkennung der Republik weniger im »antidemokratischen« als im stark ausgeprägten »antiparlamentarischen« Denken der Rechten und Linken. So gesteht er zwar ein, dass gerade die Linke durchaus über unterschiedliche demokratische Gesellschaftsentwürfe verfügt habe, diese aber nicht mit der parlamentarischen Demokratie vereinbar gewesen seien.

Die antiparlamentarische Haltung sei bei den meisten vorgestellten Organisationen und Intellektuellen schon von Anbeginn der Republik vorhanden gewesen. Bei einigen hätte sie sich erst im Laufe der Zeit entwickelt: »Nicht wenige Anhänger der sozialistischen Strömung überschritten 1926/27, bislang von der Forschung kaum wahrgenommen, jene Schwelle, die eine punktuelle Kritik am parlamentarischen ›System‹ Weimars von prinzipiellem Antiparlamentarismus schied« (S. 489). Dies gelte insbesondere für Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky.

In akribischer Kleinarbeit untersucht Bavaj auf knapp 500 Seiten die Publikationen und Reden der verschiedenen Linken. Anhand unzähliger Zitate zeigt er deren ablehnende Haltung gegenüber der Republik auf und kommt zu dem Schluß: »Letztlich [...] sollte kaum einer vom linken antiparlamentarischen Denken zur Weimarer Zeit so profitieren wie sein schärfster Gegner: Adolf Hitler. Es scheint äußerst zweifelhaft, ja unwahrscheinlich, dass Hitler auch ohne die nicht intendierte Schützenhilfe der extremen Linken an die Macht gelangt wäre« (S. 497).

An diesem Fazit wird die Problematik des gesamten Buches deutlich. Bavaj ignoriert konsequent die Wechselwirkung zwischen Ideen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Ohne Frage enthält seine These einen wahren Kern. Tatsächlich besteht ein Zusammenhang zwischen dem Ende von Weimar und der radikalen Linken. Ohne deren Erstarken infolge der Wirtschaftskrise und ohne die Angst der Eliten vor einem Bürgerkrieg wäre Hitler wahrscheinlich nie Kanzler geworden. Auch die Tatsache, dass die Linke sich vor allem untereinander bekämpft hat – allen voran die KPD mit ihren Angriffen gegen die »Sozialfaschisten« der SPD –, trug zur Stärkung der Nationalsozialisten bei. Aber all diese Fakten ignoriert Bavaj.

Statt dessen geht er von einem abstrakten linken Antiparlamentarismus aus, der die Republik in den Untergang getrieben hätte. Zweifellos konnten sich die antiparlamentarischen Ideen der Linken in der Weimarer Gesellschaft verankern. Aber der Frage, warum dies der Fall war, geht Bavaj nicht nach. Symptomatisch hierfür ist, dass er dem Maß des gesellschaftlichen Einflusses der verschiedenen Linken kaum Beachtung schenkt. So widmet er beispielsweise der syndikalistischen Freien Arbeiter-Union (FAU) ein ganzes Kapitel, obwohl er selbst anmerkt, dass sie innerhalb der »politischen Kultur der ersten deutschen Demokratie [...] nicht viel mehr als eine sektiererische ›Meinungsinselform« bildete« (S. 181). Gleichzeitig sucht man in Bavajs Werk vergeblich nach Bertolt Brecht als einem der prominentesten linken Parlamentarismuskritiker. Hinzu kommt, dass Bavaj die Weimarer Demokratie als positives Gegenbild zu den Vorstellungen der Linken darstellt, ohne jedoch die Vor- und Nachteile der parlamentarischen Demokratie darzustellen.

Die Grundlage für Bavajs Überlegungen ist die Totalitarismustheorie. Hierbei tut er so, als sei diese These historisches Allgemeingut und als hätte nicht in den vergangenen Jahrzehnten eine heftige Kontroverse hierüber stattgefunden. Eine Auseinandersetzung mit den wichtigsten Totalitarismustheoretikern fehlt völlig. Den Totalitarismusbegriff dennoch als Analyserahmen zu verwenden, ist wissenschaftlich nicht haltbar.

Auch wenn er auf einen reichen Fundus von Quellen und Sekundärliteratur zurückgreift, läßt Bavaj mehr als einmal Forschungskontroversen unbeachtet. So geht er beispielsweise in

dem Kapitel über die KPD unzureichend auf die »Stalinisierungs«-Debatte ein. Um die Entwicklung der Positionen der Kommunisten angemessen darzustellen, wäre dies allerdings notwendig gewesen. Es ist ein Unterschied, ob man davon ausgeht, dass die KPD von ihren Ursprüngen her »totalitär« gewesen sei (Klaus-Michael Mallmann) oder ob sie erst einen Prozess der Stalinisierung durchlaufen musste (Hermann Weber).

Abschließend ist anzumerken, dass etwas kürzere Sätze und weniger Fremdwörter der Lesbarkeit des Buches sicher gut getan hätten. Dasselbe gilt für die Häufung wörtlicher Zitate. Aber auch das hätte nicht verhindern können, dass Riccardo Bavaj von seinem Ziel, zu klären, wie »Hitler an die Macht gelangen konnte, warum die Weimarer Republik nicht zu überleben vermochte« (S. 16) leider weit entfernt geblieben ist.

MARCEL BOIS

Stuart Hall: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, hrsgg. von Juha Koivisto und Andreas Merkens, Argument Verlag, Hamburg 2004, 236 S. (16,90 €)

Den Herausgebern zufolge steht Stuart Hall als einer der wichtigsten Begründer von »Cultural Studies« für »eine produktive Unruhe im Denken, die sich immer wieder neuen theoretischen und politischen Fragen stellt, die Grenzen überschreitet und dabei am Anspruch festhält, das unlösbare Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis aufrechtzuerhalten«.

Diese kaum versteckte Laudatio direkt zu Beginn wirkt auf die Leserinnen und Leser wie ein Versprechen, das die nachfolgenden Texte des Bandes durchgehend einlösen können. Es finden sich in dieser vierten Ausgabe der »ausgewählten Schriften« Aufsätze aus den späten neunziger Jahren ebenso wie Texte, die schon über zwanzig Jahre alt sind. Interessanterweise sind es aber insbesondere die Texte älteren Datums, welche für theorieinteressierte Leserinnen und Leser mit dem größten Gewinn zu lesen sind.

In dem Aufsatz »Ideologie und Ökonomie. Marxismus ohne Gewähr« (der mittlerweile zu einem Klassiker der Ideologietheorie schlechthin geworden ist, so dass ein Stuart Hall zu Ehren herausgegebener Sammelband im Titel auf diesen Text anspielt) diskutiert der Autor auf einer postmarxistischen Grundlage Probleme und Herausforderungen einer materialistischen Ideologietheorie. Der Autor opponiert hier klar gegen ökonomistische und reduktionistische Theoriemodelle auf der einen und gegen eine völlige Entsorgung des Ideologie-Begriffs durch einige poststrukturalistische Strömungen auf der anderen Seite. Insbesondere für die problematischen Marxschen Vorstellungen der »Falschheit« und »Verzerrtheit« von Bewusstseinsformen wird um eine Neukonzeption gerungen, wobei Hall an Entwürfe des italienischen KP-Gründers Antonio Gramsci und des französischen Strukturalisten Louis Althusser anknüpft.

Letzterem wiederum gilt ein Großteil des nachfolgenden Aufsatzes. Hall versucht sich am schwierigen Spagat, fruchtbare Aspekte aus den Schriften des marxistischen Strukturalismus aufzugreifen, ohne allerdings die deterministischen Züge (vor allem aus »Das Kapital lesen«) einfließen zu lassen. Trotz aller notwendigen Kritik betrachtet Hall Althusser als theoretische »Schlüsselfigur« für das Verständnis von Totalität und Strukturzusammenhang; unter anderem dessen Einsichten in die Zusammenhänge von Einheit und Differenz, aber auch die Vorstellung von Ideologie als einer sozialen Praxis werden hier diskutiert. Die Relevanz von ideologischen Kämpfen veranschaulicht Hall durch die (autobiographisch untermauerte) Auseinandersetzung um die diversen Konnotationen für das Wort »schwarz«.

Stuart Halls Bemühungen, die Marxschen Kategorien einerseits einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, sie aber andererseits zu Gunsten der Erforschungen kultureller Fragestellungen nutzbar zu machen, wird an dem ebenfalls stärker bekannt gewordenen »Kodieren/Dekodieren«-Modell deutlich. Der erstmals 1977 erschienene Aufsatz bedient sich explizit des Ansatzes, den Karl Marx in seinen »Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie« entwickelt hatte, um ein kritisches Modell zur Wirkung von televisuellen Nachrichten als einem »sinntragenden Diskurs« zu entwerfen. Bis heute von Aktualität dürfte auch Halls

These sein, dass mit jeder Nachricht bzw. deren Verwertung bevorzugte »Lesearten« transportiert werden, wodurch die politische Dimension deutlich wird. An den Text schließt sich ein 17 Jahre später protokolliertes Interview an, in dem Hall über sein Modell Auskunft gibt. Hierbei äußert er sich selbst z. T. kritisch über seine damalige Formulierung und problematisiert zentrale Annahmen derselben.

Ein historisches Repertoire von Repräsentationspraktiken zu untersuchen, ist Halls Bestreben in »Das Spektakel des ›Anderen‹«. Die Praxis der Repräsentation ist ihm zufolge immer machtverstrickt, da hierbei versucht wird, bestimmte Bedeutungen gegenüber anderen zu bevorzugen. Essenziell hierfür sei das Verständnis von »Differenz«. Hall bezieht sich (ausdrücklich selektiv) auf mehrere unterschiedliche Ansätze, um seine Argumentation zu stützen: Die sprachtheoretischen Annahmen von Saussure und Bakhtin spielen ebenso eine Rolle wie die anthropologische Theorie von Lévi-Strauss und die Psychoanalyse nach Freud und Lacan. Als eine besonders mächtige und – wie das Beispiel der Begegnungen des »Westens« mit Schwarzafrikanern deutlich macht – für die Betroffenen verhängnisvolle Repräsentationsvariante wird die Praxis der Stereotypisierung diskutiert. Diese naturalisiert und fixiert Differenzen und ermöglicht die Ausübung von Ausschluss gegen die »anders« klassifizierten.

Der Band wird abgeschlossen durch einen Beitrag Halls zur Frage des Multikulturalismus. Das Problem wird historisch am Beispiel Großbritanniens ausbuchstabiert, wobei sich Hall kritisch gegen konkurrierende Positionierungen zum Thema sowohl von kommunitaristischer wie auch von liberaler Seite äußert. Nicht zuletzt die kulturelle Neutralität und Integrationskraft des liberalen Verfassungsstaates werden von ihm in Frage gestellt.

Die Reflexionen von Stuart Hall haben wenig von ihrer Inspiration und Aktualität verloren, im Gegenteil können – und sollten sie – gerade heute Anstoß sein für eine emanzipatorische Theoriebildung, die sich mit den Herausforderungen von Globalisierung, neoliberaler Durchdringung der Gesellschaft und Politik und dem Wiedererstarken nationalistischer Strömungen konfrontiert sieht.

ALBAN WERNER

Dieter Sauer: Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, VSA-Verlag Hamburg 2005, 208 S. (16,80 €)

Enormer Stress und psychische Belastungen bestimmen den Arbeitsalltag in den Betrieben. In den 80er Jahren noch sollte Gruppenarbeit durch einen »Klassenkompromiss« umgesetzt werden: Rationalisierungsmaßnahmen sollten aus Sicht der Arbeiter durch eine weitgehende Autonomie innerhalb der Arbeitsgruppen ergänzt werden. Die Realität sieht inzwischen anders aus. Gruppen bestehen meist aus »olympiareifen Teams«. Alte, kranke oder behinderte Beschäftigte werden meist ausgegrenzt. Der vom Unternehmen erzeugte Druck innerhalb der Gruppe aktiviert die Ellenbogengesellschaft im Betrieb. Zunehmende Entsolidarisierung, Anwesenheits- und Leistungsdruck sowie Leistungskontrolle innerhalb der Gruppen zählen zu den Folgen.

Die Arbeitswelt verändert sich, der Leistungsdruck der Arbeitenden nimmt zu. Dieter Sauer, Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München, analysiert neue Entwicklungen. Sein klar formuliertes Ziel als Wissenschaftler: sich einmischen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse herbeiführen.

Der Soziologe sieht eine Krise der Arbeitsforschung als »Verlust der Diagnosefähigkeit«. Noch vor über 30 Jahren war es durchaus üblich, Prognosen zu einzelnen Entwicklungslinien von Arbeit zu formulieren. Dies sei heute kaum noch feststellbar, aus Sauer's Sicht hat die Erwerbsarbeit jedoch weiter eine zentrale Bedeutung und die Arbeitsforschung eine Schlüsselrolle bei der Analyse und Erklärung von Gesellschaft. Denn der Druck auf die Beschäftigten nimmt zu. Die Bedrohungen spielen sich zwischen zwei Polen ab: dem drohenden Arbeitsplatzverlust und der Gefährdung von Gesundheit und Leben der Beschäftigten durch die Arbeitsbedingungen.

Der Vorteil dieses Bandes: Sauer analysiert die Situation in den Betrieben anhand der Vermarktlichung der Arbeitsbeziehungen mit den bekannten Folgen: Arbeitsbedingungen, die psychisch krank machen. Beschäftigte, die sich ständig überfordert fühlen. Darüber hinaus werde auch der Druck durch angedrohten oder vollzogenen Personalabbau verschärft. Sauer macht, ausgehend von seiner Beschreibung, Al-

ternativen sichtbar. Er legt kein fertiges Konzept vor, sondern benennt mögliche Ansätze.

Gegenwehr kann es nur geben, wenn die scheinbar objektiven Kennzahlen, die der Belegschaft etwa durch Renditeerwartungen vorgegeben werden, infrage gestellt werden. Sauer fordert gegen die Tendenzen einer radikalen Marktökonomie eine »eigensinnige« Arbeitspolitik. Denn »mit dem Markt kann man nicht verhandeln«. Die Qualität der Arbeit müsse wieder verstärkt zum Thema werden. In der sich zuspitzenden Lage gibt die Losung »Widerstand statt Anpassung« die Richtung eines »notwendigen Abwehrkampfes« an, so Sauer. Nur so können die Chancen wachsen, »die gegenwärtige Ohnmacht zu durchbrechen und Arbeitspolitik wieder stärker in die Offensive zu bringen«.

Eine Arbeitspolitik, die auf eine Anpassung an Marktwänge setzt, hat von vornherein verloren. Es helfe nur Gegenwehr von Betriebsräten und Gewerkschaften. Innovative Arbeitspolitik und eine neue Qualität der Arbeit brauchen gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die geeignet sind, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Sauer hat mit »Arbeit im Übergang« eine wissenschaftliche Ausarbeitung vorgelegt, die auch in der betrieblichen Arbeit Bedeutung haben sollte.

MARCUS SCHWARZBACH

Hermann Scheer: Energieautonomie, Verlag Kunstmann München, 315 S. (19,90 €)

Die Entstehung der Großindustrie, damit die zentrale Versorgung vieler Menschen mit lebenswichtigen Konsumgütern, war ohne Elektrizität nicht möglich. Die Dampfkraft, die zu Marx' Zeiten die Muskelkraft und Wasserkraft beim Antrieb der Maschinen in den sich bildenden Fabriken ersetzte und mit deren Kraft Eisenbahnen Waren und Rohstoffe transportierten, war erst – was Marx noch nicht wissen konnte – die Vorstufe zur tatsächlichen Großproduktion, die erst mit Elektrizität möglich wurde. Großproduktion war für Lenin die Voraussetzung, um die russische Kleinproduktion zu überwinden, entstehe doch mit der Kleinpro-

duktion die privatisierte Schollenmentalität der Menschen, die den Sozialismus verhindere. So entstand sein Slogan, Kommunismus sei »Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes«. Nur die Elektrifizierung Russlands führe zur Großproduktion, ohne die Kommunismus nicht möglich sei. Jedes Kraftwerk sollte für Lenin zu einer »Stätte der Aufklärung« werden, durch die der vereinzelt Bauer ein gattungsmäßiges Bewusstsein erlangen sollte.

Hermann Scheer steht sicher in der Tradition dieser Aufklärer, ohne jedoch Leninist zu sein. Sein Buch ist ein gekonnter Angriff gegen die Energiekonzerne, für die Elektrizität Machtinstrument geworden ist. Wir haben in Europa »sieben Stromerzeuger, die 60 Prozent der Produktion, 70 Prozent des gesamten europäischen Netzes und 95 Prozent des Stromausgleichs in Europa kontrollieren.« Die Großproduktion und die Elektrifizierung Europas sind heute Realität. Anders als zu Zeiten von Marx oder Lenin ist ein gesellschaftlicher Fortschritt nicht per se mit Elektrifizierung verbunden, sondern, so Scheer, nur die ausschließliche Nutzung der erneuerbaren Energien kann ein vernünftiges Verhältnis von Mensch und Natur schaffen. Nur erneuerbare Energien verhindern die Abhängigkeit der Menschen von den Stromkonzernen, für die eine zentrale Stromproduktion aus Atom-Kohle-Öl oder Gas und dessen zentrale Verteilung im Mittelpunkt steht. »Die Weltkonzerne der Mineralölwirtschaft fördern große Teile ihres Erdöls auf der Basis entsprechender Förderlizenzen selbst, sie unterhalten die Pipelines und Raffinerien, organisieren die Verteilung und monopolisieren die Tankstellen.« Die zentrale Produktion und Verteilung von Strom ist zu einem doppelten Rückschritt geworden. Einmal wird die Natur, deren Teil der Mensch ja immer ist, durch die fossile Energienutzung zerstört, »die ja nicht nur eine globale Klimaveränderung hervorrufen, sondern auch lokale und regionale Luft-, Wasser-, Boden- und Waldschäden.« Zum anderen führt der Zentralismus der Energiekonzerne zu einer Abhängigkeit vieler Millionen von Menschen, von Staaten und ganzen Kontinenten.

Dagegen setzt Hermann Scheer die »Energieautonomie«. Er setzt auf lokale und regionale Energiekonzepte, die sich ausschließlich in einem breiten Mix, angepasst an die geografische Situation, aller erneuerbaren Energiequellen

bedienen. »Die autonome Energiebereitstellung, die nur mit erneuerbaren Energien für alle möglich ist, ist kein Notbehelf, sondern die generelle Perspektive.« Überzeugend zeigt der Autor, dass diese Autonomie nicht nur eine wichtige Grundlage tatsächlicher Demokratie ist, sondern dass die erneuerbaren Energien den Strombedarf aller Menschen und der Produktion mühelos liefern können. »Wenn es statt um Strombedarf um den Bedarf für Heiz- oder Kühlenergie geht, ist die direkte Nutzung der Solarwärme die denkbar effizienteste Möglichkeit. Geht es um Kraftstoffe für mobile Verkehrssysteme, haben die dezentral erzeugten und vermarkteten Biotreibstoffe einen klaren Systemvorteil gegenüber Wasserstoff, wenn zu dessen Verfügbarmachung mehr technische Umwandlungsschritte nötig sind.«

Verblüffend ist die Einfachheit, mit der der Autor besonders den kundigen Leser davon überzeugt, dass es keiner gigantischen Speicher für die Sonnen- oder Windkraftenergie bedarf, denn »Energiespeicherung ist immer dann notwendig, wenn es keine Gleichzeitigkeit zwischen Energiegewinnung und -nutzung gibt. In einem stark zentralisierten und internationalisierten atomar-fossilen Energieversorgungssystem ist diese Gleichzeitigkeit prinzipiell nicht möglich.« In der Energiepolitik gehe es nicht um Integration aller Energiequellen, sondern um Autonomie, denn Integration bedeute immer die Dominanz der fossilen Energiequelle. Scheer setzt sich nicht nur kritisch mit den internationalen Abkommen wie dem »Kyoto-Syndrom«, sondern auch mit der Anti-AKW-Bewegung der siebziger und achtziger Jahre auseinander, die er zwar als »treibende Kraft für erfolgte Aufbrüche zu erneuerbaren Energien« begreift, die aber lediglich »Energievermeidungsstrategien« verfolgt habe, was zwar nicht falsch sei, aber nicht den historischen Erfordernissen entspreche, die einen »Mentalitätswechsel« verlangten, der klar »Ja« zu den erneuerbaren Energien sage.

»Dezentralisierung statt Globalisierung«, lautet des Autors Motto, mit dem er einen wichtigen Weg aus der Ohnmacht beschreitet, die das Gerede über die Dramen der Globalisierung so mit sich bringt. Diese »Dezentralisierung« bedeutet Demokratisierung von Energiepolitik und macht den Menschen wieder zum handelnden Subjekt der eigenen Geschichte. Dieser

Weg, dessen ist sich Scheer bewusst, ist ein sehr konfliktreicher, der »weder auf revolutionärem Weg noch durch Versuche der Reformierung des vorhandenen Energiesystems stattfinden« könne. Er glaubt, dieser neue Weg könne durch »einen evolutionären Prozess des vitalen Anwachsens neuer Formen der Energiegewinnung und -nutzung neben den verwekenden atomaren und fossilen Energien« beschritten werden. Wenn immer mehr Kommunen, was in Spanien immer häufiger geschieht, statt ihre Stadtwerke zu privatisieren, diese zum Bestandteil dieser Evolution werden lassen und immer mehr Hausbauer sich dieser Evolution anschließen würden, käme das überholte fossile Konzept ins Schleudern.

Der Autor geht mit dieser evolutionären Strategie allerdings an einer Frage vorbei: Warum klammert sich die heutige Großproduktion so vehement an die atomar-fossilen Energiequellen? Es scheint doch so zu sein, dass, um mit Marx zu schließen, die Produktionsverhältnisse des heutigen Kapitalismus viel zu eng geworden sind, um so fortschrittliche Produktivkräfte ganz nach vorne zu bringen, wie sie bereits in modernen Solar- und Windkraftanlagen, aber auch in Automobilmotoren existieren, die ohne Kohlendioxid-Ausstoß unmittelbar mit landwirtschaftlichen Produkten verbunden werden könnten. Die Spezialisierung der Arbeit und der Arbeitsteilung, die mit der Großproduktion entstanden, entfremdeten den Menschen immer mehr vom gattungsmäßigen Tun seines Handelns. Egoistische Interessen bestimmen die Ökonomie der Konzerne, die kein aufklärerisches Motiv treibt – weshalb noch immer geglaubt werden kann, der Strom komme aus der Steckdose und eben nicht aus einer ganz bestimmten Aneignung der Naturstoffe und -kräfte durch den Menschen. Die kapitalistischen Energiekonzerne sind Konglomerate vieler – oft, wie bei E-on, tausender – Industrie-, Bank- und Versicherungsbetriebe, die nur eines interessiert: Wie akkumulieren wir am besten den angeeigneten Mehrwert der entfremdet arbeitenden Menschen? Die Energieautonomie ist daher ein wichtiger Teil des Kampfes um Emanzipation von diesen Profitgiganten.

JÜRGEN MEIER

HEINRICH SENFFT In Honour of Erich Kuby

Shortly after his death, Erich Kuby (1910-2005) was awarded the Tucholsky prize. This text is the laudatory speech delivered by Heinrich Senfft. Senfft reflects back on the courageous life of the journalist Kuby, and asks: Are there any more of these archaic beings? Is anyone listening? So that something changes? So that not everything goes down the drain? Who still wants to scream and be heard, so that, at the least, most of what was attained, is preserved, to prevent the situation from getting worse?

HEINZ-J. BONTRUP Economic Democracy Rather than Shareholder Capitalism

Despite all of the trade union struggles that have been fought, the parliamentary-democratic structures of the welfare state collide with an autocratic and paternalistic economic power structure. Since the early nineties, the situation has become even worse. As a consequence of radical liberalization, national domestic policy is being entirely determined by the markets. Only through democratisation of the economy, the author says, will there be a transformation toward a social society for working people.

STEFAN SJÖBERG Collective Accumulation of Capital in the Hands of the Workers

The worker's movement in capitalist societies knows two ways to fight for economic democracy: the one aims at participation in decision-making, while maintaining capitalist ownership; the other challenges private ownership itself. The author reflects upon various efforts undertaken in Sweden and Germany to create worker's collective ownership, as a means of winning a higher degree of participation in the decision-making processes.

MICHAEL OPIELKA Justice Through Social Policy?

Referring to John Rawls' »Theory of Justice« the author discusses the possibilities for truly attaining social – and more generally, political – justice through social policies. He describes various views and models, and pleads, in the end, for the concept of »guarantism«, which – by resuming the basic civil rights – »guarantees« the social participation of all. Switzerland's »Citizen's Insurance« could serve as an example of such »guarantism«, as could also the demand for a »basic income«.

**KATJA KIPPING, MICHAEL OPIELKA,
BODO RAMELOW**
Thesis for a New Social State

»Realists« often discredit social politics as »illusionary«. To describe another approach, the authors, a scholar and two Left Party/PDS activists, present their concepts of a »New Social State«. Basically, it aims at replacing the German, wage-oriented insurance system, established in the period of Bismarck, with a modern »citizen's insurance«, which should be combined with an »integrated basic income«.

DIETER ZAHN
Basic Income Must Be Needs Oriented

The German government's Second Report on Poverty clearly indicates that poverty is increasing in the country. This, explains the author, is why concepts of basic income must be given higher priority. New structures for social security are necessary. Also necessary is to eliminate the repressive aspects currently characteristic of these structures and to seek solutions to the diverse needs of various groups in the population, some, completely excluded from the work process, others, receiving a sub-subsistent wage.

TOBIAS SCHULZE
The Internet and Brecht's Radio Theory

Following the innovation of new technical means of communication, a discussion develops about their political significance. A good example is Brecht's Radio Theory. It has always been a question of what role these new means of communication can play in promoting social change? The author presents an explicitly materialist approach to the internet, as both a means of communication and a means of production, which he finds has too long been neglected.

FRITZ KLEIN
**A Case Study of Special Appeal
On the Biography of Wolfgang Steinitz**

The author reflects upon the book »Ich hatte unwahrscheinliches Glück« (I was incredibly lucky), which presents different texts concerning the outstanding (East) German scholar, Wolfgang Steinitz (1905-1967). Linguists, sociologists, historians and folklorists regard him as an exceptional teacher and colleague and, with his background as member of the German intelligentsia and a Jewish communist, his life could provide a particularly appealing case study of the history of 20th century sciences.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von druckreifen Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder zeitnah erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze dürfen einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel

auf Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollen 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Wir empfehlen, in Zweifelsfällen bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 16 27)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €